

Bezirksregierung Köln



Regionalrat des Regierungsbezirks Köln

4. Sitzungsperiode

Drucksache Nr. RR 59/2019

Sitzungsvorlage
für die 21. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln
am 05. Juli 2019

TOP 3 **b) Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der gemeinsamen Sitzung des Braunkohlenausschusses, des Regionalrates Köln und Düsseldorf vom 15.02.2019**

Rechtsgrundlage: § 18 Geschäftsordnung des Regionalrates (GO)

Berichterstatterin: Frau Lüdenbach, Dezernat 32, Tel.: 0221/ 147-2788

Inhalt: Niederschrift

- Anlagen:
1. Anwesenheitslisten
 2. TOP 4 (Beitrag MWIDE)
 3. TOP 5 (Beitrag von Herrn Eyll-Vetter, RWE)
 4. TOP 6 (Beitrag von Herrn Bürgermeister Jansen)

Beschlussvorschlag:

Der Regionalrat Köln genehmigt die Niederschrift.

Braunkohlenausschuss
und
Regionalrat
der Bezirksregierung Köln
sowie
Regionalrat
der Bezirksregierung Düsseldorf
Gemeinsame Sitzung

Freitag, den 15. Februar 2019, 10:00 Uhr

Dienstgebäude der Bezirksregierung Köln

Plenarsaal, H 200 (2. Etage)

Zeughausstraße 2 - 10, 50667 Köln

Stenografisches Protokoll

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Rainer Deppe:

Meine Damen und Herren, ich darf Sie herzlich begrüßen und eröffne die heutige gemeinsame Sitzung der Regionalräte Köln und Düsseldorf sowie des Braunkohlenausschusses.

- 5 Wir werden vermutlich nicht allzu häufig in dieser Konstellation tagen, aber seien Sie dennoch herzlich willkommen! Der Anlass ist es sicher wert, dass wir uns hier gemeinsam treffen, uns informieren und überlegen, wie es weitergehen kann.

Die Sitzung dient dem Informationsaustausch bezüglich der Ergebnisse der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, der sogenannten Kohlekommission. Wir
10 möchten uns heute aus erster Hand informieren lassen.

Zunächst darf ich zu meiner Rechten den Vorsitzenden des Regionalrats Düsseldorf Herrn Petrauschke sowie den Vorsitzenden des Braunkohlenausschusses Herrn Götz begrüßen.

Zu meiner Linken begrüße ich unsere Regierungspräsidentin Gisela Walsken von der Bezirksregierung Köln sowie Herrn Schlapka, den Regierungsvizepräsidenten der Bezirksregierung Düsseldorf.
15

Darüber hinaus begrüße ich Sie alle, die Mitglieder der Regionalräte Köln und Düsseldorf sowie des Braunkohlenausschusses und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksregierungen.

Ebenfalls begrüßen möchte ich einige Bürgermeister aus der Region, die heute hierhergekommen sind, deren Gemeinden sich am Rande der Tagebaue befinden. Insbesondere begrüße ich Herrn Jansen, Bürgermeister der Stadt Erkelenz, der uns später unter TOP 6 die Situation und Sicht seiner Kommune exemplarisch für die anderen darstellen wird.
20

Zudem begrüße ich die Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie, namentlich Herrn Dr. Traupel, der auch hier vorne sitzt, sowie Frau Dr. Renz und Frau Landsberg. Sie werden uns unter TOP 4 berichten.
25

Für RWE Power darf ich ganz herzlich Herrn Eyll-Vetter begrüßen, der zu TOP 5 sprechen wird und die Ergebnisse der Kommission aus der Sicht der Tagebautreibenden erläutert.

Des Weiteren begrüße ich Herrn Sterck, den Geschäftsführer der Zukunftsagentur Rheinisches Revier, der zu TOP 7 berichten wird.

Schließlich begrüße ich noch Frau Kranz, die Umsiedlungsbeauftragte des Landes NRW.

Sie werden vielleicht schon gesehen haben, dass heute nicht für jeden ein Mikrofon zur Verfügung steht. Wir haben aber die Saalmikrofone, die Sie für Ihre Wortbeiträge nutzen können.

- 5 Ich weise noch darauf hin, dass Ton- und Filmaufnahmen während der Sitzung nicht zugelassen sind, und bitte Sie, sich daran zu halten.

TOP 1

Feststellung und Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung in der aktualisierten Form vom 14.02.2019 wird genehmigt.

- 5 Die Tagesordnungspunkte 9 und 10 werden gemeinsam behandelt.

TOP 2

Benennung eines stimmberechtigten Mitglieds der geladenen Gremien zur Mitunterzeichnung der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung

5 **Vorsitzender Rainer Deppe:**

Da wir heute ein außergewöhnliches und vermutlich nur einmal in dieser Form tagendes Gremium sind, haben wir uns verabredet, dass die drei Vorsitzenden der Gremien die Niederschrift unterzeichnen, sodass die Mitunterzeichnung durch ein weiteres Mitglied entfällt. – Ich sehe auch hier keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

10

TOP 3

Videobotschaft von Herrn Minister Prof. Dr. Pinkwart

Vorsitzender Rainer Deppe:

- 5 Herr Minister Pinkwart kann heute leider nicht dabei sein. Er schickt seine kompetenten Beamten. Dennoch möchte er uns einiges mitteilen, und deshalb hat er darum gebeten – wir haben es gerne angenommen –, dass er uns mit einer Videobotschaft ein paar persönliche Worte zukommen lässt.

(Ein Video wird abgespielt)

10 Minister Prof. Dr. Pinkwart führt per Videobotschaft aus:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Rademacher! Liebe Frau Walsken! Lieber Herr Deppe, lieber Herr Petrauschke! Sehr verehrte Mitglieder der beiden Regionalräte Köln und Düsseldorf!

- 15 Ich freue mich außerordentlich, dass Sie sich heute treffen, um über die Zukunft des Rheinischen Reviers im Lichte der Entscheidung der Kommission für Wachstum, Struktur und Beschäftigung miteinander zu sprechen.

- 20 In den letzten Monaten hat diese Kommission sehr intensiv getagt. Wir, die Landesregierung Nordrhein-Westfalen, haben diese Beratungen sehr eng begleitet und können heute feststellen, dass viele unserer Bedingungen, die wir an ein erfolgreiches Ergebnis der Kommission geknüpft hatten, tatsächlich erreicht werden konnten. Darüber sind wir sehr zufrieden. Das ist alles andere als selbstverständlich; denn wir haben es mit einem sehr herausfordernden und komplexen Thema zu tun.

- 25 In den nächsten 20 Jahren will sich Deutschland nach dem Vorschlag der Kommission aus der Kohleverstromung zurückziehen, die heute noch die Hälfte der gesicherten Leistung tag ein, tagaus erbringt. Das ist nach dem Ausstieg aus der Kernenergie eine wahrlich große Aufgabe für unser Land.

- 30 Die Kommission hat klug agiert und diese Herausforderung eingebettet in einen Bedingungsrahmen, der sicherstellen soll, dass wir diese Herausforderung auch bewältigen können. Dazu gehören beispielsweise die Checkpoints, also die Revisionsklauseln, genauso wie die Vorgaben beim Netzausbau, beim Ausbau der Erneuerbaren und auch beim Ausbau der

Speichertechnologien. Hinzu kommt noch die Strompreiskompensation für die energieintensive Wirtschaft. All das soll dazu beitragen, dass das Dreieck bestehend aus Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz bei den energiepolitischen Zielen in Balance bleibt.

5 Zentral für uns als Region, die wir sehr betroffen sind von einem vorzeitigen Ausstieg aus der kohlebasierten Verstromung, ist natürlich, dass die Eingriffe in den Arbeitsmarkt und in die Wertschöpfung einen angemessenen Ausgleich finden. Ziel der Politik war es, dass keinerlei Strukturbrüche dadurch eintreten sollen, wenn der Energiesektor einen Zusatzbeitrag zur Erreichung nationaler Klimaziele leisten muss.

10 Es ist gelungen, sehr umfangreiche Vorschläge in den Kommissionsbericht aufzunehmen. Hier hat das Rheinische Revier – wofür ich Ihnen besonders dankbar bin – hervorragende Vorarbeiten geleistet, was auch von der Kommission sehr anerkannt wurde. Die Projekte, die eine europäische Modellregion für Energieversorgungssicherheit und Ressourcensicherheit anstreben, sind sehr positiv bewertet worden. Sie finden sich im Bericht ebenso wieder wie wichtige Maßnahmen zur Ergänzung der Infrastruktur.

15 Es ist besonders hervorzuheben, dass die Wertschöpfungsverluste, die wir dem Bund gegenüber mit Gutachten belegt haben, ausgeglichen werden sollen durch ein Maßnahmenpaket, das einen Umfang von insgesamt 40 Milliarden Euro über 20 Jahre haben wird. Daran soll das Rheinische Revier mit etwa 15 Milliarden Euro beteiligt sein. Das sind ganz erhebliche Mittel, die notwendig sein werden, um die Wertschöpfungs- und die Arbeitsplatzverluste
20 ausgleichen zu können.

Bei uns kommt hinzu, dass wir uns noch früher als die neuen Länder schrittweise aus der Kohleverstromung werden zurückziehen müssen. Wir werden jetzt also ganz besonders darauf Wert legen, dass die im Kommissionsbericht enthaltenen Maßnahmen zügig umgesetzt werden. Wir arbeiten eng mit dem Bund zusammen, damit wir das Maßnahmenpaket bekommen und damit wir einen entsprechenden Staatsvertrag bekommen. Wir wollen das Sofortprogramm zügig ans Laufen bekommen und die Strukturen in der Region und im Land so weiterentwickeln, dass wir arbeitsfähig sind und dieses große Strukturprogramm so schnell,
25 so wirksam und so nachhaltig wie möglich umsetzen können.

Dafür brauchen wir Sie, die Regionalräte, in vielfältiger Weise. Deswegen freue ich mich,
30 dass Sie sich jetzt sehr zeitnah mit diesen Themen beschäftigen. Wir haben am kommenden Dienstag eine Zusammenkunft mit dem Ministerpräsidenten bei der Revierkonferenz. Ich hatte unlängst bereits eine Gelegenheit wahrgenommen, die Bürgermeister und die Landräte zu informieren.

Wir werden jetzt in enger Taktfolge die Gespräche mit den Entscheidern in der Region fortsetzen, damit wir die Projekte zügig an den Start bringen können. Das soll uns dabei helfen, so viel Vorlauf wie nur möglich zu bekommen, um die Strukturmaßnahmen zur Umsetzung zu bringen, bevor die Strukturnachteile für die Region überhaupt wirksam werden können.

- 5 Dabei ist es uns ganz besonders wichtig, dass alles das, was wir an neuen Strukturen schaffen wollen, einen Beitrag dazu leistet, das Energieversorgungssystem in unserem Land und in Deutschland insgesamt so sicher und bezahlbar wie nur möglich zu gestalten. Insofern freue ich mich, dass wir sehr viele ehrgeizige Projekte dabei haben.

10 Ich freue mich mit Ihnen auf die Umsetzung und auf den engen Dialog und Austausch, wie wir ihn bereits in den letzten Monaten gepflegt haben. Er trägt dazu bei, dass wir eine gute Ausgangslage finden, um diese große Herausforderung zu einer großen Chance für unser Land, für die Region im Rheinland werden zu lassen.

Viel Erfolg für Ihre Beratungen und weiterhin eine gute Zusammenarbeit!

TOP 4

Beitrag aus dem Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen durch Herrn Dr. Traupel, Frau Dr. Renz (zum Tagebau) und Frau Landsberg (zum Strukturwandel)

5

Vorsitzender Rainer Deppe:

Ich darf jetzt den Beitrag des Ministeriums erbitten. Dafür erteile ich zunächst Herrn Dr. Traupel das Wort.

Herr Dr. Traupel (Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie):

10 Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Wir haben uns kurzfristig zu einer Rochade entschlossen, sodass zunächst Frau Landsberg vorträgt, da sie einen Anschlusstermin wahrnehmen muss. Sie wird kurz die strukturpolitischen Aspekte des WSB-Beschlusses schildern. Anschließend werde ich das alles in einen großen Kontext einbetten. Danach werden wir uns gemeinsam mit Frau Dr. Renz um die raumordnerischen und landesplanerischen Konsequenzen küm-
15 mern, wenn Sie einverstanden sind.

Vorsitzender Rainer Deppe:

Ja, natürlich. Sie gestalten den Punkt in Ihrer Verantwortung.

Frau Landsberg:

20 Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bin bei uns im Haus zuständig für die Aspekte des Strukturwandels und die Aktivitäten rund um einen vorzeitigen Kohleausstieg. Ich habe gemeinsam mit den Kollegen in Berlin die Verhandlungen begleiten dürfen.

Jetzt darf ich Ihnen noch einen Rückblick geben, wie sich die Strukturwandelaspekte dort entwickelt haben und wie wir nun gemeinsam in die Umsetzung gehen wollen. Für uns war es ganz wichtig, dass wir in der Kohlekommission deutlich machen wollten, mit welcher Strategie das Rheinische Revier in seine neuen Perspektiven gehen könnte. In den Verhandlungen mussten wir deutlich machen, mit welchen Mitteln man ausgestattet sein muss, um den großen Herausforderungen – mit über 9.000 Beschäftigten in der Braunkohle, aber auch mit weiteren Beschäftigten im Steinkohlebereich, wenn auch nicht im Rheinischen Revier – für
30 Nordrhein-Westfalen und für das Revier im Besonderen entgegenzusehen.

Diese Strategie haben wir gemeinsam mit Akteuren aus der Region mit Projekten hinterlegt, um unser Anliegen genauer zu bebildern. Denn nur dann, wenn man klarmachen kann, mit welcher Perspektive man unterwegs ist, hat man den Anspruch, dafür die erforderlichen Mittel einzufordern.

- 5 Dabei hat uns sehr geholfen, dass die Zukunftsagentur Rheinisches Revier gemeinsam mit den Akteuren ein Eckpunktepapier für ein Wirtschafts- und Strukturprogramm im Rheinischen Revier entwickelt hat, das am 21. September 2018 einstimmig durch den Aufsichtsrat der Zukunftsagentur beschlossen worden ist. Was an diesem Eckpunktepapier für die Verhandlungen sehr wichtig war, und was auch sehr gut angekommen ist, ist die Tatsache, dass
10 sich das Rheinische Revier entlang seiner wirtschaftlichen Stärken auf Zukunftsfelder orientiert hat. Diese Zukunftsfelder geben die Möglichkeit, mit einer erfolgversprechenden Strategie daran anzuknüpfen und darüber neue Wertschöpfung und neue Beschäftigung in das Revier zu holen.

Zu den Zukunftsfeldern gehörte auch das Thema „Infrastruktur und Raumentwicklung“. Wie
15 es ein Kollege mal so schön gesagt hat: Nur weil da drei Braunkohlelöcher mit Wasser gefüllt werden, ist ja noch nicht der neuen Raumentwicklung und einer lebenswerten Gestaltung dieser Region Genüge getan – erst recht dann auch nicht, wenn möglicherweise die Braunkohlelöcher an einer anderen Stelle liegen bleiben, als man es ursprünglich geplant hat.

Daher war allen Beteiligten klar, dass aus dieser neuen Perspektive neue Fragestellungen
20 entstehen. Wie wird die Verkehrsinfrastruktur erfolgreich aussehen können? Wie kann man Grünzüge entwickeln? Wie wird die Siedlungsstruktur aussehen? Wie können wir Siedlungsstruktur noch einmal zusätzlich attraktiv gestalten? Welches Gewerbeflächenangebot kann man in der Region in Zukunft machen, gerade bei den Tagebaurandkommunen, die in besonderem Maße vom Wegfall der Gewerbesteuererinnahmen betroffen sind?

25 In dieser Diskussion ist eine Idee entstanden, die Einzelmaßnahmen mit einem ambitionierten Niveau hinterlegt durch die Einsetzung einer internationalen Bau- und Technologieausstellung, auf der es möglich ist, solche Formate wie Orte der Zukunft, Grünzugentwicklung, Verkehrsinfrastruktur, neue Mobilität und Gewerbeflächenentwicklung mit Qualitäten zu versehen, die über den Einzelfall hinausgehen und damit auf der einen Seite Lebensqualität in
30 die Region bringen und auf der anderen Seite Attraktivität für die Akteure von außen.

Das war besonders wichtig auch deswegen, weil wir seit drei Jahren in der Region Köln/Bonn das Agglomerationskonzept gefördert haben. Mit diesem Konzept hat sich die

Region in besonderem Maße gefragt, wie man die Verstopfungssituation, die bei den Rheinbrücken sehr augenfällig wird, ein Stück weit entlasten kann.

Des Weiteren ging es darum, Köln eine bessere Entwicklungsperspektive dadurch zu geben – so eines der Ergebnisse des Agglomerationsgutachtens –, dass man im Umland in höherem Maße Wohnen und Arbeiten so attraktiv gestaltet, dass die Menschen auch in den größeren Orten um Köln herum eine Perspektive haben, und dass man Köln mehr auf die Metropolfunktion konzentriert, sodass der Gesamttraum insgesamt funktionsfähiger wird.

Das ist eine tolle Perspektive für Köln; es ist aber auch eine Wachstumsperspektive für das Rheinische Revier. Die internationale Bau- und Technologieausstellung ist ein Format, mit dem man das, was man sich ausgedacht hat, mit einem attraktiven Anspruch und einer Finanzierungsperspektive in die Umsetzung bringen kann.

Neben der Raumentwicklung hat es drei weitere Zukunftsfelder aus dem Eckpunktepapier gegeben. Es geht um das Energierevier der Zukunft. Wir haben mit der Kohle eine Erzeugungssituation, die das Rheinische Revier zu einer Energieregion macht. Das Rheinische Revier ist aber auch viel mehr als Kohle; es hat vielfältige Kompetenzen im Energiebereich, im neuen Energiesystem. Es gibt Projekte, die das intelligente Netz erproben. Im Bereich der erneuerbaren Energien und im Bereich der Speicher gibt es insbesondere zusammen mit RWE Projektaktivitäten, wo man neue Geschäfte in der Weiterentwicklung des Energiesystems finden kann.

Es war für uns ein besonders wichtiger Punkt, gemeinsam mit RWE eine Perspektive zu finden, bei der die möglichen Entschädigungszahlungen, die sicherlich erforderlich sind, nicht in erster Linie in Windkraftanlagen in der Nordsee investiert werden. Vielmehr ging es darum, etwa aus einem Produkt der Versorgungssicherheit – zum Beispiel einem Wärmespeicherkraftwerk, das dem ein oder anderen von Ihnen mittlerweile bekannt geworden sein dürfte – eine Perspektive zu eröffnen, neue Geschäftsfelder aufzubauen.

Daneben geht es natürlich auch um die Frage – wir haben 93.000 Beschäftigte in der energieintensiven Industrie –, wie man vor dem Hintergrund möglicherweise steigender Energiepreise dauerhaft in dieser Region wettbewerbsfähig bleiben wird. Auch dazu gibt es Projektvorschläge, die gemeinsam mit der energieintensiven Industrie Perspektiven technologischer Art entwickeln.

Der Minister hat in den vergangenen Jahren häufig den Begriff „Innovation Valley“ in den Mund genommen. Das Innovation Valley soll bei den wissenschaftlichen Einrichtungen in Köln, Aachen, Jülich, aber auch bei den Hochschulen weiter im Norden, also Düsseldorf,

oder im Süden angesiedelt werden. Diese Region ist eine herausragende Wissenschaftsregion in Deutschland, wenn nicht noch darüber hinaus.

Wir erleben es aus der Wirtschaftsförderungsperspektive nach wie vor noch so, dass es im Bereich der Grundlagenforschung für spannender befunden wird, mit Siemens aus München zu forschen, als in die Region hineinzugehen. Die Herausforderung, der sich die Region stellen möchte, lautet: Wie können wir aus Forschung und Entwicklung in dieser Region mehr machen als Forschung und Entwicklung? Wie können wir daraus Geschäfte in dieser Region erzeugen? Mit welchen Instrumenten kann man das unterstützen? – Auch dazu hat es vielfältige Ideen gegeben.

Das letzte Zukunftsfeld nennt sich aktuell „Ressourceneffizienz und Agrobusiness“. Darin geht es sehr viel um das Thema „Bioökonomie“ mit den Industrieunternehmen in der Region, auch im Bereich der Startups. Des Weiteren geht es um die Landwirtschaft, ebenso wie um Ressourceneffizienz und um stoffliche und bioökonomische Fragen. Auch hier geht die Kommission davon aus, dass sich daraus neue Wertschöpfung gewinnen lässt.

Wenn das aber so einfach wäre, hätte man das alles längst gemacht. Es ist sicherlich schon vieles in diesen Bereichen passiert; wir gehen aber davon aus, dass es im Rahmen eines solchen Strukturwandels, wie er in die Region geht, auch erforderlich ist, Impulse in die Region zu geben, um solche Perspektiven aufbauen zu können. Wir müssen uns klarmachen: Wenn das Rheinische Revier früher als andere Braunkohleregionen aus der Braunkohle aussteigt – in der Presse ist davon die Rede, dass man damit rechnen muss, dass 2022 die ersten Kraftwerke stillgelegt werden –, brauchen wir in den nächsten 10 bis 15 Jahren in jedem Jahr 500 bis 1.000 neue Arbeitsplätze.

Ich möchte das nicht als fixe Zahl benennen. Es geht darum, dass das heute prosperierende Rheinland auch noch in 10 bis 20 Jahren ein prosperierendes Rheinland, wenn auch mit einer etwas veränderten Wirtschaftsstruktur, sein soll.

Deswegen haben wir für das Revier die Projekte, die hinterlegt waren, und die Strategie in die Kohlekommission hineingetragen. Jetzt muss es darum gehen, nicht mit der Gießkanne ein Budget zu verteilen, sondern zu sagen – das ist in der Kohlekommission sehr gut angekommen – : Wir haben eine Strategie, und wir wollen mit Projekten Impulse setzen, damit da ein neues Geschäft entstehen kann.

Diese Projekte, die im letzten Jahr entstanden sind – auch hier, gemeinsam mit Akteuren aus der Region –, sind sehr umfangreich in den Bericht der Kohlekommission eingegangen. Sie finden alle diese Zukunftsfelder auch mit Projekten hinterlegt im Text; im Anhang stehen

noch 150 Projektprogramme. Das alles kann erst der Anfang sein. Sie wissen, es hat dazu keinen geordneten Projekt-Auswahlprozess geben können.

Es gibt aber die Empfehlung der Kommission, das Ganze mit einem Budget zu hinterlegen. Der Minister hat es vorhin gesagt: 40 Milliarden Euro sollen in die drei Braunkohlereviere gehen. Es gibt eine mehr oder weniger fertige Vereinbarung zwischen den Ministerpräsidenten über den Verteilungsschlüssel, wonach wir für das Rheinische Revier im Laufe von 20 Jahren mit Fördermitteln für den Strukturwandel in einer Größenordnung von 15 Milliarden Euro rechnen.

Diese Mittel sollen zum einen in den Bereich eines Maßnahmengesetzes gehen, wonach die Bundesregierung mit Einzelprojekten, die in dem Maßnahmengesetz gelistet sind, diese Projekte aus eigenen Programmen in die Umsetzung bringt. Das wird etwa zwei Drittel der Maßnahmen betreffen. Auch das soll unserer Einschätzung nach wie ein Budget funktionieren.

Wenn wir in den weiteren Jahren in einen geordneten Prozess kommen, um dieses Programm in der Region zu entwickeln, dann wird es darum gehen, zu prüfen, ob möglicherweise Veränderungen in diesen Einzelprojekten erforderlich sind, um auch mal etwas herauszunehmen und etwas Neues einzubringen.

Zum anderen soll ungefähr ein Drittel in ein freies Budget gehen, in dem man noch flexibel entscheiden kann, was zu machen ist.

Vom BMF wurde angekündigt, dass es ein Sofortprogramm geben soll. Der Minister hat vor vier Wochen von den Projekten, die gemeinsam besprochen waren, 30 Projekt-Steckbriefe ans Bundesfinanzministerium übergeben, von denen wir uns erwarten, dass die Antragsteller zügig in der Lage sind, qualifizierte Anträge möglichst noch jetzt im Februar vorzulegen. So könnten wir noch im ersten Halbjahr dieses Jahres in die Bewilligung kommen und im zweiten Halbjahr in die Umsetzung.

Wir haben weitere 20 Projekte von Antragstellern vorliegen, die sagen, sie wären so weit, dass sie loslegen könnten. Wir bemühen uns, hier zunächst als Landesregierung ein Stück weit in Vorlauf zu treten, weil wir diese Mittel nicht verschenken dürfen. Wir dürfen das schon deswegen nicht, weil wir, wenn ab 2020 die ersten Kraftwerke in Nordrhein-Westfalen aus dem Markt gehen, deutlich machen müssen: Hier ist Aufbruch, hier bewegt sich was! Wir gehen zusammen nach vorne!

Sie wissen es selber aus Ihrer Arbeit: Manchmal ist es etwas langwierig, Projekte an den Start zu bekommen. Deswegen haben wir gesagt: Wir machen mit Startup-Projekten einen ersten Aufschlag und gehen zunächst in den Innenbereich, wo wir vermuten, dass diese Projekte auf die Zukunftsfelder einzahlen, aber im Sinne der Region einen guten Fortschritt verursachen können.

Wichtig ist, dass wir in diesem Jahr einen geordneten Prozess aufsetzen. Das gilt zunächst für die Arbeitskapazitäten, die wir brauchen, um all die Maßnahmen umzusetzen. Das gilt für das Wirtschaftsministerium, in dem wir im Moment besprechen, wie wir uns personell verstärken, um Sie in der Region mit dem großen Förderprogramm nicht alleine zu lassen.

Das gilt aber natürlich auch für das Revier selber. Das gilt für die Zukunftsagentur als die koordinierende Einrichtung, die mit derzeit fünfeinhalb Mitarbeitern einen solchen Prozess faktisch nicht bewältigen kann. Das wird deutlich mehr werden müssen. Das gilt aber natürlich auch für die Akteure in der Region. Der Minister hat deutlich gemacht, dass ihm bewusst ist, dass das Ganze insbesondere für die Tagebaurandkommunen eine erhebliche Herausforderung bedeutet. Dort wird Fachexpertise benötigt.

Man wird auch überprüfen müssen, ob es nicht Möglichkeiten gibt, eine Personalunterstützung bereitzustellen, damit die Kommunen in diesen Bereichen als kraftvoller Partner mitarbeiten können und nicht nur zuschauen, wie etwas mit ihnen gemacht wird. Für uns in der Regionalentwicklung ist das ein Prozess der Regionen. Wir sehen aber auch, dass Sie diese Themen nicht vollständig alleine entwickeln können, sondern Sie brauchen eine Struktur, die Sie dabei begleitet.

Man braucht gerade bei solchen Fachthemen wie der Bioökonomie usw. Fachunterstützung, die diese Dinge vorantreiben. Ich bin sehr froh, dass wir bei uns im Haus die Kollegen in den Fachabteilungen haben, die diese Themen seit vielen Jahren begleiten, die sich das zu eigenen machen, und die unterstützend dabei sein wollen. Ich möchte aber trotzdem betonen, dass das ein Prozess ist, der aus der Region getragen werden muss.

Wir werden gemeinsam mit der Zukunftsagentur in den kommenden Monaten prüfen müssen, wie wir hinter dem Sofortprogramm einen geordneten Auswahlprozess für die Zukunftsfelder aufsetzen können. Wir werden dafür auch die Bezirksregierungen brauchen. Wir haben schon mal prophylaktisch einen Antrag gestellt, um die Personalsituation entsprechend zu unterstützen.

Was das im Detail bedeutet, auch angesichts der Haushaltsläufe, die jetzt vor uns liegen, werden wir prüfen müssen. In der Sache heißt das, dass das Jahr 2019 neben dem organi-

satorischen Jahr auch ein konzeptionelles Jahr werden muss. Wir haben die Zukunftsagentur und auch die Regionalmanagements gebeten, jeweils zunächst einen ersten inhaltlichen Aufschlag zu machen. Den diskutieren wir derzeit bei uns im Haus. Wir werden in einer nächsten Runde mit der Zukunftsagentur gemeinsam in die Regionen gehen und auf Sie
5 zukommen, um die Zukunftsfelder inhaltlich zu gestalten. Wir wollen von Ihnen erfahren: Wer sind die Akteure, die da mitreden müssen? Wie müssen diese Themen konzeptionell, inhaltlich und projektbezogen entwickelt werden?

Ich gehe davon aus, dass wir auf dieser Grundlage aus der Zukunftsagentur heraus ein Team aufbauen können, das diese Themen gemeinsam mit Ihnen entwickelt, das auch
10 Dienstleister beauftragt, die das fachlich begleiten. Dieses Team soll im Werkstattverfahren in der Region diese Themen mit aufbauen – sei es die Bauausstellung, seien es die Exzellenzcluster hinter den einzelnen Themenfeldern, die in der Lage wären, die Projekte, die da angemeldet werden, in einem geordneten Auswahlverfahren zu bewerten.

Wenn wir die 500 bis 1.000 Arbeitsplätze als ernsthaftes Ziel in den Blick nehmen, dann
15 kann es nicht darum gehen, nur das Geld loszuwerden, sondern wir müssen mit diesem Geld etwas erreichen. Wir müssen von jedem dieser Projekte erwarten, dass es auf die Stärken der Region einzahlt, dass es einen Beitrag zur Wertschöpfung und Beschäftigung liefert, und dass es für diese Region eine neue Perspektive aufbaut.

Wir werden das nicht mit Einzelakteuren schaffen, sondern wir werden das nur als ein gro-
20 ßes Team schaffen. Ich möchte mich sehr dafür bedanken, dass wir mit diesem Vertrauen in den vergangenen Monaten in die Kohlekommission gehen konnten, da Sie uns den Rücken gestärkt haben. Wir haben hier, aber auch bei uns im Haus und in anderen Einrichtungen, sehr viel an Zuständigkeitsfragen, an Verteilungsfragen, an organisatorischen, technischen und sonstigen Fragen zurückgestellt, um zunächst zusammen einen Bären zu erlegen. Der
25 Bär ist noch nicht ganz erlegt; er ist erst angeschossen.

Wir haben die Verteilungsfrage wirklich noch nicht ganz abgeschlossen. Es ist aber an der Zeit, dass wir das zusammen angehen. Wir müssen zusammen zusehen, wie wir einen guten räumlichen Ausgleich hinbekommen, ohne dass wir in einen Pakettausch verfallen. Wir müssen wieder eine gute Fachperspektive hinbekommen, sodass wir am Ende sagen können:
30 Aus der Fachperspektive brauchen wir als Synergieeffekt ein neues Bild von der Region, das für diese Region wirbt.

Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn wir das zusammen schaffen. Wir werden unseren Teil dazu beitragen, aber das kann nur ein Teil sein. Der Ball liegt am Ende vor Ort. Dafür brauchen wir Sie alle. Vielen Dank.

5 **Herr Dr. Traupel:**

Sehr geehrte Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin! Liebe Mitglieder der Regionalräte! Liebe Bürgerinnen und Bürger, die hier zahlreich zuhören! Es freut mich sehr, dass die beiden Regionalräte und der Braunkohlenausschuss sich heute in einer gemeinsamen Sitzung mit den Ergebnissen der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung oder kurz mit den Ergebnissen der Kohlekommission auseinandersetzen.

Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind die zentralen Akteure für die Bewältigung der nun anstehenden Zukunftsaufgaben im Rheinischen Revier. Hier ist ein abgestimmtes Handeln erforderlich.

Als Frau Landsberg und ich vorhin das Haus betreten haben, mussten wir uns durch eine Schar von Schülerinnen und Schüler hindurchwinden, die sich für den Klimaschutz einsetzen. Ich bin nicht vom Schulministerium; deshalb erspare ich mir diesbezügliche Anmerkungen. Eines jedoch ist klar: Wir haben in einem breiten gesellschaftlichen Konsens nicht mehr und nicht weniger beschlossen als den Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung in Deutschland.

Insofern ist das, was dort draußen erfolgt, ein Zeichen für das, was wir hier machen. Wir werden uns in den kommenden Jahren damit beschäftigen, den Prozess so zu gestalten, dass der Klimaschutz und die Versorgungssicherheit sowie die Bezahlbarkeit von Energie in einem vernünftigen Gleichgewicht stehen, sodass wir zu einem vernünftigen Ergebnis kommen.

Ich will Ihnen kurz die zentralen für Sie besonders relevanten Ergebnisse der Kohlekommission darstellen.

Der Bericht hat – vielleicht haben Sie schon einmal hineingeschaut; er ist im Internet zugänglich – mehr als 300 Seiten. So muss das heute wohl sein. Allerdings gehören zu den 300 Seiten noch ganz viele Anlagen; der eigentliche Text des Beschlusses umfasst etwas weniger. Trotzdem ist das eine ganze Menge Papier, das man dort lesen muss.

Ich will es gleich vorwegnehmen: Die Landesregierung bewertet die Empfehlungen der Kommission positiv. Der Minister hat das in seiner Videobotschaft auch sehr deutlich gemacht. Wir stehen zum Inhalt dieser Beschlüsse. Wir sind froh, dass das Ganze in einem breiten gesellschaftlichen Konsens erarbeitet worden ist. Anders können solche Mammutprozesse gar nicht laufen.

Die vier betroffenen Bundesländer – von denen Nordrhein-Westfalen, was den Anteil der Braunkohlenverstromung betrifft, sicherlich das gewichtigste ist – waren in den Prozess eingebunden. Wir hatten ein Rederecht. Unser Minister Professor Pinkwart und unser Staatssekretär Christoph Dammermann haben dieses Rederecht für unser Bundesland genutzt.

Wir haben Vorschläge eingebracht; wir haben Ideen vorgetragen. Das, was wir eingebracht haben, findet sich auch im Abschlussbericht wieder. Wir haben vor allem Wert darauf gelegt, dass bezahlbare und sichere Energieversorgung auch in Zukunft gewährleistet sein muss.

Die Kommission hat im Ergebnis fast einstimmig entschieden. Das ist wichtig. Wir brauchen einen gesellschaftlichen Konsens für diese Mammutaufgabe. Diesen haben wir jetzt. Wir können allerdings die Empfehlungen der Kommission nicht alleine umsetzen; das ist völlig klar. Hier ist in erster Linie zunächst einmal der Bund gefordert, die Rahmenbedingungen zu setzen und die ersten elementaren Schritte zu entwickeln; natürlich auch die Firmen, insbesondere die Braunkohleunternehmen und diejenigen, die Kraftwerke betreiben.

Wir haben auch viele private und öffentliche Akteure, die ihren Beitrag leisten müssen. Frau Landsberg hat gerade im Kontext der Strukturmaßnahmen darauf hingewiesen, wie viele Akteure an einem Strang ziehen müssen, damit am Ende etwas Positives dabei herauskommt.

Die Bundeskanzlerin hat in ihrem Treffen mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer zugesagt, die Empfehlungen umsetzen zu wollen. Das ist in der Gewaltenteilung einer Demokratie immer so eine Sache. Wie wir aus der aktuellen Diskussion entnehmen können, gibt es auch im Bundestag, insbesondere – wen wundert es? – bei den Haushaltspolitikern einige kritische Anmerkungen, ob das, was da in der Kommission beschlossen worden ist, alles tatsächlich finanzierbar und umsetzbar ist.

Wir gehen davon aus. Wir halten es – der Minister hat es bereits ausgeführt – für schlichtweg notwendig, dass diese Mittel gerade hier ins Rheinische Revier fließen. Wenn man sich entscheidet, eine solch massive Änderung der Energiepolitik dieses Landes vorzunehmen, dann müssen auch die Folgen geregelt werden, und da muss das Geld zur Verfügung stehen.

Das geht an die Haushälter im Bundestag. Sie sollen sich im Sinne des gesellschaftlichen Konsenses auch ein bisschen bewegen.

(Folie 2)

Ich komme zum Inhalt des Abschlussberichts der Kommission.

- 5 Es geht zunächst um den Energiesektor, also vor allem um die Frage des Kohleausstiegs und des klimaverträglichen Umbaus der Energieversorgung.

Das zweite große Thema – das hat Frau Landsberg bereits sehr gut abgebildet – ist der notwendige Strukturwandel in den Kohleregionen sowie der Erhalt alter und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Schaffung von Zukunftsperspektiven.

- 10 Schließlich haben wir noch das dritte Thema: Regional- und Braunkohleplanung. Wer sich den Bericht anschaut, wird feststellen, dass sich das Ganze nicht schön geordnet und sortiert findet, sondern an vielen unterschiedlichen Stellen. Weil das alles so schwierig ist, und weil es sich um eine nicht ganz einfache Materie handelt, bin ich sehr dankbar, dass Frau Dr. Renz Ihnen nach meinen einleitenden Worten noch einmal näher berichten wird, was denn
15 im Einzelnen landesplanerisch und raumordnungspolitisch in diesem Bericht enthalten ist. Das wird Sie im Regionalrat natürlich zentral berühren und betreffen; denn das ist ja Ihr Thema.

- Es gibt Maßnahmen zum Monitoring, zur Evaluation, wie es so schön heißt, und zur Revision der Jahreszahlen. Das entspricht Forderungen des Landes Nordrhein-Westfalen. Warum ist
20 das so? Weil wir natürlich, wenn wir in so langen Zeiträumen denken, zwischendurch immer mal innehalten und schauen müssen, ob das Ziel, dass wir uns gesetzt haben, realistisch machbar ist, oder ob es Anpassungen geben muss, ob manches schneller geht oder manches auch langsamer, der technische Fortschritt vielleicht Anpassungen erforderlich macht usw.

- 25 (Folie 3)

- Was die Kohlekraftwerke betrifft, hat die Kohlekommission empfohlen, schrittweise alle deutschen Kohlekraftwerke bis 2038 stillzulegen. Das betrifft sowohl die Braunkohle- als auch die Steinkohlenkraftwerke. Damit ist neben dem Rheinischen Revier natürlich besonders stark das Gebiet des Regionalverbands Ruhr betroffen, in dem sehr viele Steinkohlenkraftwerke
30 befindlich sind.

Der Ausstieg kann auf Basis einer Überprüfung im Jahr 2032 noch auf 2035 vorgezogen werden. Jeder von Ihnen, der sich mit Regionalplanungen beschäftigt, weiß, dass solche Zahlen immer große Ausrufezeichen setzen, weil jede Änderung von Vorgaben auch Folgen für die Regionalplanung auslöst. Das muss man natürlich immer mitdenken.

- 5 Bereits bis zum Jahr 2022 soll die Kraftwerksleistung auf 15 GW im Braunkohlenbereich und 15 GW in Steinkohlenkraftwerken zurückgehen und damit um 12,5 GW im Vergleich zu 2017 reduziert werden. Das ist schon eine heftige Aufgabe. Das geht bis 2030 weiter. Dann sollen maximal 9 GW in Braunkohle- und 8 GW in Steinkohlekraftwerken verstromt werden.

10 Die Kommission – das ist wichtig – empfiehlt die Stilllegung von Kraftwerken im Einvernehmen mit den Betreibern – so soll das auch sein in der Marktwirtschaft – durch vertragliche Vereinbarungen mit entsprechenden Vergütungen bzw. Entschädigungen. Auch das ist klar. Wenn man den Unternehmen durch regulatorische Maßnahmen Geschäftschancen entzieht, dann muss man sich in einem marktwirtschaftlichen System überlegen, wie das dann auszugleichen ist.

- 15 Eine genaue Zuordnung, welche Kraftwerke wann abzuschalten sind, findet sich in dem Bericht nicht. Diejenigen, die hoffen, aus dem Bericht alle Antworten auf die Fragen des Kohleausstiegs zu erhalten, werden insoweit enttäuscht sein. Hier bedarf es vielmehr einer Abstimmung, insbesondere zwischen dem Bund und der Versorgungswirtschaft, den Braunkohle- und Steinkohleunternehmen.

20 Je nachdem, wie die Ergebnisse dieser anstehenden Verhandlungen ausfallen, werden wir unsere Schlussfolgerungen daraus ziehen. Was die Raumordnung und die Landesplanung betrifft, wird erst dann in größeren Umrissen erkennbar sein, welche Umsetzungen das in der Landesplanung erfordert, also wie es mit der Umnutzung der Standorte und wie es mit der Rekultivierung aussieht.

- 25 Damit die Stilllegungen klimawirksam sind, empfiehlt die Kommission – und das ist sehr vernünftig – eine Reduktion der Emissionszertifikate. Die Zielsetzung soll sein, weniger CO₂ zu verstromen. Das macht nur Sinn, wenn das, was eingespart wird, nicht an anderer Stelle von anderen aufgekauft und verstromt wird, sondern wenn es wirklich aus dem Markt genommen wird.

30 (Folie 4)

Lassen Sie mich auf einige weitere energiebezogene Maßnahmen zu sprechen kommen. Die Reduzierung der Kohleverstromung ist nämlich nur eine Seite. Die andere Seite ist die,

dass wir bei allem Wunsch der Klimafreundlichkeit die Energieversorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit gerade in einem solch wichtigen Industrieland wie Nordrhein-Westfalen im Auge behalten müssen.

5 Für erneuerbare Energien sieht die Kommission vor, dass im Jahr 2030 ein Anteil von 65 % erreicht sein soll. Dabei ist geplant, dass insbesondere die Reviere und Steinkohlenkraftwerke-Standorte dazu genutzt werden sollen. Das ist auch sehr gut. Bereits heute gibt es im Revier die Nutzung regenerativer Energien. Darauf kann man aufbauen. Es wird möglicherweise einer der wesentlichen Bausteine auch für die Umstrukturierung des Rheinischen Reviers sein, hier eine Zukunftsregion aufzubauen für die effiziente Nutzung erneuerbarer
10 Energien.

Vor dem Hintergrund der Herausforderung für die regionale Wärmeversorgung bei Wegfall der Kohleverstromung sieht die Kommission ferner zu Recht Bedarf für die Weiterentwicklung und Fortführung der KWK-Förderung. Kraftwärmekoppelung ist ein ganz wesentlicher Baustein einer vernünftigen Energiepolitik. Sie muss gefördert und fortgesetzt werden.

15 Wir werden uns auch weiterhin noch näher mit der Europäischen Kommission unterhalten müssen, unter welchen Voraussetzungen wir das tun dürfen. Wir wollen das stärken, wir wollen das fördern, und wir werden versuchen, die Menschen auf allen Ebenen zu überzeugen – ebenso die Behörden –, dass das notwendig sein wird. Hier sollten gerade auch im Rheinischen Revier Lösungen gefunden werden, damit wir die Ansätze der energieeffizienten Wärmenutzung fortführen können.
20

Um eine preiswerte Stromversorgung sicherzustellen, sind auch Zuschüsse vorgesehen und eine Verstetigung und Fortentwicklung der Kompensationen für besonders energieintensive Unternehmen. Das ist notwendig, damit der ambitionierte Ansatz, den wir hier verfolgen, nicht so stark zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher und der stromverbrauchenden Unternehmen geht, dass die Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes leidet. Auch hier werden wir auf allen Ebenen gegenüber der Europäischen Kommission und gemeinsam mit dem
25 Bund – das sind wir uns völlig einig – darauf hinwirken, dass wir diese Sonderlast, die diese Regionen tragen, durch entsprechende Fördermaßnahmen abbilden können.

Das Monitoring der Versorgungssicherheit soll weiterentwickelt werden. Wir brauchen eine
30 Art Stresstest, weil wir immer genau wissen wollen, was unsere Maßnahmen eigentlich im Hinblick auf Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit bewirken. Alles das ist für die industriellen Prozesse in der Region von immanenter Bedeutung und auch ein wichtiger Standortfaktor.

Wenn wir das Rheinische Revier als modernes Industrieviertel erhalten wollen, dann muss Energieversorgungssicherheit bezahlbar zur Verfügung stehen. Von daher ist das für die Zukunft des Reviers von erheblicher Bedeutung.

5 Das gilt natürlich auch für die Arbeitsplätze. Die Kommission hat sich Gott sei Dank auch der Frage gewidmet, was denn der Ausstieg aus der Kohleverstromung für die Arbeitsplätze bedeutet, und hat an verschiedenen Stellen ausgeführt, dass betriebsbedingte Kündigungen vermieden werden sollen und zudem hochwertige, zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen werden sollen.

10 Im Maßnahmenpaket zur Begleitung des Strukturwandels geht es dabei einmal direkt um die Beschäftigten der Kohle, insbesondere um den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen. Die Kommission empfiehlt das. Wir stehen allen Beteiligten bei sozialpolitischen Flankierungen der erforderlichen Maßnahmen natürlich vollumfänglich zur Seite.

15 Wesentlich wird es aber sein, für die Zukunft neue und zukunftsfeste Arbeitsplätze zu schaffen. Frau Landsberg hat vorhin einen Fahrplan aufgelegt, wie wir uns das vorstellen können, damit das Rheinische Revier am Ende dieses Prozesses besser dasteht, zukunftsfester dasteht und mit mehr Arbeitsplätzen dasteht, als das heute noch der Fall ist.

Generelle Maßnahmen für den Strukturwandel:

(Folie 6)

20 Ich nenne Ihnen einfach mal ein paar Maßnahmen, die sich in dem Bericht finden. Es sollen Experimentierklauseln eingeführt und Beschleunigungsmöglichkeiten genutzt werden. Was das im Detail für die Landesplanung und die Raumordnung bedeutet, wird Ihnen Frau Dr. Renz gleich noch näher ausführen.

25 Wir sehen die Ansiedlung von Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Revier vor. Es gibt ganz gute Referenzbeispiele. Wir haben die Fortbildungsakademie des Landes Nordrhein-Westfalen in Herne angesiedelt. Das hat Effekte gehabt. Wir werden mit der Ansiedlung von Behörden und öffentlichen Einrichtungen alleine das Revier aber nicht auf die Beine bekommen; das ist gar keine Frage.

30 Das ist nur ein Baustein, der sichere Arbeitsplätze schafft, wie das bei Behörden und Einrichtungen in der Regel der Fall ist. Er bringt auch ein paar Primäreffekte für die Region; wesentlich wird es aber natürlich sein, das Revier zu einer innovativen und industriefreundlichen Region zu machen und die Industriefreundlichkeit dieser Region zu erhalten.

Weiter empfehlen wir, dass der Bund Einvernehmen mit der EU über die deutschen Sonderförderungsgebiete erzielt. Ich komme gleich noch etwas näher darauf zu sprechen. Dabei wird es nicht nur um die Regeln gehen, also um die Möglichkeit, inwieweit wir gezielte Förderungen, auch beihilferechtlicher Art, vornehmen dürfen, sondern es wird um die konkrete
5 Abgrenzung dieser Gebiete gehen. Das ist für Sie in den Regionalräten nicht ganz unwichtig, weil die Frage sein wird, ob man auch außerhalb des unmittelbaren Reviers etwas fördern wird, wenn Regionen und Städte dort liegen und Bezüge dazu bestehen.

Wie Sie wissen – Frau Landsberg hat es bereits eingeführt –, haben wir umfangreiche Förderprogramme vorgesehen, die noch im Einzelnen ausgebaut werden müssen. Wir werden
10 uns auch intensiv der Frage widmen, wie der Mechanismus der Finanzierung aussehen kann. Was kann aus EU-Mitteln beigetragen werden? Wo ist der Bund gefordert? – Im Ausgangspunkt ist er das sehr stark; denn im Wesentlichen sind es Bundesmittel, die hier zugesagt worden sind. Wo kann das Land komplementär etwas dazu leisten? Wie kann das Verfahren so ausgebaut werden, dass es nachher zu schnellen, effizienten und wirksamen
15 Maßnahmen führt?

Zur Sonderwirtschaftszone Rheinisches Revier.

(Folie 7)

Diejenigen, die wie ich – wir haben bei uns in der Abteilung auch das Standortmarketing internationaler Art – etwas von Sonderwirtschaftszonen hören, sollen jetzt nicht unbedingt an
20 chinesische Sonderwirtschaftszonen denken. Die EU hat etwas andere Vorstellung davon, wie man Regionen entwickeln darf als diejenigen, die ein autoritäres System wie in China führen.

Es geht darum, was hier im Wesentlichen niedergelegt ist. Wir wollen innerhalb unseres Systems dem Rheinischen Revier Vorfahrt gewähren. Soweit es rechtlich erlaubt und rechtlich
25 möglich ist, soll das Rheinische Revier Vorfahrt haben, damit die Mammutaufgabe des Strukturwandels vernünftig bewältigt werden kann.

Dazu zählt die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren in den Bereichen Bau, Verkehr, Netze, Anlagenplanung und – ganz spannend – 4G- und 5G-Netze, weil wir – das ist ja unsere staatliche Aufgabe – erst einmal die Rahmenbedingungen schaffen müssen, damit eine
30 Region attraktiv ist, und damit sich Unternehmen dort ansiedeln und ihre Betriebe erweitern. Dafür sind Verkehr, Netze, Anlagenplanung und Bau von zentraler Bedeutung.

Die Beschleunigung von Verfahren ist ein Dauerthema. Das werden wir gezielt vorantreiben. Das gilt insbesondere für die Beschleunigung von Planungsverfahren für Straßen und Schienenwege; auch darauf hat Frau Landsberg bereits hingewiesen.

5 Dann werden wir uns bemühen, dass die Europäische Kommission uns erlaubt, Investitionsbeihilfen auch für gewerbliche Ansiedlungen im Revier zu leisten. Das ist nicht unproblematisch, weil das europäische Beihilferecht so etwas grundsätzlich als wettbewerbsverzerrend ansieht. Das ist aber wichtig, weil wir am Ende eines solchen Prozesses das Rheinische Revier nur dann mit den entsprechenden Effekten entwickeln können, wenn auch gewerbliche Ansiedlungen dort möglich sind.

10 Da müssen Anschubfinanzierungen möglich sein. Es muss auch möglich sein, Nachteile, die der Markt nicht bereinigen kann, durch staatliche Mittel angemessen in gebotenem Maße auszugleichen. Wir werden versuchen, zu erreichen, was wir erreichen können. Sie können sicher sein, dass wir uns massiv darum bemühen werden.

15 Wir haben übrigens schon angefangen, uns mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Kohleländern sowie mit dem Bund auf einen Prozess verständigen, wie wir das gegenüber Brüssel vorantreiben können.

20 Natürlich wollen wir die beihilferechtlichen Möglichkeiten, die es gibt, bündeln. Das ist viel Handwerk und viel Technik. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir das schaffen werden. Wir wollen die verfahrenstechnischen Hemmnisse bei der gerichtlichen Aufarbeitung von Infrastrukturvorhaben abbauen. Das sind spannende Themen des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes.

Das ist jetzt alles nur exemplarisch und reif für Erweiterungen.

(Folie 8)

25 Wie geht es jetzt weiter? Das Problem ist, dass die Empfehlungen nicht am Anfang der Umsetzungsschritte stehen. Das, was die Kommission erarbeitet hat, ist ein Zukunftsbild, wie das Revier nach 20 Jahren aussehen soll. Damit es dazu kommt, müssen wir ganz viel tun. Frau Landsberg hat gerade schon einiges dazu ausgeführt.

30 Wir werden zunächst, was das Rheinische Revier betrifft, klären müssen, wie, wann und welche Kraftwerksblöcke stillzulegen sind. Da wird zunächst der Bund mit den Kraftwerksbetreibern verhandeln müssen. Aus diesen Vereinbarungen werden sich dann zwangsläufig

Reduzierungen der noch benötigten Kohlemengen ergeben. Das ist klar; das ist auch das Ziel der Sache.

5 Daraus wiederum werden sich Anpassungsnotwendigkeiten der bisher geplanten und genehmigten Tagebaubetriebe ergeben. Auch in diesem Kontext ist – so ist das in der Marktwirtschaft richtig, und die verstehen auch mehr davon als wir – zunächst das Bergbauunternehmen gefordert. Es ist Aufgabe des Bergbauunternehmens, zunächst einmal seine Vorstellung zu präsentieren, wie es sich unter der Geltung des Beschlusses der Kommission den weiteren Abbau des Bergbaus vorstellt.

10 Das betrifft auch die Empfehlungen der Kommission zum Erhalt des Hambacher Forstes und die Vermeidung wirtschaftlicher und sozialer Härten für die von Umsiedlung Betroffenen. Auch da müssen wir zunächst auf das warten, was das Unternehmen an Vorstellungen entwickelt, wie die Tagebaue bis zum Ende der Laufzeit abgebaut werden sollen, und was das für die einzelnen Standorte bedeutet.

15 Das können wir heute aber noch nicht seriös vorhersagen. Klar ist, dass neben dem kleineren Tagebau Inden weiter Kohle auch aus den Großtagebauen benötigt wird. Das ist völlig klar. Wir wollen einen Kohleausstieg, der ein bestimmtes Enddatum hat, der Versorgungssicherheit und Preisstabilität gewährleistet.

20 Wenn wir das in einen Ausgleich bringen wollen, dann muss ein Abbau weiterhin möglich sein. Das ist einfach Fakt; sonst haben wir keinen Ausgleich, sondern eine einseitige Politik zulasten des Wirtschaftsstandorts Deutschland und Nordrhein-Westfallens. Das wollen wir aber nicht. Deshalb wird das auch weiterhin möglich sein.

Ob es dabei zu Reduzierungen in einzelnen Tagebauen kommt, wissen wir heute noch nicht. Da warten wir noch auf die Vorschläge der Unternehmen. Diese Vorschläge werden wir dann diskutieren und auch die Auswirkungen, die damit gegebenenfalls verbunden sind.

25 Sicherlich ist die Betroffenheit von Umsiedlern wichtig; das ist uns sogar sehr wichtig. Es geht dabei aber auch um die ordnungsgemäße Wiedernutzbarmachung der Tagebaue, um die Vermeidung von Stillständen der Tagebaue – das habe ich gerade deutlich gemacht –, der dauerhaften Stabilität der Restseen, der Restseeböschungen, der Grundwasserfragen und vieles mehr.

30 Alles das – da ist natürlich auch der Braunkohlenausschuss gefordert – muss in einen vernünftigen Ausgleich gebracht werden, um am Ende dieses Prozesses ein für alle gutes Ergebnis zu erzielen.

Auch für die Aspekte des Strukturwandels ist noch einiges zu regeln; Frau Landsberg hat dazu bereits ausgeführt. Es geht einmal – der Minister hat es angesprochen – um das Maßnahmengesetz des Bundes, das im Mai dieses Jahres vorgelegt werden soll. Insoweit geht es konkret darum, wie die 40 Milliarden Euro, die die Kommission empfohlen hat, und die
5 sowohl Bundestag als auch Bundesrat bewilligen müssen, über den langen Zeitraum verteilt werden, und wie das alles von uns im Laufe der Zeit umgesetzt werden kann.

Das ist ein kurzer Überblick über das, was die Kommission beschlossen hat, soweit es für die Regionalräte von größerer Bedeutung ist. Ich möchte damit abschließen und gerne übergeben an Frau Dr. Renz, die Ihnen die Details der Regional- und Braunkohleplanung in diesem Kontext erläutern kann.
10

Vielen Dank.

Frau Dr. Renz:

Ich möchte eingangs noch einmal deutlich sagen, wie dankbar wir sind, dass Sie sich heute
15 Morgen die Zeit nehmen, hierherzukommen und das Thema zu diskutieren. Es kommt ganz klar sehr entscheidend auf Sie an. Es wird keinen Strukturwandel ohne Flächen geben. Es gibt keine räumliche Transformation, ohne dass man sich die Flächen anschaut. Das machen Sie mit Ihren Regionalplänen.

Den LEP, den wir hoffentlich nächste Woche endlich durch das Nadelöhr Kabinett bringen,
20 ist nur ein Textwerk. Der entscheidende räumliche Plan ist Ihrer. Ihre Regionalpläne legen langfristig die Zukunftsstrukturen in Ihren Regionen fest.

Genauso wird es keine Änderung in der Braunkohlenplanung geben, ohne dass der Braunkohlenausschuss diese Pläne ändert. Das ist eine fachlich extrem anspruchsvolle Aufgabe. Sie sind das Gremium mit dem Fachwissen dazu, das vielleicht auch die Chance bietet, das
25 Ganze in der Region einigermaßen im Konsens über die Bühne zu bringen.

Das alles wird also nur gelingen, wenn Sie sich mit einbringen. Ich werte die Tatsache, dass Sie so zeitnah diese Sondersitzung abhalten, genau als Zeichen dafür, dass Sie das als Ihre Aufgabe begreifen.

Ich fange mal mit der Regionalplanung an. Ich habe versucht, das, was Strukturwandel-
30 Deutsch oder Wirtschaftsförderer-Deutsch für Planer bedeutet, zu übersetzen in etwas, von

dem ich denke, dass das Ihr klassisches Werkzeug ist, das Sie in Ihrer Regionalplanung kennen.

(Folie 10)

5 „Strukturwandel“ heißt vor allen Dingen: Ein Industriezweig geht, und gebraucht wird die Schaffung neuer Arbeitsplätze in neuen Branchen. Wirtschaft und Arbeitsplätze, das braucht Flächen. Es wird also ganz zentral – das sage nicht nur ich, sondern das ist allgemein bekannt – um die Schaffung neuer, geeigneter, gut verorteter und schnell marktgängig werden-der Wirtschaftsflächen gehen.

10 Das wird sicherlich ein ganz zentraler Anknüpfungspunkt für das Rheinische Revier sein. Das ist für Sie in der Regionalplanung sowieso immer ein Thema. Sie kennen das. Sie arbeiten da für alle Regionen. Ich weiß auch, dass die Priorisierung von Regionalplanänderungen immer viel Arbeit macht, auch Arbeit, die vorgezogen vor der eigentlichen Bearbeitung ansteht.

15 Wichtig ist die Frage, ob die Fläche schnell marktgängig gemacht werden kann. Das wird jetzt eine noch größere Bedeutung erlangen. Wenn wir wollen, dass strukturwirksam direkt in den nächsten Jahren etwas passiert, dann brauchen wir natürlich ganz hervorragende Standorte, die auch sehr schnell marktgängig sind.

20 Ein zweites großes Thema, wenn die Kohle geht: Die Kohle repräsentiert sich hier in der Region vor allen Dingen in den Kraftwerken und in den großen Tagebauen mit den anstehenden Restseen. Das ist auch das, was man deutschlandweit besonders mit dem Rheinischen Revier verbindet.

25 Es ist ganz klar, dass es noch eine Zeit lang braucht, bis die Kraftwerke zur Verfügung stehen. Das erste Kraftwerk wird voraussichtlich 2023 erstmals stillgelegt und dann abgerissen. Das sind also keine Themen, die die Wirtschaftsflächen direkt in den nächsten Jahren befriedigen. Trotzdem haben sie eine sehr hohe Symbolbedeutung.

Es sind auch gute Standorte, die sich gerade für emittierende Nutzungen eignen. Jetzt stehen dort noch die Kraftwerke, und danach könnte eine andere emittierende Industrie dorthin. Sie stehen aber so besonders im Fokus, dass sie vielleicht schon ein Anknüpfungspunkt für Ihre strategischen Überlegungen für das Rheinische Revier sein können.

30 Der dritte Bereich: Sie gestalten nicht nur Wirtschaft, sondern Sie gestalten auch den Raum um. Sie wollen Lebensqualität, Sie wollen gut wohnen können, Sie wollen vielleicht auch

Erinnerungen an die Braunkohle vorhalten. Dazu gibt es viele Raumüberlegungen. Das ist ja auch Ihre Aufgabe.

Hier bietet sich aus meiner Sicht an, besonders an die drei Tagebaurandinitiativen anzuknüpfen, die es bereits gibt. Da geschieht im Kleinen schon genau das: Raumentwicklung für eine neue Zukunft, die den Restsee in irgendetwas überführt, was für diese Region eine besondere Bedeutung hat. Das muss nicht jede Kommune für sich machen, sondern das sollte gemeinsam geschehen. In Inden macht man das schon sehr lange. In Garzweiler ist man schon sehr weit, und auch in Hambach macht man sich da auf den Weg.

Das ist natürlich nicht das gesamte Rheinische Revier, sondern das sind nur drei Kerne. Ich könnte mir vorstellen, dass das auch für Sie als Regionalrat, wenn Sie Raumentwicklung im Rheinischen Revier betreiben, ein guter Anknüpfungspunkt ist.

(Folie 11)

Ich komme noch einmal auf das Thema „Gewerbeflächen“, um die Dimensionen klarzumachen. Unser Minister ist noch mutiger, er spricht direkt von 1.000 Arbeitsplätzen, die er sich pro Jahr wünscht. Wenn man das einmal auf die Endfläche umrechnet – konservativ gesehen, sagen wir mal ein Arbeitsplatz auf ungefähr 350 m² –, und man braucht dann noch die Erschließung, dann benötigt man, wenn man wirklich 1.000 Arbeitsplätze im Rheinischen Revier schaffen wollte, dafür eine Fläche von 40 ha im Jahr. Die müssen nicht alle neu im Regionalplan dargestellt sein; manche sind schon in der Bauleitplanung zur Verfügung. Das ist die planerische Aufgabe, die Sie vor sich haben.

Köln steht in dem Gesamtprozess, und der dauert eine ganze Weile. Solch ein Prozess hat Bedeutung nicht nur für das Rheinische Revier, sondern für die gesamte Region Köln. Das kommt dann noch dazwischen, dass Sie vielleicht kurzfristig in Einzeländerungen solche Fragestellungen speziell für das Rheinische Revier beantworten.

(Folie 12)

Wir wollen Ihnen natürlich auch helfen. Jede Unterstützung, die Sie brauchen, soll von unserer Seite geleistet werden. Wir novellieren aktuell unser Landesplanungsgesetz. Unsere Zielsetzung – dafür steht unser Ministerium insbesondere – ist dabei Deregulierung und Beschleunigung.

Ich weiß, dass unsere bisherigen Vorschläge bei Ihnen nicht nur auf ungeteilte Zustimmung gestoßen sind. Dazu haben wir auch hier in Köln schon etwas bei der letzten Sitzung gesagt.

Das soll auf jeden Fall ein Gesetz für Sie werden. Wir wollen Ihnen die Instrumente zur Verfügung stellen. Das Gesetz soll praxistauglich und für Sie anwendbar sein. Wir machen nichts gegen Sie.

Wir haben zwei Vorschläge, die noch darüber hinausgehen, und die besonders durch die Arbeit der WSB-Kommission noch einen gewissen Drive bekommen haben. Zusätzlich zu der Novelle im Landesplanungsgesetz wollen wir eine Experimentierklausel einführen. Das gibt Regionen die Chance, mit speziellen Verfahrenserleichterungen zu experimentieren.

Die Idee dahinter ist die, dass man Erfahrungen gewinnen kann mit Instrumenten, die man irgendwann noch einmal auf andere Regionen übertragen kann. Das wäre vielleicht eine gute Option. Wir stehen dabei noch ganz am Anfang der Überlegungen. Wenn von Ihnen gute Vorschläge kommen, sagen Sie uns Bescheid; rufen Sie uns an; melden Sie sich. Wir nehmen gerne noch neue Ideen mit auf.

Eine weitere Sache richtet sich in erster Linie an den Braunkohlenausschuss. Sie haben ein Verfahrensrecht, das aus guten Gründen sehr langwierig ist. Änderungen von Braunkohleplänen dauern ihre Zeit. Wir kalkulieren für das aktuell laufende Verfahren ungefähr sechs Jahre. Das hat seinen guten Grund. Das Ganze ist fachlich sehr anspruchsvoll.

Ich denke aber, dass wir diese Zeit bei den jetzt anstehenden Aufgaben nicht haben. Deswegen konstruieren wir aktuell ein beschleunigtes Verfahren zur Änderung, vor allen Dingen zur Verkleinerung von Braunkohlenverfahren. Erwarten Sie dabei bitte keine Wunder. Auch dieses Verfahren wird sicherlich eine Verfahrensdauer von zwei Jahren oder länger haben. Damit sollen natürlich nicht bundesrechtliche oder europarechtliche Vorschriften für Umweltstandards oder Beteiligungsverfahren ausgehebelt werden können; das wollen wir auch gar nicht. Wir wollen das jetzige Verfahren jedoch etwas straffen.

(Folie 13)

Damit komme ich zur Braunkohle. In den Braunkohleplänen legen Sie den Umriss der Tagebaue fest; Sie legen aber vor allem Vorgaben für die Rekultivierung, für die Wiedernutzbarmachung der Landschaft fest. Sie tarieren aus, wo neue Verkehrswege entstehen, wo der Restsee hinkommt. Sie tarieren aus, wie viel Flächen für Landwirtschaft, für Siedlungsflächen, für Wald und für andere Nutzungen zur Verfügung gestellt wird.

Da kommen ganz sicher Änderungen auf Sie zu. Hierzu kann ich noch nicht so viel sagen. Es zeichnet sich für mich leider noch nicht so deutlich ab wie in der Regionalplanung. Ich

möchte einmal anfangen mit den – das hatte Herr Dr. Traupel vorhin angekündigt – wenigen Passagen zu diesem Thema, die sich im Abschlussbericht der WSB-Kommission finden.

Es gibt drei Passagen, die wahrscheinlich jeder hier im Saal als völlig selbstverständlich ansieht und unterschreiben würde.

5 (Folie 14)

Da heißt es, dass wenn Tagebaue im Zusammenhang mit der Reduzierung der noch benötigten Braunkohlemengen verkleinert werden sollen, dann solle das natürlich nicht zu einem Stillstand von Tagebauen führen. Deswegen ist ja unser Ansatz, dass wir auf jeden Fall ein beschleunigtes Verfahren zur Braunkohlenplanänderung brauchen.

10 Es muss darum gehen, dass die Finanzierung für die Wiedernutzbarmachung weiterhin gesichert bleibt, die jetzt in den Rückstellungen bei den Unternehmen ist. Natürlich können erhebliche Änderungen in der Tagebauplanung zukünftig ganz andere Kostenbelastungen generieren, die man bei Umplanungen auf jeden Fall mitdenken muss.

15 Es geht zudem um das Thema „Wassermanagement“. Im Bericht der WSB-Kommission ist das an einer Stelle im Zusammenhang mit der Spree genannt. Das ist aber natürlich ebenso für Mönchengladbach ein wichtiges Thema und bei jeder Änderung von Tagebauen von ganz großer Bedeutung. Tagebaue haben ganz erhebliche Auswirkungen auf das Grundwasser, auf die Restseen. Wenn man hier umplant, ist das sicher eine Sache, die man ganz besonders in den Fokus stellen muss.

20 Es gibt zwei Empfehlungen, die noch für viel mehr für Diskussionsstoff sorgen. In dem Abschlussbericht der WSB-Kommission steht, dass es wünschenswert wäre, den Hambacher Forst erhalten. Da steht, dass die Landesregierungen gebeten werden, mit den Betroffenen vor Ort in einen Dialog zur Umsiedlung zu treten, um soziale und wirtschaftliche Härten zu vermeiden.

25 Herr Dr. Traupel hat es vorhin schon gesagt: Wir sind dafür. Der WSB-Bericht als Ganzes ist uns wichtig. Wir werden dafür kämpfen, dass er als Ganzes umgesetzt wird. Deswegen sehen wir es so, dass das Unternehmen in seinen Verhandlungen über die Kraftwerksstilllegung und den daraus resultierenden Reduzierungen der Kohlemengen und der Umplanung dieser Empfehlung, dass der Hambacher Forst erhalten wird, das Ganze auch möglichst
30 umsetzt.

Es würde zugleich einen großen gesellschaftlichen Konflikt im Hambacher Forst glätten. Aus Sicht der Landesregierung ist das sicher kein FFH-schutzwürdiger Wald. Wir hatten die Genehmigung ausgesprochen, dass er abgebaggert werden kann. Aber wenn der Konflikt gelöst wäre, dann wäre das sicher ein deutliches Plus für die Region.

5 (Folie 15)

Zur anderen Empfehlung sage ich mal ganz selbstbewusst: Eigentlich gehen wir davon aus, dass wir bereits im Dialog mit den Umsiedler sind. Unsere Bezirksregierung, eine Landesbehörde, wir selber, unsere Umsiedlungsbeauftragte – das ist ein Dialog. Wir werden diesen Dialog jetzt ganz selbstverständlich noch vertiefen.

10 Ich gehe davon aus, dass über die regulären Probleme der Umsiedlung, die schon belastend genug sein können, durch die Empfehlung der WSB-Kommission noch neue Unsicherheiten auftreten werden. Deswegen haben wir uns vorgenommen, dass wir auch als Landesregierung ganz speziell diesen Dialog mit den Umsiedlern vertiefen werden.

(Folie 16)

15 Ich hatte bereits gesagt, dass ich so ganz viel Klarheit in dem Bereich Braunkohle noch nicht geben kann. Deswegen habe ich hier noch einmal die anstehenden Schritte ohne Zeitplan – den habe ich heute leider nicht vorliegen – dargelegt.

Wir haben da zunächst den Dialog mit den Umsiedlern, gerade jetzt in der noch schwierigen Zeit. Wenn wir erst mal wissen, was das Unternehmen will, wenn wir das alles geprüft haben, kann ich mir nicht vorstellen, dass die Leitentscheidung aus der letzten Legislaturperiode in toto noch so bleiben kann. Wir haben aber nicht vor – dafür bleibt einfach nicht die Zeit –, in einem großen Leitentscheidungsprozess über zwei Jahre eine ganz neue Leitentscheidung zu erarbeiten.

20 Vielleicht kann man zusehen, dass man die Leitentscheidung in Teilen erhalten kann, wenige Teile ändert oder anpasst, also einfach ganz pragmatisch vorgeht, um zügig in ein neues Recht zu kommen. Dann wäre der Braunkohlenausschuss, der diese Vorgaben, also diese Leitentscheidung braucht, in der Lage, in dem beschleunigten Verfahren die Änderungen umzusetzen.

25 Soweit der kurze Überblick. Jetzt freuen wir uns auf Ihre Fragen und die Diskussion mit Ihnen.

30

Vorsitzender Rainer Deppe:

Vielen Dank, Frau Dr. Renz. Wir wollen zunächst die weiteren Vorträge hören, damit wir ein Gesamtbild haben. Ich darf deshalb Herrn Eyll-Vetter bitten, für RWE Power vorzutragen.

TOP 5

Beitrag der RWE Power AG durch Herrn Eyll-Vetter

5 Herr Eyll-Vetter:

Vielen Dank! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich nehme gerne die Gelegenheit wahr, hier aus Sicht des Unternehmens zu den Ergebnissen der Kommission für Wachstum und Strukturwandel und Beschäftigung zu berichten.

(Präsentation: Folie 1)

10 Einiges von dem, was man zurzeit berichten kann, ist heute schon genannt worden. Ich möchte es gleichwohl noch einmal aufgreifen.

Die Kommission empfiehlt in ihrem Bericht eine Reduzierung der Kohleverstromung und gibt eine Schrittfolge vor, die in der Folie dargestellt ist. Da geht es um erste Stilllegungen in der Größenordnung von 12,7 GW Kohlekraftwerkskapazitäten bis 2022 im Vergleich zu 2017.

15 (Folie 2)

Hiervon sind die Steinkohle mit 7,7 GW und die Braunkohle mit 5 GW betroffen. Hier ist weiterhin ausgeführt, dass Kohlekraftwerke, die noch in Planung oder im Bau befindlich sind, nicht mehr ans Netz gehen sollen, und dass – das hat auch Herr Dr. Traupel vorhin schon angesprochen – die Umsetzung im Einvernehmen mit den Betreibern auf vertraglicher Basis
20 erfolgen soll. Die strukturellen Unterschiede der Bergbauregionen sollen Berücksichtigung finden und natürlich auch die Unterschiede zwischen Braunkohle und Steinkohle.

Im Zeitraum von 2023 bis 2030 werden dann weitere Stilllegungen erfolgen. Wir gehen davon aus, dass wir mit den Stilllegungen im Rheinischen Revier im ersten Schritt bis 2022
25 betroffen sein werden. Für die Sicherheitsbereitschaft haben wir derzeit 1,5 GW Kraftwerkskapazität bzw. sind geplant. Über die 1,5 GW hinaus wird hier ein nennenswerter Anteil auch im Rheinischen Revier erfolgen. Die Zahl, die jetzt so häufig in den Medien genannt wird, können wir nicht bestätigen. Das ist nicht unser Verständnis, dass 3 GW aus dem Rheinischen Revier kommen.

Es ist jedoch ein nennenswerter Anteil, der dazu führen wird, dass wir im Jahr 2022 gegenüber 2015 – also dem Jahr vor der Einführung der Sicherheitsbereitschaft – schon einen massiven Rückgang sehen.

5 In dem Zeitraum 2023 bis 2030 hingegen werden die ostdeutschen Braunkohlereviere am Zuge sein. Da sind keine Stilllegungen im Rheinischen Revier vorgesehen. Diese werden dann erst wieder im Jahr 2030 erfolgen, wenn etwa zu dem Zeitpunkt planmäßig der Tagebau Inden ausläuft und damit das Braunkohlekraftwerk Weisweiler nicht mehr mit Braunkohle befeuert werden wird.

10 In dem Zeitraum danach werden im Rheinischen Revier, so unser Verständnis, dann noch bis 2038 die drei BoA-Kraftwerke und zwei 600-MW-Blöcke laufen. Von den 9 GW Braunkohle, die ab dem Jahr 2030 in Rede stehen, sehen wir die Hälfte im Rheinischen Revier. Dies bedeutet schon einen ganz deutlichen Rückgang. Wenn Sie fast 11 GW Braunkohle gegenüber 2017 reduzieren, dann können Sie erahnen, was das in den Braunkohlenregionen an Veränderungen nach sich zieht.

15 Entscheidend für die einvernehmliche Regelung, die der Bund angekündigt hat, wird sein, dass man über den gesamten Zeitraum bis zum Auslaufdatum das Einvernehmen erzielt, dass die Regelungen nicht nur in einem ersten Schritt bis 2022 getroffen werden, sondern dass der ganze Zeitrahmen erfasst wird. Nur so kann Planungssicherheit wiederhergestellt werden. Das ist insgesamt für die Braunkohleplanung von großer Bedeutung.

20 (Folie 3)

Es ist außerdem vorgesehen, die Entschädigung über das Maß, das über die Sicherheitsbereitschaft hinaus schon an die Betreiber der Kraftwerke gezahlt worden ist, dahin gehend zu erhöhen, dass zusätzlich auch Folgekosten der Tagebaue zu entschädigen sind.

25 Frau Dr. Renz hat in ihrem Beitrag gerade angekündigt, dass Auswirkungen auf die Tagebaue abzusehen sind, die zu Mehraufwendungen führen. Das wird selbstverständlich – das ist auch im Kommissionsbericht schon so angelegt – auch Bestandteil der Verhandlungen mit der Bundesregierung sein.

30 Das Ganze soll sozialverträglich gestaltet werden. Sie wissen, dass in der Kommission die Gewerkschaften vertreten waren. Sie haben aus unserer Sicht gute, vernünftige, tragfähige Lösungen für die Mitarbeiter in den Braunkohleunternehmen verhandelt. Da ist das Stichwort „Anpassungsgesetz“ ein Instrument, das im Steinkohlebergbau viele Jahre lang bereits erfolgreich eingesetzt wurde. Das soll auch für die Braunkohleunternehmen umgesetzt werden. Da wird aus unserer Sicht ein sozialverträglicher Stellenabbau möglich sein.

Die Einigung soll bis Mitte 2020 erfolgen. Das ist also nicht allzu lange Zeit bis dahin. Andererseits halten wir es auch für richtig, das Ganze zeitnah anzugehen, damit möglichst schnell wieder Planungssicherheit vorhanden ist. Über die Finanzierung ist schon das eine oder andere diskutiert worden. Sie soll aus Haushaltsmitteln des Bundes erfolgen.

- 5 Es ist ein Monitoring vorgesehen, das in den Jahren 2023, 2026 und 2029 durch ein unabhängiges Gremium noch einmal prüft, ob die Annahmen, die dem Bericht zugrunde liegen, so auch zutreffend sind. Insbesondere die Auswirkungen auf Versorgungssicherheit, auf Strompreise, auf Klimaschutz und auf Strukturentwicklung sollen diesem Monitoring unterzogen werden.

10 (Folie 4)

Das Abschlussdatum ist schon genannt worden, nämlich 2038, und damit deutlich früher, als in den bisherigen Planungen vorgesehen. Das war ganz sicher nicht der Wunsch der Braunkohlewirtschaft in Deutschland. Es ist jetzt aber so, und damit muss man sich auseinandersetzen. Das wird nun Bestandteil der in Kürze beginnenden Verhandlungen sein. Der Revisionszeitpunkt 2032 ist schon genannt worden.

Wir sehen den Wunsch der Kommission, den Hambacher Forst zu erhalten, als problematisch an, auch als kritisch. Wir haben immer gesagt, dass die Kohleförderung im Tagebau Hambach in dem erforderlichen Umfang weitergeführt werden kann, wenn der Rest vom Hambacher Forst von rund 200 ha auch gerodet wird.

- 20 Hier ist nun der besagte Wunsch ausgedrückt und mit 27 zu 1 Stimmen letztlich auch beschlossen worden. Dem müssen wir uns natürlich stellen; damit müssen wir uns auseinandersetzen. Das Stichwort „Befriedung“ ist vorhin schon gefallen. Das können wir nicht ignorieren, und das werden wir auch nicht tun.

Zu den Umsiedlungen hat Frau Dr. Renz gerade vorgetragen. Hier sind die Länder aufgefordert – nicht nur Nordrhein-Westfalen, sondern dass gilt auch für die anderen Länder –, in einen Dialog mit den von Umsiedlung Betroffenen zu treten, um soziale und wirtschaftliche Härten zu vermeiden. Aus unserer Sicht ist das ein Prozess, der im Rheinischen Revier seit vielen Jahren geübte Praxis ist. Hier müssen wir noch einmal hinschauen, ob man im Einzelfall etwas nachjustieren kann. Da kann sicherlich keiner etwas dagegen haben.

- 30 Das Genehmigungsrecht sehen wir als einen ganz entscheidenden Punkt an. Die Genehmigungsanpassungen sind so vorzunehmen, dass zwischendurch ein Stillstand der Betriebe vermieden wird. Das sind ja große Betriebe, große Tagebaue. Ein Tagebau Hambach hat eine Größe von 40 km², ein Tagebau Garzweiler von fast 30 km².

Hier muss natürlich vermieden werden, dass es zwischendurch zu einem Stillstand kommt. Es muss durchgehende Planungssicherheit bestehen. Daran haben wir ein größtes Interesse, und es ist sicherlich auch für die Region von großer Bedeutung, dass nicht über die Jahre ein Tagebau mit all den negativen Folgen, die ein Stillstand mit sich bringt, entsteht.

5 (Folie 5)

Hier sehen Sie die bekannte Revierkarte, im Westen den Tagebau Inden und das Kraftwerk Weisweiler. Hier sehen wir durch die Beschlüsse der Kommission und durch die anstehenden Verhandlungen eigentlich so gut wie keine Veränderungen. Der Tagebau wird so geführt, wie er im Braunkohleplanverfahren beschrieben ist.

10 Mit der Seeanlegung ist schon vor einiger Zeit begonnen worden. Hier sind wir schon in der Umsetzung. Wir beabsichtigen im Übrigen auch nicht, am Standort Weisweiler Blöcke vorzeitig vom Netz zu nehmen. Das Kraftwerk Weisweiler wird so weiterlaufen. Wir werden die vorgesehenen Reduzierungen an der sogenannten Nord-Süd-Bahn vornehmen.

15 Die Nord-Süd Bahn-Kraftwerke und Veredlungsbetriebe werden aus den Tagebauen Garzweiler und Hambach versorgt. Hier ist schon in dem Bild die – in Anführungszeichen – „kleine“ Veränderung in Garzweiler angedeutet, die die Leitentscheidung nach sich zieht. Hier läuft das Braunkohlenplanverfahren bekanntlich noch. Wir sehen auch, dass wir den Tagebau, so wie er in dem Braunkohlenplanverfahren jetzt beschrieben ist, weiterführen wollen, insbesondere natürlich, wenn man das kombiniert mit dem Wunsch, am Tagebau Hambach
20 etwas zu verändern.

Die Kraftwerke sind teilweise in Sicherheitsbereitschaft. Wir haben insgesamt schon 1,2 GW Kraftwerksleistung in der Sicherheitsbereitschaft. In diesem Jahr werden wir noch einen weiteren Block am Standort Neurath in die Sicherheitsbereitschaft überführen, wo er dann für vier Jahre bleibt, bevor er vom Netz geht. In den vier Jahren nimmt er nicht am Strommarkt teil,
25 sondern wird nur bei Engpässen in Betrieb genommen.

Sie sehen die Leistungszahlen an den anderen Standorten in Neurath, in Niederaußem, und Sie sehen die Veredlungsstandorte. Hier werden sich die Reduzierungen, die Abschaltungen, die jetzt in dem ersten Schritt bis 2022 vorgesehen sind, abbilden.

(Folie 6)

30 Dies ist ein Blick auf den Tagebau Garzweiler. Es ist wichtig, sich das noch einmal in Erinnerung zu rufen. Der Tagebau wird seit vielen Jahren planmäßig betrieben. Hier haben wir mal einige markante Punkte markiert. Die Autobahn 61 ist zurückgebaut; die Umsiedlungen den

Erkelenzer Ortschaften Lützerath und Immerath sind so gut wie abgeschlossen. Die im dritten Umsiedlungsabschnitt befindlichen Orte Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich und Berverath sind ebenfalls schon weit fortgeschritten.

Als die Folie erstellt wurde, also Ende Januar, hatten wir einen Einigungsstand von 57 %.

5 Schon ganz viele Leute sind unterwegs, bauen am neuen Standort, wohnen schon dort oder sind in der Planung für neues Anwesen. Wir mussten mehrfach die Kapazitäten in der Umsiedlungsabteilung aufstocken, um dem Andrang überhaupt gerecht zu werden. Die Menschen kommen; sie wollen für sich persönlich ihre Planungssicherheit haben. Sie kommen zu uns, und wir reagieren, indem wir das Ganze so schnell, wie es bei uns möglich ist, auf
10 den Weg bringen.

(Folie 7)

Dieses Bild zeigt noch einmal eine Luftbildaufnahme. Hier ist alles planmäßig unterwegs. Sie sehen hier die geänderte Abbaugrenze, wie sie sich bei Holzweiler darstellt.

(Folie 8)

15 Diese Folie zeigt in Rot die Grundstücke, die wir in den alten Orten bereits erworben haben. Das sind sehr viele. Hinter einer solchen Zahl verbirgt sich in der Plandarstellung eine ganze Menge. Es gibt keinen Ort, wo noch keine Häuser oder Anwesen von uns erworben wurden. Sie sehen in Gelb dargestellt alle die Orte, wo die Gespräche laufen. Da laufen die Gespräche zu einem ganz, ganz großen Teil sehr konstruktiv mit dem Vertrauen der Menschen,
20 dass wir die Umsiedlung planmäßig durchführen.

Bei aller Härte, die eine Umsiedlung für den Betroffenen natürlich mit sich bringt, ist es doch so: Wenn die Entscheidung einmal getroffen ist, ist dann die Planungssicherheit für den Menschen, für den einzelnen Umsiedler gegeben. Deswegen richten wir alles darauf aus, dies auch zu tun.

25 (Folie 9)

Dies ist ein Blick auf den neuen Ort. Die fünf Orte haben sich ja darauf verständigt, an einen gemeinsamen Standort zu gehen. Alles, was hier in Rot dargestellt ist, sind die Grundstücke, die die Umsiedler schon erworben haben, wo sie bereits bauen. Alles was hier gelb ist, sind die vorgemerkten Grundstücke. Das sind ganz viele. Was hier noch grün ist, sind die Grundstücke, die noch frei sind. Da könnte für Kinder oder Angehörige der Umsiedler noch Platz
30 sein.

(Folie 10)

Hier sehen Sie ein paar Impressionen. Über 20 Baukrane sind derzeit im Einsatz, obwohl wir noch Winter haben. Das wird im Frühjahr sicher noch einmal deutlich zunehmen.

(Folie 11)

5 Dies ist der Blick auf den Tagebau Hambach als Luftbild. Sie sehen hier den Rest des Hambacher Forstes: Rund 200 ha von ursprünglich mal rund 4.000 ha sind noch da.

Der Wunsch, den Hambacher Forst zu erhalten, ist bereits angesprochen worden. Eines kann man sagen: Wenn der Hambacher Forst nicht weggenommen wird, dann wird es nicht möglich sein, die Kohleförderung in dem geplanten Umfang weiterzuführen.

10 Dieses Bild macht aber noch etwas anderes deutlich, und deswegen möchte ich mal die Dimension der Aufgabe, die jetzt ansteht, skizzieren: Sie sehen vor der nördlich des Tagebau gelegenen Stadt Elsdorf diese Böschung. Die Böschung ist 400 m tief. Das geht mit einer 1:3, so sagen die Bergleute, relativ steil nach unten. Die Böschung ist für die Betriebsphase auch standsicher.

15 Sollte so oder so ähnlich ein Endstand des Tagebaus aussehen, hätte dies in jedem Fall zur Folge, dass diese Böschung massiv abgestützt werden müsste, damit sie dauerhaft standsicher ist und auch bei Erdbeben – wir sind hier in einem Erdbebengebiet –, die möglicherweise nur alle 500 Jahre vorkommen, standsicher bleibt.

(Folie 12)

20 Dies sind die Planungen, wie sie für den Tagebau Hambach bislang ganz grob angedacht sind. Hier ist im Gegensatz zum Tagebau Garzweiler im Braunkohlenplanverfahren nur relativ grob vorgegeben worden, dass der See maximal 4.000 ha groß sein darf, dass landwirtschaftliche Fläche in der Größenordnung von mindestens 1.000 ha hergestellt werden müssen und dass der Rest forstlich zu rekultivieren ist.

25 Eine Kernfläche des Sees haben wir hier mal eingetragen; die ist rund 3.000 ha groß. Dazu gibt es noch irgendwo in den schraffierten Bereichen weitere Seegebiete. Das ist das, was wir normalerweise im vierten Rahmenbetriebsplan beplanen. Wenn es jetzt hier Änderungen gibt und das frühere Ausstiegsdatum kommt, sind diese Planungen natürlich anzupassen.

30 Das alles erfordert Zeit. Frau Dr. Renz hat bereits angekündigt, dass Braunkohlenplanverfahren den Konsens herstellen und dass sie auch Zeit in Anspruch nehmen. Da wird die Kunst darin bestehen, zu vermeiden, dass der Betrieb bei irgendwelchen Änderungen an den Tagebauen zwischenzeitlich zu einem Stillstand kommt.

(Folie 13)

Es sind heute schon Aussagen zum Strukturwandel gemacht worden. Frau Landsberg hat hierzu vorgetragen. Die Zukunftsagentur Rheinisches Revier wird hier eine wichtige Rolle einnehmen. Wir arbeiten eng mit der Zukunftsagentur, ebenso wie mit den Umfeldinitiativen und den Kommunen im Rheinischen Revier zusammen. Wir sehen einige Projekte, die wir durchaus mitunterstützen können.

(Folie 14)

Das gilt nicht für jedes Projekt. Wir sind nicht überall federführend. Es gibt jedoch einige interessante Dinge, die umgesetzt werden können. Beispielsweise ist die Entwicklung eines Wärmespeicherkraftwerks am Standort eines Braunkohlenkraftwerks unter Nutzung bestehender Infrastruktur sicher ein erfolgversprechender Ansatz.

Die Ansiedlung eines DLR-Instituts ist aus unserer Sicht natürlich hilfreich. Regionales Energiemanagement ist bekannt. Hier arbeiten wir mit. Wir betreiben in unseren Betrieben schon lange ein Lastmanagement. Das sind Dinge, wo wir unsere Kompetenzen mit einbringen können. Ob eine Batteriezellenproduktion ins Rheinische Revier kommt, kann ebenfalls geprüft werden.

Wir werden uns ganz konkret gemeinsam mit dem Geologischen Dienst und dem Land Nordrhein-Westfalen an dem Thema „Tiefengeothermie“ beteiligen. Hier gibt es Überlegungen, so etwas in einem ehemaligen Kraftwerksstandort anzugehen. Dazu wird in der nächsten Woche ein größerer Termin stattfinden, wobei der Minister den offiziellen Startschuss gibt.

Es gibt andere mit Energie verbundene Themen, bei denen wir mitmachen können. Stoffliche Nutzung der Braunkohle bzw. Kohlenstoffkreisläufe sind solche Themen. Das ist auch im Bericht angelegt. Wir arbeiten mit unserem Forschungs- und Entwicklungsbereich intensiv daran mit und werden das weiter unterstützen.

Gut ist, dass die Sicherheitszusage an die Mitarbeiter gegeben ist, dass betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden. Das wird natürlich damit verbunden sein, dass hochwertige und gut bezahlte, über Tarif bezahlte und tariflich bezahlte Stellen verschwinden werden. Wir haben bekanntlich an keiner Stelle Arbeitsplätze, die auf Mindestlohniveau arbeiten, sondern das sind überall gut bezahlte Arbeitsplätze. Die werden definitiv aus der Region verschwinden.

(Folie 15)

Damit komme ich zu einem Fazit. Wir wollen den Tagebau Inden und das Kraftwerk Weisweiler planmäßig bis etwa 2030 betreiben. Auch ein reduzierter Kohlebedarf, wie er mit den Kraftwerksstilllegungen verbunden sein wird, wird eine Kohlebereitstellung an der Nord-Süd-Bahn in den 20er-Jahren aus zwei Tagebauen erfordern. Die Menge ist zu groß, als dass ein
5 Tagebau allein dies schaffen könnte.

Unseres Erachtens muss der Tagebau Garzweiler gemäß Leitentscheidung von 2016 vollständig ausgekohlt werden. Deswegen werden wir die Umsiedlungen planmäßig fortführen, auch aus dem Grund, weil wir ab den 20er-Jahren die Kohle brauchen.

Den Wunsch der Kommission zum Stehenlassen des Hambacher Forstes sehen wir kritisch.
10 Wir können ihn aber nicht negieren; wir müssen ihn prüfen. Das hätte natürlich massive Auswirkungen auf die Kohlebereitstellung und auch auf die Wiedernutzbarmachung. Dass diese am Ende vernünftig und ordentlich sein muss, darauf haben die Kommunen aus dem Umfeld des Tagebaus ein Anrecht, und es ist im Übrigen auch aus geotechnischer Sicht erforderlich, dass hier eine dauerhaft standsichere Wiedernutzbarmachung mit einem Tage-
15 bausee, der nutzbar ist, entsteht.

Wir werden die Strukturentwicklung im Revier im Rahmen des Möglichen weiter unterstützen und warten jetzt auf die Verhandlungen mit der Bundesregierung. Das wird in Kürze auf uns zukommen; davon gehen wir aus. Bisher sind diese Verhandlungen noch nicht angelaufen.

Damit bin ich mit meinem Beitrag am Ende. Glück auf!

20

TOP 6 Beitrag von Herrn Bürgermeister Jansen (Stadt Erkelenz)

Herr Bürgermeister Jansen:

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie ebenfalls herzlich begrüßen und mich dafür bedan-
5 ken, dass bei mir angefragt wurde, einmal die Sicht der betroffenen Kommunen und vor al-
lem die Sicht einer betroffenen Kommune darzustellen.

Alle Kommunen sind unterschiedlich betroffen. Ich kann natürlich nur den Blickwinkel der
Kommune Erkelenz wirklich gut darstellen. Es gibt aber auch Betroffenheiten in anderer
Ausprägung bei anderen Kommunen. Ich sage ganz deutlich: Das ist in der Diskussion der
10 medialen Berichterstattung bislang ziemlich untergegangen; da wurde viel mehr über andere
Themen gesprochen als über uns.

(Folie 1)

Ich kann es Ihnen nicht ersparen, dass mein Vortrag etwas emotionaler wird. Anders als alle
Vorredner, die über Tonnen und Gigawatt und dergleichen reden konnten, muss ich als Bür-
15 germeister sagen, dass ich nicht mit technischen Einheiten zu tun habe, sondern mit Men-
schen, die die Dinge ganz anders sehen.

Es ist richtig, dass das in den Braunkohlenausschuss hineingehört, und ich bin dankbar,
dass ich hier sein darf. Hier geht es um solche Themen wie Umsiedlung, Umgang mit den
Menschen und Sozialverträglichkeit. Diese Themen sind im Braunkohlenausschuss angesie-
20 delt. Hier muss darüber entschieden werden, und das ist in den vergangenen Jahren auch
geschehen. Diese Themen sind etwas anders als die, die vorhin vorgetragen wurden.

Was will ich damit sagen? Ich sage Ihnen ganz klar: Die Erkelenzer Meinung ist immer die-
selbe. Ich vertrete sie von jeher und habe sie in den 20 Jahren nicht geändert, seitdem wir
mit dem Thema befasst sind: Erkelenz hat den Tagebau nie gewollt. Wenn er denn kommt,
25 dann ist das ein Eingriff in Erkelenz. Wie gesagt, unsere Meinung hat sich nie geändert. Wir
haben uns immer pragmatisch darum gekümmert, das Beste für die Betroffenen zu organi-
sieren, wenn, wie es so schön heißt, zum Allgemeinwohl entschieden worden ist.

Wir haben ein paar Leitentscheidungen miterlebt. Ich kann mich an einige Diskussionen er-
innern, die wir zur letzten Leitentscheidung hatten. Wir haben also nicht nur die Doppelbelas-
30 tung bei den Betroffenen durch Umsiedlung, sondern auch noch durch die Ungewissheit, die
permanent seit 20 Jahren hier in diesem Tagebau erzeugt wird. Immer wieder rennen ir-

gendwelche Leute durch die Gegend und erzählen was, und nachher kommt doch etwas ganz anderes raus als das, was zugesagt wurde.

Leider fühlen sich im Moment auch die Bürger bei uns verschaukelt. Wer heute die Berichte und Kommentare in der Tageszeitung gelesen hat, erkennt das auch: Sie fühlen sich als
5 Spielball des Großen und Ganzen und missbraucht für die verschiedenen Felder, die bei uns bespielt werden sollen. Das ist nicht erträglich; das ist eine unzumutbare Belastung. Das muss enden, sage ich an dieser Stelle! Das kann nicht so weitergehen!

Zum Thema „WSB-Kommission“. Die war neu aufgefahren. Die Entscheidungen damals ergingen einstimmig gegen das, was Erkelenz gefordert hatte, nämlich Abstände zu be-
10 stimmten Orten und zu bestimmten Lagen. Das ist auch entschieden worden. Und jetzt stellen die gleichen Leute das andersrum dar, als es gewollt war. Das verunsichert die Menschen bei uns vor Ort sehr, dass so etwas passiert.

Heute ist ganz klar: Die ganzen WSB Diskussionen, die da laufen, haben es geschafft, dass wir eine totale Zerrissenheit in den Ortschaften haben. Sehr medial präsent waren in den
15 letzten Monaten diejenigen, die die WSB-Kommission dafür genutzt haben, dass unsere Dörfer stehenbleiben sollen. Ich habe Verständnis für jeden, der sich bis zum letzten Tag um sein Anwesen kümmert und da bleiben will. Und wenn er sich jetzt gestärkt fühlen darf und meint, dass er jetzt eine Chance hat, dann darf man das den Menschen nicht verübeln.

Aber wenn Sie sich heute und in den letzten Wochen die Zeitungen angeschaut haben, dann
20 sehen Sie: Da gibt es die Leute, die sich jetzt aufmachen und sagen: Wir haben leider entschieden, dass wir weg wollen, dass wir hin zu den neuen Orten wollen. Das ist die Sicherheit, die wir haben wollen. Wir sind bislang nicht wahrgenommen und berücksichtigt worden. Was da erzählt wird, kann nicht sein.

Wer ist denn demnächst Keyenberger? Wer ist denn demnächst Kuckumer? Wer hat denn
25 Anspruch auf die Infrastruktur? Wer will das denn machen? Da gibt es viele Schicksale. Ich hatte kürzlich ein 70-jähriges Ehepaar bei mir sitzen gehabt. Die haben ein Gehöft mit einer 200-jährigen Familiengeschichte schweren Herzens verlassen. Da kann doch kein anderer darüber entscheiden, dass die Familiengeschichte an einem anderen Ort fortgesetzt wird.

Der Ort – das sind die Menschen, das Sozialgefüge in dem Ort, die woanders hinziehen. Das
30 hängt man sehr an den materiellen Dingen, an den Häusern auf. Für beide Seiten habe ich vollstes Verständnis. Aber das ist die zerrissene Situation, mit der wir es zu tun haben.

Mein Plädoyer ist: Die WSB-Kommission hat viele, viele Fragen aufgeworfen und hat – das sage ich ganz klar – den Schwarzen Peter nach NRW geschoben, um hier die Entscheidung

zu treffen. Viele reden darüber, die sich aber nicht um die Details und die konkreten Auswirkungen gekümmert haben.

(Folie 1)

Wir können das auch an Symbolen festmachen. Deswegen habe ich bewusst die Bilder gewählt. Wir können anstatt des Waldes auch den Dom aufleuchten lassen. Wir können auch Immerath noch mal aufleuchten lassen. Wir können auch andere nochmals aufleuchten lassen.

Aber macht das Sinn? Es müssen klare, verlässliche Entscheidungen her. Das ist die gleiche Frage, die ich schon vor vier Jahren hier im Raume gestellt habe. Das muss jetzt endlich kommen; denn so kann man mit den Menschen nicht umgehen. Das muss jetzt schnell entschieden werden.

Insofern vielen Dank, Frau Dr. Renz – wir haben ja darüber gesprochen –: Das Verfahren muss schneller sein; es müssen aber auch klarere Aussagen viel schneller kommen. Der Zustand, der den Menschen jetzt zugemutet wird, ist schlicht nicht zumutbar; das muss man so deutlich sagen. Dafür stehe ich hier, dass ich das auch sagen darf.

(Folie 2)

Um es mal ein bisschen klarer zu machen, in einfachen Worten, um nicht in Paragrafen zu reden. Es gibt nicht viele, die darüber reden. Es ist eben schon angesprochen worden: Über die Linie A61n haben wir zwei Jahre lang herumdiskutiert, bis wir das Thema endlich fertig hatten. Und jetzt kommt ein viel größeres Thema, und das sollen wir noch viel schneller fertig machen.

Die ganzen Verkehrsbeziehungen sind weg. Wir haben über die berühmte Umgehungsstraße, wo der Bau begonnen worden ist, gesprochen. Darüber reden viele. Aber die Einzugsverfügung für die L277 ist schon da. Das ist vorhin auch dargestellt worden. Ziemlich schnell wird nicht nur die Autobahn erreicht sein, sondern auch die L 277, die die Nord-Süd-Verbindung darstellt, und die für die Orte Keyenberg und Kuckum wichtig ist, ebenso für den ganzen Raum.

Wenn diese Struktur zerstört wird, ist die Struktur dort komplett zerstört. Wenn man das ändern und alles retten will, dann müsste nach dem, was wir hier schon alles auf den Weg gebracht haben – also nach der Leitentscheidung Holzweiler –, die Restfläche des Tagebaus auf ein Drittel zusammenschrumpfen. Nur dann könnte das, was von einigen alles versprochen wurde, gehalten werden.

Das habe ich bislang aber von niemandem gehört. Das darf man den Menschen doch bitte nicht antun. Denn es bedeutet faktisch: Alles kann stehenbleiben, Stopp des Tagebaus im nächsten Jahr. Denn ansonsten sind alle Grenzen gerissen.

Wie gesagt, ich möchte nicht, dass durch solche Provokationen A gegen B ausgespielt wird.

- 5 Wir haben schon vor zwei Jahren hier den Abstand zu Holzweiler gefordert. Bei uns tagen im Zwei-Tages-Takt Gremien und Gruppen, die sich damit beschäftigen. Das ist damals einvernehmlich abgelehnt worden. Jetzt kommt das Thema wieder auf.

- 10 Jetzt wird wieder über andere Dinge diskutiert, um das Stück Umgehungsstraße. Selbst wenn die Ortschaften Keyenberg und Kuckum stehenbleiben, ist das Stück Umgehungsstraße erforderlich, sobald die L277 weg ist, alleine schon als Umgehung, sonst schlängelt sich der ganze Verkehr durch das kleine Wanlo durch und durch die kleinen Ortschaften in irgendwelche Richtungen. Ich glaube, da sind einige unterwegs, die die Sachlage nicht so ganz richtig erkannt haben.

- 15 Das hilft aber alles nicht. Jetzt müssen schnelle Entscheidungen her, wo eine Linie sein könnte, wo die Grenze sein kann; sonst werden die Menschen unruhig. Auch der Eggerather Hof ist das gleiche Thema. Auch hier wäre dann wieder die Frage, ob die Orte stehen bleiben und der Eggerather Hof. All das Hin und Her möchte ich nicht; das möchte keiner in Erkelenz. Deshalb ist das Muster ziemlich klar: Eine verlässliche Entscheidung muss her. Das ist die gleiche Forderung wie vor vier Jahren, als die Forderung hier auch mal anders abgestimmt worden sind. Aber sie sind wieder da, und deshalb gehört das in den Braunkohlen-
- 20 ausschuss rein.

(Folie: Themenfelder der Betroffenheit)

- Wir haben einige betroffene Themenfelder. Ich zähle nur mal einige auf, damit Sie ein Gefühl dafür bekommen, über welche Themen wir uns unterhalten müssen. Die Liste ist viel größer.
- 25 Ich will jetzt die Zeit aber nicht ausreizen. Ich könnte Ihnen ungefähr 30 Folien vortragen. Hier nenne ich: Umsiedlung, Tagebaurand, Infrastruktur, Flächennutzung/Gewerbe, um eine Struktur in die Themen zu bekommen, wenn eine Veränderung in dem Tagebau passiert.

- Es ist eine unzumutbare Aufgabe: Wir haben eine Höchstbelastung in unseren eigenen Bereichen der Verwaltung. Wir sind in so vielen Gremien und Themen unterwegs, und das soll
- 30 jetzt auch noch in beiden Varianten obendrauf? Das kann nicht sein! Da sage ich ganz deutlich. Da sind andere Gremien gefordert, die jetzt die Arbeit machen und die Entscheidungen treffen müssen.

Aber wir kümmern uns trotzdem darum und haben diese Themenlisten auch mit den Bürgern zusammen erarbeitet. Es wird auch eine Resolution des Rats der Stadt Erkelenz für den Braunkohlensausschuss und für die ganzen Bereiche, die uns betreffen, geben.

(Folie: Umsiedlung)

5 Ich mache es mal am Beispiel deutlich: Kompletter Erhalt oder teilweiser Erhalt der Altorte. Was ist mit dem Namen? Ist das sozialverträglich? Die Sozialstruktur der Bürgerschaft ist auseinandergerissen. Wer hat jetzt Anspruch darauf? Natürlich muss jeder, der umsiedeln will, auch umsiedeln dürfen. Wir haben jetzt 20 Jahre dagegen angekämpft und immer wieder alles verlassen. Denen darf man jetzt nicht sagen: Das und das darf jetzt nicht mehr passieren. Das wäre das falsche Signal.

Wir müssen aber auch schauen, wie wir dann, wenn sie stehenbleiben sollten, mit den Altorten umgehen. Da sage ich ganz klar: Alles, was hier an Förderprojekten vorgeschlagen ist, was besprochen worden ist, reicht nicht aus, um das zu sanieren, was an Altsubstanzen stehen geblieben ist. Dann dürfen Sie den Scheck gerne komplett nach Erkelenz überweisen.

15 Das werden wir auch einfordern. Es kann nicht sein, dass an Altorten mit schlechter Substanz, mit schlechter Bevölkerungsstruktur usw. da plötzlich irgendwas hingepflanzt wird und man sich aus der Gesamtverantwortung raushält, wie einige das schon tun. So etwas sorgt die Leute, das macht denen richtig Angst, wenn man so mit einfachen Botschaften umgeht. Das muss schon etwas sauberer aufgearbeitet werden. Ich bin sehr dankbar, dass unsere

20 Bürger das mitmachen.

Die Holzweiler-Höfe habe ich eben schon erwähnt. Was ist mit deren Betriebsflächen? Wenn der Tagebau kleiner wird, wer bekommt sie dann? Wer entscheidet das? Wer setzt die rechtliche Grundlage dafür, dass das funktionieren kann?

Das ist alles nicht geklärt und nicht geregelt. Das steht bisher noch nicht mal auf der Agenda, was bis jetzt besprochen worden ist. Nur, damit Sie mal einen Eindruck bekommen, was alles passiert ist und was mit den freien Grundstücken an dem Ort passiert. Wir haben dann zwei geteilte Ortschaften.

(Folie: Tagebaurand)

Das ist ein Riesenwust an Fragestellungen, der eigentlich eine komplette Stadtentwicklung von Jahrzehnten verlangt. Diese Aufgabe haben wir jetzt vor uns. Das ist einfach so. Das muss in die Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden. Was aber nicht sein darf – wie es in einigen Gruppierungen passiert –: dass Menschen gegen Menschen ausgespielt wer-

den oder Gruppen gegen Gruppen. Das mögen wir nicht mehr dulden. Da spreche ich sicher für alle Erkelenzer hier im Raum.

Ein anderes Thema klang vorhin schon an: Wie standsicher ist das Ganze denn? – Das Thema wird bei einigen komplett ausgeblendet, bei allen vorhandenen Studien. Ich habe
5 auch bei den Leuten von der DIW-Studie nachgefragt – die Antwort ist null, nicht befasst. Das ist nicht als Thema präsent. Wer kann das verantworten, ein solches Thema auszublenden? Die Menschen bei uns sind einfach verunsichert. So geht man nicht mit den Menschen um!

(Folie: Infrastruktur)

10 Natürlich wird bei uns klar und uneingeschränkt – das darf ich schon mal signalisieren – auch die Forderung von 500 m Abstand kommen. Da ist auch von größeren Abständen die Rede, meinetwegen gerne. Aber da sind auch ganz klar andere Finanzierungsaspekte für die Randbetroffenheit dahinter.

15 Der Restsee – alles an Gutachten und Planungen ist weggepustet. Das muss jetzt ziemlich schnell auf den Weg gebracht werden. Wenn das nicht geklärt ist und die Rekultivierung nicht geklärt ist, wird es schwierig. Da sind alle möglichen Verfahren auch in anderen Richtungen unterwegs.

Es kann einfach nicht sein, dass das noch einmal komplett die gleiche Zeit in Anspruch
20 nimmt. Es ist in der Tat die Verantwortung darin zu sehen, dass wir das schnell in Angriff nehmen und die Dinge schnell entscheiden müssen, ansonsten machen wir die Menschen dort noch verrückt. Selbst diejenigen, die schon umgesiedelt sind, können nur sehr schlecht mit dem leben, was da aktuell passiert.

Ein großes Thema ist die L354n. Das ist immer in den Medien präsent. Ich will jetzt nicht
25 alles erklären, aber die Sache mit den Abständen habe ich jetzt schon mehrfach angesprochen. Das wird als Forderung kommen. Dabei bleiben wir auch; denn nur das ist sozialverträglich, wenn man das in diesem Abstand darstellt. Alles andere ist nicht machbar.

Man muss ja überlegen: Was sollen die Menschen jetzt denken? Vor zwei oder drei Jahren
30 ist hier, in diesem Raum, abgestimmt worden: Es muss so sein, es gibt keine Alternative. – Und jetzt steht eine noch größere Alternative im Raum. Was sollen die Menschen denn an Verlässlichkeit aufbauen? Da muss man jetzt schnell Signale senden. Das können nur verlässliche, klare Aussagen und Entscheidungen sein, damit man gemeinsam mit den Menschen die Zukunft richtig planen kann.

Das Thema A61 will ich jetzt nur ganz kurz anreißen – wirklich ein Superthema, wenn da sämtliche Verkehrsbeziehungen abgeschossen werden. Das wird spannend. Da wird gleich mal deutlich, was da alles dranhängt an unserem Wirtschaftsraum. Das gilt nicht nur für uns, sondern das gilt für den gesamten Bereich des Zweckverbandes, in dem wir uns zusammengeschlossen haben. Das sind alles Fragen, die sich die Menschen jeden Tag bei uns in den Dörfern stellen.

(Folie: Flächennutzung/Gewerbe)

Zum Schluss noch die Landwirtschaft. Was ist denn mit den Flächen, die RWE erworben hat? Wie bekommen wir die zurück? Das muss auch von staatlicher Stelle geregelt werden, wie das funktioniert. Wenn Sie sich da aus der Verantwortung stehlen und sagen, das müsse der und der machen, dann ist das nicht in Ordnung. Es sind so viele Regelungen noch gar nicht angesprochen, die jetzt durch die Veränderung erforderlich sind. Ich kann Sie nur wiederum auffordern, dass wir den Prozess ziemlich schnell voranbringen müssen.

Ein Thema will ich noch aufgreifen, weil es um Strukturfördermittel geht. Wir sind in einem Gebiet unterwegs – das gilt für unseren gesamten Zweckverband –, von dem wir gar nicht sagen können, ob irgendetwas aus unserem Drehbuch überhaupt umsetzbar ist. Es ist ja alles infrage gestellt worden. Einige Bereiche fühlen sich jetzt auch schon als Revier, weil sie Sumpfungswasser kriegen. Einige weit entlegene Dörfer und Städte fühlen sich auch als Revier und machen Förderprojekte, weil sie Strom kriegen. So weit geht der Wahnsinn inzwischen schon – einfach, weil das alles nicht geregelt worden ist.

Aber wir sind der direkt betroffene Raum, an dem sich – egal welche Entscheidung getroffen wird – in den nächsten 20 Jahren jeder Widerstand, jede Diskussion und jeder Protest aufbaut. Dort wird alles abgearbeitet werden. Sie brauchen hier einfach ein Budget aus den Fördermitteln, mit dem Sie Ihre Region freischalten. Die sind einfach nicht in der Lage, Förderprojekte richtig zu beantragen, bevor nicht die Entscheidungen getroffen worden sind, die hier genannt wurden. Sonst ist jedes Projekt, das beantragt wird, ein bisschen weit hergeholt.

Ich darf dafür werben, dass darüber nachgedacht wird, ein Förderbudget für die Tagebaukommunen einzurichten. Da steht immer so schön: Tagebaurandkommunen. Wir sind keine Tagebaurandkommunen, wir sind Tagebaukommunen. Die Menschen bei uns sind betroffen, und sie haben einen Anspruch darauf, dass bei uns für die Zukunft gehandelt wird, dass es hier Glaubwürdigkeit gibt, dass nicht irgendwo in 100 km Entfernung Arbeitsplätze entstehen, sondern dass sich hier bei uns etwas tut. Das muss nicht unbedingt das Gewerbegebiet in Erkelenz sein; da können wir auch was anderes machen.

Damit die Glaubwürdigkeit bei den betroffenen Menschen wiederhergestellt wird, müssen sofort Dinge reserviert werden, damit wir uns daran abarbeiten können. Ansonsten verlieren die Menschen den Glauben daran, dass hier überhaupt noch etwas für sie entschieden wird und nicht nur für technische Einheiten.

- 5 Sie haben mich eingeladen. Sie mussten jetzt diesen emotionalen Vortrag ertragen. Ich habe aber nur die Meinungen der Bürger wiedergegeben. Vielen Dank an dieser Stelle.

Noch ganz kurz, um bildhaft zu verdeutlichen, was hier beschlossen worden ist:

(Folie: Situation Kaulhausen)

- 10 Das ist Kaulhausen, und das ist der Abstand zum Tagebau. Das ist damals nicht verstanden worden, als es hier vehement eingebracht worden ist. Ich hoffe, an anderen Stellen ist es jetzt verstanden worden. Das hat ja auch der Ministerpräsident gesagt: So geht es nicht.

- Da erwarten wir klare Entscheidungen. Darüber müssen wir sehr sauber nachdenken, auch hier im Braunkohlenausschuss, wie wir damit schnell und vernünftig umgehen, damit die
15 Menschen schnell wieder eine Perspektive bekommen.

Zusammengefasst: Diese Unsicherheit muss dringend weg, was die Inanspruchnahme der Dörfer und Flächen betrifft und die Realisierung der Infrastrukturprojekte. Ja, wir setzen das mit dem Umsiedlungsstandort fort; denn die Stadt Erkelenz kann es nicht ohne Fördergelder leisten. Es ist aber nicht richtig, dass sich alle anderen aus der Verantwortung stehlen.

- 20 Wir müssen wieder eine klare Aussage haben, dass die Zusagen gültig sind und bleiben. Wir brauchen – das gilt für alle direkten Tagebaukommunen – einen Sonderstatus und ziemlich schnell Zeichen dafür; sonst bekommen wir den Konsens, wie er von Berlin aus gewollt ist, an den Tagebaurändern nicht hin, sonst wird sich der Protest weiter verdichten.

- Alle, die in Berlin mit darüber abgestimmt haben, sollen bitte nur die Sätze vortragen, die in
25 dem Bericht niedergeschrieben sind, und nicht Interpretationen von Dingen, die nicht darin stehen. Das verunsichert die Menschen. Wenn Sie es anders haben wollen, dann sollten Sie schnell ins Verfahren kommen.

Vielen Dank.

TOP 7

Beitrag von Herrn Sterck, ZRR:

5 Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, heute aus Sicht der Zukunftsagentur Rheinisches Revier etwas zu den Ergebnissen der Kommission zu sagen.

Es hat immer Nachteile und Vorteile, wenn man der letzte Redner ist. Der Nachteil ist: Es ist schon vieles gesagt worden. Der Vorteil ist: Ich kann mich insofern ein bisschen kürzer fassen und muss nicht alle Dinge wiederholen.
10

Insbesondere – das ist auch ein Ausfluss unserer Zusammenarbeit in den letzten Monaten – die Zusammenarbeit mit dem Ministerium in Düsseldorf, mit der Bezirksregierung, gerade hier in Köln, mit dem Regionalmanagement war sehr gut. Zwischen Frau Landsberg – sie musste uns inzwischen schon verlassen –, der Zukunftsagentur und des Ministeriums passt
15 kein Blatt Papier. Von daher kann ich wunderbar überleiten.

Versetzen wir uns ein bisschen zurück in die Zeit vor acht Monaten, als die Kommissionsarbeit angefangen hat, welche Situation wir da in Berlin vorgefunden haben. Da wurde die Betroffenheit des Rheinischen Reviers, die Notwendigkeit, hier irgendetwas für den Strukturwandel zu tun, von den Akteuren dort negiert. Die haben gesagt: Ach, das Rheinische Revier, das ist wirtschaftlich gut aufgestellt, darum brauchen wir uns nicht allzu sehr zu kümmern.
20

Der Fokus lag immer eher in Richtung Mitteldeutschland, Richtung Lausitz. Das war auch unsere Aufgabe in der Kommission, unsere Betroffenheit, die wir hier im Rheinischen Revier haben – der Bürgermeister hat es gerade noch einmal sehr eindringlich vorgetragen –, entsprechend deutlich zu machen und später im Kommissionsbeschluss zu verankern.
25

Im Oktober letzten Jahres hat eine Revierbereisung stattgefunden. Da ist uns ein kleiner Geniestreich gelungen. Reimar Molitor vom Köln/Bonn e.V. hat die Rundfahrt moderiert, die das Bundesministerium zunächst gar nicht wollte; das war denen alles viel zu suspekt, im Umfeld des Hambacher Forstes die Delegierten der Kommission in einen Bus zu setzen.

30 Wir haben aber darauf bestanden, dass das sein muss. Reimar Molitor hat die Tour ausgeführt, und wir sind dann in Elsdorf am :terra nova angekommen, wo man den Blick über den Hambacher Tagebau hat. Ein Ausstieg war vonseiten des Bundesministeriums streng unter-

sagt. Alle Delegierten haben jedoch gesagt: Moment, das wollen wir mal genauer sehen. Wir wollen bis an den Rand herantreten. – Dann hat es dort doch eine Besichtigung gegeben.

5 Wenn man die Dimensionen sieht – wir haben es gerade auf den Plänen nachverfolgt –, die alles in den Schatten stellen, was wir in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier vorher gesehen haben, dann merkt man plötzlich doch die Betroffenheit, die das Rheinische Revier ausmacht.

10 Des Weiteren mussten wir natürlich auch die wirtschaftliche Betroffenheit deutlich machen. Landrat Kreuzberg hat das in der Kommission immer mit der Fallhöhe beschrieben, dass wir also mit Wertschöpfungsverlusten rechnen müssen, wenn es einen früheren Ausstieg aus der Braunkohle gibt, und dass diese Wertschöpfungsverluste selten ausgeglichen werden.

Von daher sind wir mit der Forderung in die Verhandlungen gegangen und haben gesagt, wir bräuchten nach unseren Berechnungen 15 Milliarden Euro, um die Wertschöpfungsverluste hier im Rheinischen Revier auszugleichen. Da können Sie sich vorstellen, dass wir nachher sehr glücklich waren, dass es genau auf diese Summe hinausgelaufen ist.

15 Ein Blick auf den Verteilungsschlüssel zeigt: Das Rheinische Revier bekommt 37,5 % aus dem Gesamttopf. Auch das ist keine Selbstverständlichkeit. Wir sind mit einer anderen Zahl gestartet. Es gibt das Projekt „Unternehmen Revier“. Der Ansprechpartner der Bezirksregierung sitzt ebenfalls hier. Da hatten wir einen Verteilungsschlüssel, wonach das Rheinische Revier nur 25 % bekommen sollte.

20 Wir haben das vorher in unseren Gremien besprochen und haben gesagt: Mit 25 % können wir uns eigentlich nicht zufrieden geben; wir sehen eine höhere Betroffenheit. Wir haben es dann später auf 37,5 % geschafft. Das war also eine sehr gute Teamleistung, die wir hier als Land Nordrhein-Westfalen und als Rheinisches Revier vorangebracht haben.

25 Wir haben es geschafft – Herr Eyll-Vetter hat vorhin in seinem Vortrag schon einige Dinge an die Wand geworfen –, Leuchttürme im eigentlichen Text des Kommissionsbeschlusses unterzubringen. Einige Beispiele sind genannt worden. Dazu würde auch die Technische Hochschule Köln mit ihrem Campus in Erftstadt gehören sowie einige Dinge in der Schieneninfrastruktur.

30 Wir hatten am Montag in Köln die Bahnknoten-Konferenz, wo der NVR vorgestellt hat, was für den Bahnknoten Köln und was für den Bahnknoten Aachen dabei herauspringen kann. Es gibt viele Projekte, die schon seit langer Zeit auf unserer Wunschliste standen, die jetzt mit mehr Geld und mit schnellerer Planung schneller umgesetzt werden können.

Wir haben diese Leuchttürme, aber wir haben auch im Anhang des Berichts mehr als 150 Projekte – Frau Landsberg hat es eben schon dargestellt –, die Beispiele dafür sind, wie wir uns Strukturwandel im Rheinischen Revier vorstellen können. Diese sind dort übernommen worden. Die Kommission hat sich nicht alles zu Eigen gemacht, aber sie sind als Beispiele
5 übernommen worden. Ich komme später noch dazu, wie wir damit weiter umgehen werden.

Wir haben die vier Zukunftsfelder, von denen Sie schon gehört haben. Hierzu eine kleine Insiderinformation aus der Kommission: Die Kommission sollte eigentlich Ende November, Anfang Dezember letzten Jahres zu Ende sein. Das wurde noch einmal verlängert, und das lag auch daran, dass wir unser Eckpunktpapier mit unseren Zukunftsfeldern, das wir ein-
10 stimmig in den Gremien verabschiedet hatten, vorgelegt haben.

Dann merkte man plötzlich im Mitteldeutschen Revier, in der Lausitz: Huch, so weit sind wir noch gar nicht, und wir können auch noch nicht 150 Projekte im Projektspeicher liefern. – Da hat es noch ein sehr unschönes Vorkommnis gegeben, dass nämlich ein Institut, das wir eigentlich fürs Rheinische Revier haben wollten, über eine Tischvorlage im Haushaltsaus-
15 schuss des Bundestages plötzlich in die Lausitz gewandert ist. Da haben wir gesagt: Liebe Freunde, so kann man nicht wirklich erfolgreich zusammenarbeiten.

Es war also ganz wichtig, dass wir diese Zukunftsfelder hatten. Und weil die anderen eben keine Zukunftsfelder hatten, ist nachher vonseiten der Kommissionsleitung gesagt worden, dann mögen doch bitte das Mitteldeutsche Revier und die Lausitz auf Basis der Zukunftsfel-
20 der des Rheinischen Reviers ihre Projekte vorschlagen. Wir waren also mit unseren Vorschlägen dort tonangebend.

Wir haben also die vier Zukunftsfeldern und als überspannende Klammer die internationale Bau- und Technologieausstellung, die die Highlights aus den einzelnen Zukunftsfeldern in den kommenden Jahren und Jahrzehnten vorstellen wollen.

Wir sind jetzt dabei. 5,5 Mitarbeiter hat die Zukunftsagentur heute. Wenn wir der Dreh- und
25 Angelpunkt für die Projektsteuerung im Rheinischen Revier sein sollen, wird das das mit dieser Ausstattung sicherlich nicht zu bewerkstelligen sein. Genauso wie das Ministerium und die Bezirksregierung entsprechend aufstocken müssen, müssen auch wir das tun.

Wir müssen zunächst die Strukturen schaffen und die Beschlüsse herbeiführen, was bis zum
30 Sommer passieren muss. Dann muss man schauen, dass man die Fachkräfte bekommt. Wir haben alle nicht den Eindruck, dass der Arbeitsmarkt so ausgestattet ist, dass man ganz leicht an solche Fachleute herankommt. Es ist jedenfalls sehr spannend, an diesem Projekt mitzuwirken.

Zum Zeitstrahl bis zu den Sommerferien: Wir haben nächste Woche Dienstag einen Gedankenaustausch in den Gremien der Zukunftsagentur selber, weil sich unsere Mandatsträger dort über die Auswirkungen unterhalten möchten. Die Revierkonferenz, die der Minister vorhin angesprochen hat, findet am Dienstag um 16:00 Uhr im schönen Erkelenz statt. Herr
5 Bürgermeister, wir freuen uns, dass Sie uns dort empfangen. Der Ministerpräsident wird da sein, ebenfalls der Minister.

Wir werden dann die Zeit bis Ostern nutzen, um in den vier Zukunftsfeldern – vier plus eins, muss ich sagen, zusammen mit der Bauausstellung – unsere Überlegungen zu verdichten und mit den Stakeholdern im Revier zu diskutieren. Wir haben parallel den Wettbewerb „Un-
10 ternehmen Revier“, den ich vorhin bereits angesprochen habe. Auch da wird der nächste Aufruf für Fördergelder, die noch in 2019 fließen oder in 2020, im März beginnen, mit einer Abgabefrist bis zum Juni. Die genauen Daten bekommen Sie natürlich noch. Mit einer Sitzung unser Gremien – Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat – am 12.04.2019 wird dieser Teil abgeschlossen.

15 Im Frühjahr sollen dann für die Zukunftsfelder und für die Bauausstellung öffentliche Veranstaltungen stattfinden. Darüber wollen wir in die Diskussion kommen. Wir wollen unsere Überlegungen, die wir zum Rheinischen Revier angestellt haben, mit der Öffentlichkeit diskutieren, um dann in der Revierkonferenz, die vor der Sommerpause stattfinden wird, diese Dinge zusammenzuführen und der Öffentlichkeit vorzustellen.

20 Frau Landsberg hat vorhin von den Starterprojekten gesprochen, jetzt schon beim Bundesfinanzministerium liegen. Wir wollen sehen, dass wir möglichst schnell die PS auf die Straße bekommen. Wir haben noch den Projektspeicher mit dem Stand von Ende Januar; den können Sie im Kommissionsbericht in der Anlage nachvollziehen. Aber – und das ist die wichtige Nachricht –: Dieser Projektspeicher ist offen. Er wird bei der Zukunftsagentur gepflegt, und
25 fast täglich kommen neue Ideen rein.

Institutionen, Kommunen, Unternehmen sagen: Wir haben eine Idee, wie wir den Strukturwandel im Rheinischen Revier nach vorne bringen können. Das wird von uns aufgenommen und kommt in den Projektsprecher. Das wird die Aufgabe der Zukunftsagentur sein, im laufenden Jahr bis ins nächste Jahr hinein die Qualifizierungsmaßnahmen und Qualifizierungswettbewerbe aufzustellen, damit sich in den einzelnen Zukunftsfeldern Projekte aus diesem
30 Projektspeicher bewerben und qualifizieren können.

Herr Bürgermeister Jansen, eines kann ich Ihnen versprechen: Da wird die Frage der Betroffenheit natürlich ein wichtiges Kriterium sein. Wenn es um Geld geht – das haben Sie ja auch dargestellt –, dann merken plötzlich viele die Verbundenheit mit dem Rheinischen Re-

vier. Es wird aber sicherlich ein Kriterium sein, viele Arbeitsplätze beispielsweise direkt in den Tagebaustädten und -gemeinden entstehen. Es geht darum, dass wir dort Arbeitsplätze schaffen, wo sie möglicherweise wegfallen.

5 Da kann ich Sie nur herzlich einladen, sich zu beteiligen an den Projektaufufen, am Strukturwandel, an der weiteren Zusammenarbeit mit der Zukunftsagentur. Es ist eine ganz spannende Zeit, in der wir leben. Ich freue mich darauf, vor allem auf die Zusammenarbeit mit den beiden Regionalräten Köln und Düsseldorf.

Herzlichen Dank!

10 **Vorsitzender Herr Deppe:**

Vielen Dank, Herr Sterck. – Wir leben wirklich in einer spannenden Zeit, die wir alle gemeinsam bewältigen müssen. Die nachfolgenden Generationen werden uns daran messen, ob wir den großen Worten tatsächlich Taten haben folgen lassen.

15 Das wird uns sicherlich in den entsprechenden Gremien in den nächsten Jahren vorrangig beschäftigen. Es ist gut, dass wir uns heute alle auf den gleichen Informationsstand gebracht haben.

Wir haben zwei Anträge vorliegen: einen Antrag von der Fraktion der Grünen, und einen Antrag von den Fraktionen der CDU, SPD und FDP. Vorhin haben wir gesagt, dass wir diese Anträge jetzt gemeinsam beraten.

20 Möchte noch jemand die Anträge begründen?

Frau Herlitzius:

Ich habe eine Frage: War jetzt nicht noch eine Diskussion vorgesehen?

Vorsitzender Herr Deppe:

Wir können die Anträge direkt mit einbeziehen.

25

Wenn sich jemand zur Diskussion melden möchte, hat er jetzt natürlich die Möglichkeit.

TOP 8 Diskussion

Vorsitzender Herr Deppe:

Gibt es von der CDU-Fraktion jemanden, der sich zu Wort melden möchte? – Noch nicht.

5 Von der SPD-Fraktion?

Herr Kehren:

Mein Name ist Kehren. Ich rede jetzt nicht im Namen der SPD-Fraktion. Ich bin aus der Stadt Erkelenz und Mitglied des Braunkohlenausschusses. Ich kann noch einmal bestätigen, was
10 Bürgermeister Jansen vorhin dargestellt hat: diese große Betroffenheit, die es bei uns gibt, und zwar nicht nur in Teilen der Bevölkerung, gerade im Bereich der Umsiedlung, sondern in der gesamten Stadt, insbesondere auch in den politischen Gremien.

Diese Verunsicherung ist zum Teil auch durch den langen Prozess der Kommission hervorgerufen worden, allerdings auch durch viele Aktionisten, die nicht unbedingt unmittelbar mit dem Tagebau zu tun haben. Bürgermeister Jansen hat richtig dargestellt: Was uns so unheimlich auf die Palme bringt, ist die Tatsache, dass der eine Personenkreis gegen den anderen ausgespielt wird. Das bringt bei uns eine Unruhe in die Stadt, die für uns kaum noch
15 zu handeln ist.

Jetzt habe ich die Beiträge gehört. Herr Eyll-Vetter, ich kann es nachvollziehen, wenn Sie sich bereit erklärt sehen müssen, Hambach erhalten zu wollen, dass Sie dann sagen: Wir
20 müssen aber Garzweiler voll auskohlen. Das erweckt eine Erwartung, die bei uns auch geschürt wurde, indem man gesagt hat: Wenn demnächst weniger Kohle verstromt wird, dann ist möglicherweise auch der Tagebau Garzweiler gar nicht mehr in dem Umfang notwendig.

Auf den Karten könnte man vorhin sehr gut sehen, dass ein Drittel unserer Stadtfläche abgebaggert wird. Wir hatten also schon gedacht, dass wir noch Potenzial hätten, Umsiedlungen
25 möglicherweise nicht so durchzuführen, wie sie das jetzt werden, und größere Abstände zu bekommen, die wir nach wie vor für sinnvoll halten; möglicherweise aber auch Flächen für unsere Gewerbeentwicklung zu erhalten, die auch wieder Arbeitsplätze schaffen. Insofern dürfte das auch im Sinne vieler anderer hier Beteiligter sein.

Von Ihnen, Frau Dr. Renz, höre ich gerade, dass die Leitentscheidung 2016 nicht in toto so
30 bestehen bleiben könnte. Ich sehe das Problem, dass auch da schon wieder Unsicherheiten entstehen. Deswegen wäre meine Frage an Sie: Können Sie heute schon etwas dazu sagen, wie Sie sich das vorstellen? Eine Änderung der Leitentscheidung könnte beispielsweise be-

deuten, dass Holzweiler abgebaggert wird, dass die Abstände zu Holzweiler geändert werden, dass sich der Erhalt der L19 ändert etc. Ich möchte nicht, dass wir auf diesem Gebiet noch einmal eine Diskussion anfangen.

Frau Herlitzius:

5 Sehr geehrte Damen und Herren! Danke schön, dass wir uns doch noch beteiligen dürfen.

Ich sehe die Gefahr, dass wir mit dem Kohleausstieg hier in der Region in genau dasselbe Dilemma laufen wie die Bundesregierung mit dem Dieselskandal. Wir schieben eine Problematik vor uns her und stellen uns gegenüber einem börsennotierten Unternehmen auf und sagen: Bitte, bitte, bitte, lasst doch ein paar Bäume stehen! Bitte, bitte, baut nicht alles ab!

10 Das kann doch wohl nicht wahr sein! Wenn wir einen Kohleausstieg haben wollen, dann brauchen wir auch landesspolitisch einen Rechtsrahmen dafür, an dem wir uns abarbeiten können, damit es eine Sicherheit gibt, natürlich auch für die RWE. Auch die brauchen Betriebssicherheit; da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Die haben ihre Sicherheit. Wir brauchen aber auch Sicherheit für die Menschen.

15 Danke schön, Herr Jansen, für den eindrucksvollen Vortrag. Diese unsichere Situation können wir jetzt nicht noch 30 Jahre mit uns mit schleppen, nur weil das Land nicht in der Lage ist, zu entscheiden, wo wir hingehen und wo wir das beenden.

Liebe Kollegen von RWE, was Sie uns vorgestellt haben, ist doch kein Ausstieg. Sie baggern doch ab bis zu guter Letzt; vielleicht lassen Sie Kuckum noch stehen und ein paar Bäume im
20 Hambacher Wald – aber das ist doch kein Vorschlag, den Sie uns vorbereitet haben. Und Sie vonseiten der Landesregierung setzen sich hierher und sagen: Wir warten mal ab; das Unternehmen soll uns einen Vorschlag machen.

Das kann doch nicht sein! Sie sind der Landesgesetzgeber. Sie müssen landesspolitische Rahmen setzen, die wir im Regionalrat umsetzen können, entsprechend auch in der Braun-
25 kohle. Das ist der Punkt: RWE muss so agieren. Sie sind ein marktwirtschaftliches Unternehmen. Sie haben sogar die Verpflichtung, betriebswirtschaftlich vernünftig zu arbeiten. Sie können also von sich aus gar nicht sagen: Wir lassen das stehen.

Wir als Politiker, Sie als Ministerien, Sie müssen die Rahmengesetzgebung machen. Und das kann nur eine Bündelung verschiedener Maßnahmen sein. Das können CO₂-Zertifikate
30 sein, das können erhöhte Standards sein bei den Abgaswerten. Es muss langsam uninteressant bzw. unwirtschaftlich werden für die RWE, ihre alten Kraftwerke weiter zu betreiben.

Wenn wir das nicht so aufziehen, müssen wir ihnen auch noch Entschädigung zahlen dafür, dass sie irgendwas vom Netz nehmen, was schon seit Jahren unsere Umwelt verpestet.

Das ist ein Potpourri aus verschiedenen landespolitischen Rechtsrahmen, die unbedingt in Angriff genommen werden müssen. Insofern bin ich entsetzt über die Position, die wir heute von Ihnen gehört haben. Ich hoffe, dass da noch ein bisschen Bewegung im System ist. Das ist ein Dilemma für die Stadt Erkelenz und für die ganze Region, wenn wir keine Rechtssicherheit darüber bekommen, worauf dieser Kohleausstieg basiert.

Vorsitzender Herr Deppe:

10 Vielen Dank, Frau Herlitzius. – Jetzt spricht für die FDP-Fraktion Herr Müller.

Herr Müller:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wir haben gerade ein sehr emotionales Plädoyer gehört. Ich beschäftige mich mittlerweile seit zehn Jahren mit Braunkohlefragen, und ich kann nur sagen: Braunkohle ist ein Geschäft, das sich für emotionale Entscheidungen nicht eignet.

Man muss dort einen Prozess sehen. Man kann nicht einfach irgendwelche Steine aus dem System herausnehmen, wie das die letzte Landesregierung mit ihrer Leitentscheidung 2016 getan hat: Holzweiler einfach auszuklammern und damit den Einstieg in die Diskussion, die Herr Bürgermeister Jansen vorhin vorgetragen hat, noch einmal zu befeuern.

20 Wir brauchen klare Regelungen. Wir brauchen das auch für das Unternehmen. Frau Herlitzius, das ist ein Unternehmen, das arbeitet auf der Vertrauensbasis früherer Leitentscheidungen von früheren Landesregierungen. Wenn ich denen 40 % ihrer Möglichkeiten in den nächsten 20 Jahren wegnehmen, ist das Eingriff, der grundsätzlich zu entschädigen ist. Da kann man nicht sagen: Die haben keine Vorstellungen, die müssen sich bewegen. – Die haben sich in der Vergangenheit schon bewegt.

Wir haben die letzte Leitentscheidung noch gar nicht abgearbeitet im Braunkohlenausschuss. Und jetzt kommt das Nächste auf die Unternehmen zu, das kommt auch auf die Bürger zu. Man muss einfach sagen: Die Menschen brauchen verlässliche Grundlagen, auf denen sie entscheiden können. Und das ist seit 2016 in arge Turbulenzen geraten. Die Menschen müssen das Vertrauen wiederfinden, damit sie nicht denken müssen: Wir ziehen hier weg, und dann ist das im Nachhinein unnötig.

Sie müssen wissen, dass zu dem geordneten Ausstieg aus der Braunkohle auch die Nutzung der Flächen, die bisher im Gespräch sind – und das sind die Ortsteile von Erkelenz, die eben genannt worden sind –, mit dazu gehört, und dass sie ausgekohlt werden müssen. Auch der Standort Garzweiler muss ausgekohlt werden.

5 Von daher sind das Dinge, die einfach feststehen. Daran muss man sich orientieren; das muss man den Menschen auch sagen. Wir brauchen ja nicht nur die Kohle, sondern wir brauchen vor allen Dingen auch den Abraum, um die Kanten zu sichern, um die A61 zu sichern, um die Seen zu modellieren. Das ist ja nicht so wie im Sandkasten. Das hier betrifft eine Unmenge an Flächen und Hektar und Kubikmeter Erdreich, um das hinzubekommen.

10 Wir können unseren Nachkommen nicht eine Mondlandschaft hinterlassen! Das muss doch alles in einem geeigneten System stattfinden.

Ich komme zum Braunkohlebeschluss. Der Braunkohlebeschluss ist ein Kompromiss. Man hätte sich auch vorstellen können, das Ganze so weiterlaufen zu lassen wie bisher. Es war der Wunsch, dass man da etwas ändert. Das kann man tun. Dafür wird sehr viel Geld in die
15 Hand genommen, das man vielleicht an anderer Stelle hätte einsetzen können. Es ist jetzt aber nun einmal so entschieden. Diesen Kompromiss tragen wir mit, auch wenn er nicht unseren Vorstellungen im Detail entspricht.

Wir tragen das mit, weil wir - das macht der gemeinsame Antrag von CDU, SPD und FDP deutlich - ein klares Votum der Region brauchen, dass wir hinter dem geordneten Ausstieg
20 stehen, dass wir für Abenteuer nicht zu haben sind und dass wir vor allen Dingen für die Menschen Perspektiven brauchen. Sie brauchen neue Arbeitsplätze; sie brauchen neue Wohngebiete; sie brauchen neue Gewerbegebiete. Es muss klar werden, dass wir das alle gemeinsam wollen.

Man muss auch sehen, dass das Ergebnis der Braunkohlekommission zurzeit wieder hinterfragt wird. Da darf ich die Kolleginnen und Kollegen von der CDU herzlich bitten: Es ist klar,
25 dass das kein Gesetzgebungsverfahren war. Es muss aber ebenso klar sein, dass die Dinge, die dort beschlossen sind, beim Gesetzgebungsverfahren enthalten sein müssen.

Wenn ich dann höre, dass einige Haushälter das konkret infrage stellen, dann mache ich mir ein bisschen Sorgen. Also, meine herzliche Bitte: Halten Sie alle auf Spur! – Wir haben einen
30 Kompromiss, der gemeinsam tragen muss, und den wir gemeinsam zu Ende bringen wollen. Da kann es nicht sein, dass jetzt einer sagt: Dann stellen wir alles noch mal infrage. Dass das formaljuristisch so nicht laufen kann, ist auch klar. Wir wissen, dass es ein geordnetes Gesetzgebungsverfahren geben muss. Es muss auch Beschleunigungen geben.

1991 beim Bundesverkehrswegeplan gab es das Planungsbeschleunigungsgesetz. Das hat gezeigt, dass es geht. Das ist auch für unser Land eine Chance, mal zu zeigen, dass wir in der Lage sind, größere Projekte auch beizeiten umzusetzen. Wenn wir das an diesem Beispiel nicht realisieren können, dann werden wir das nirgendwo können. Von daher ist das auch für uns planerisch eine Riesenaufgabe.

Zum Schluss noch eine kleine Bitte: Es ist heute gesagt worden, wie wichtig die Regionalräte sind. Es war auch die Rede davon, dass überall Personal aufgestockt würde. Wir aber müssen um unsere paar Cent für unsere Fraktionsausstattung beim Ministerium kämpfen, damit wir überhaupt etwas bekommen. Das kann nicht richtig sein. Wir sind die am schlechtesten bezahlten Kommunalpolitiker Nordrhein-Westfalens. Wir haben Riesenaufgaben vor uns liegen. Es kann nicht sein, dass wir das alles ehrenamtlich für 91 Euro im Monat machen. Das funktioniert nicht.

Daher auch noch mal mein Appell in eigener Sache: Kümmern Sie sich darum, dass die Regionalräte vernünftig ausgestattet werden und dass sie in der Lage sind, gute Arbeit zu leisten. Auch der Braunkohlenausschuss braucht eine vernünftige Ausstattung. Dann darf ich Ihnen zusichern, dass wir ein fairer Partner sein werden bei der Umsetzung, und dass wir zu vernünftigen Ergebnissen kommen. Vielen Dank!

Vorsitzender Herr Deppe:

Vielen Dank, Herr Müller. – Jetzt hat sich von der CDU-Fraktion Herr Feron gemeldet.

Herr Feron:

Herr Vorsitzender! Frau Regierungspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, die Diskussion heute und auch der Vortrag von Herrn Jansen haben deutlich gemacht, dass wir für eine Vielzahl von schwierigen Abwägungsfragen stehen. Es wird klar, dass trotz der Dokumentation noch nicht alle Fragen beantwortet sind.

Da kommt also noch eine große Aufgabe auf uns zu. Es wäre auch zu viel der Erwartungshaltung an die Landesregierung, alle diese Fragen heute schon abschließend zu beantworten.

Ich bin aber froh, Frau Dr. Renz, dass Sie sich auf den Weg machen, diese Verfahren beschleunigen zu wollen. Das ist die ganz große Herausforderung, vor der wir stehen, diese schwierigen Abwägungsfragen in einen Prozess einzubinden, der die Menschen mit auf-

nimmt, aber auch das Erfordernis der Fortführung der Tagebaue, der Planungssicherheit für den Tagebaubetreibenden in Einklang zu bringen. Das ist eine große Herausforderung.

Insofern ist es sehr wichtig, dass die Zuständigkeiten und die Frage, wie das Verfahren letztlich rechtssicher durchgeführt werden kann, geklärt werden und dass wir schnell zu Entscheidungen kommen. – Vielen Dank.

Vorsitzender Herr Deppe:

Als Nächster hat das Wort Herr Singer für die Fraktion Die Linke.

Herr Singer:

10 Frau Regierungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Den vorgelegten Abschlussbericht der Kohlekommission bewertet unsere Fraktion als ein sehr wichtiges Etappenziel für Klimaschutz und einen sozial ökologischen Strukturwandel.

Aus unserer Sicht bleibt der Kompromiss zwar hinter den Erwartungen der Klimabewegung und auch unserer Partei zurück, wichtige Teilziele wurden aber erreicht. Dafür ist es ganz
15 wichtig, dass endlich, endlich der Ausstieg aus der Braunkohle konkret angefasst wird.

Für uns Linke ist es ganz wichtig, dass laut Abschlussbericht der Kohleausstieg sozial abgesichert ist und kein Kumpel ins Bergfreie fallen wird. Wie es aussieht, wird der Hambacher Forst erhalten bleiben. Zentrale Forderungen wie der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen wurden aufgenommen, ebenso wie Investitionen in zukunftsträchtige Infrastrukturprojekte in der Region.
20

Kritisch sehen wir allerdings die zu erwartenden Entschädigungen in Milliardenhöhe für RWE. Dabei verweisen wir auf die Forderungen nach einem Fonds, den der Energiekonzern für die Beteiligung der Folgeschäden des Braunkohlenabbaus einzurichten hat, und zwar in bar. Es kann und es darf nicht sein, dass RWE letztlich am Ausstieg sogar noch verdient.

25 Für entscheidend halten wir es, dass die Eckpunkte des Berichts schnellstens in Gesetzesform, am besten in einem Kohleausstiegsgesetz verankert und von der Bundesregierung und den Landesregierungen schnellstens umgesetzt werden. Hier ist die Landesregierung besonders in der Pflicht, schnell eine neue Leitentscheidung und neue Braunkohlenpläne auf den Weg zu bringen. Es darf keine Zeit mehr vertan werden.

30 Auch die zuständigen Verwaltungsbehörden müssen sofort mit den Vorarbeiten beginnen. Jetzt auf die Bremse zu treten – die Bremser sind schon sehr aktiv; glauben Sie es mir! –,

wäre fatal. Wir sind gerne bereit, den Prozess wohlwollend, aber auch kritisch zu begleiten. Die geplanten Umsiedlungen müssen auf den Prüfstand. Umsiedlungen sind aus unserer Sicht nicht mehr erforderlich; die Dörfer können erhalten bleiben.

5 Durch RWE dürfen keine weiteren Fakten mehr geschaffen werden. Die versprochenen Gelder für den Strukturwandel sind sinnvoll einzusetzen und dürfen nicht in Luftschlössern und Prestigenummern investiert werden.

Unser Dank gilt ausdrücklich den Kommissionsmitgliedern aus unserer Region, Frau Antje Grothuis und Herrn Landrat Michael Kreuzberg, für ihren Einsatz, eine faire Lösung zu finden.

10 Fürs Protokoll: Dem unter TOP 9 vorgelegten Antrag der Grünen treten wir bei; es ist also ein gemeinsamer Antrag von Grünen und Linksfraktion. – Danke.

Vorsitzender Herr Deppe:

Als Nächste spricht Frau Plum von den Piraten.

15 **Frau Plum:**

Ich möchte mich in weiten Teilen dem anschließen, was Herr Singer gerade gesagt hat. Wir haben in diesen Themen sehr ähnliche Standpunkte.

20 An eine Sache möchte ich jedoch erinnern, die meiner Meinung nach ein bisschen untergegangen ist. Ich fand es schade, dass niemand auf das eingegangen ist, was man die ganze Zeit über von draußen hören konnte. Da waren ganz viele junge Leute. Ich sage bewusst nicht „Kinder“; denn es sind größtenteils Jugendliche, also junge Menschen, die in den nächsten Jahren vielleicht auch wählen gehen. Sie waren auf der Straße und treten dafür ein, dass sie eine Zukunft haben.

25 Wir reden viel über die Arbeitsplätze, die jetzt unmittelbar bedroht sind; wir reden viel über die Dinge, die vor Ort unmittelbar passieren. Was manchmal ein bisschen zu kurz kommt, ist der Blick in die Zukunft. Es geht um die Kinder, die mit dem leben müssen, was wir hier beschließen oder auch nicht beschließen.

30 Insofern finde ich es schade, dass niemand darauf eingegangen ist, dass die jungen Leute sich ziemlich lautstark – das muss ziemlich anstrengend gewesen sein über eine solch lange Zeit – vor der Tür dafür eingesetzt haben, dass wir das immer ein bisschen im Hinterkopf behalten sollten.

Das war's eigentlich schon. Danke.

Vorsitzender Herr Deppe:

Jetzt haben wir alle Fraktionen einmal gehört. Als Nächste darf ich Frau Schubert von den Naturschutzverbänden aufrufen.

5 **Frau Schubert:**

Ich bin seit 1990 im Braunkohlenausschuss. Seit 35 Jahren beschäftige ich mich mit Braunkohle. Ich habe ein Stimmrecht auf der Funktionalen Bank; das zur Erläuterung, warum ich jetzt rede.

10 Wir haben einiges gehört über die Kommission und die Ergebnisse. Zwei Aspekte, die sich daraus ergeben, sind jedoch nicht berücksichtigt worden. Darum möchte ich sie ansprechen.

Die Umweltverbände, der Bund für Umwelt- und Naturschutz, BUND, Deutscher Naturschutzring DNR und Greenpeace waren Mitglieder der Kommission Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung und tragen den gefundenen Kompromiss zum Ausstieg aus der Kohleverstromung mit, um den klimapolitischen Stillstand in Deutschland der letzten Jahre zu durchbrechen und die Weichen für eine zukunftsfähige Entwicklung durch das Rheinische Revier zu stellen.

15 Allerdings war für den BUND, den ich hier unter anderem im Braunkohlenausschuss vertrate, von Beginn an klar, dass nur ein Ausstiegspfad, der die Klimaerwärmung aktiv bekämpft, Leitlinie seiner Mitarbeit sein würde. Das anvisierte Kohleausstiegsdatum 2038 ist aber nicht ausreichend, um den notwendigen Beitrag des Energiesektors zum Klimaschutz zu garantieren.

25 Deswegen haben die Vertreter der Umweltverbände das späte Ausstiegsdatum nicht mitgetragen und dies in einem Sondervotum dokumentiert. Das verspätete Ausstiegsdatum erschwert die Erfüllung des Pariser Klimaabkommens im Energiesektor. Damit hat die Kommission eine Chance verpasst, die für den Klimaschutz notwendige CO₂-Reduktion mit einer zukunftsfähigen Regionalentwicklung und Wirtschaftsentwicklung zu vereinen.

30 Zwischen 2018 und 2022 sollen annähernd 5 GW Kraftwerksleistungen in den Braunkohleregionen abgeschaltet werden. Zwischen 2023 und 2030 sollen weitere 6 GW Braunkohle aus dem Netz gehen.

Für NRW bedeutet das: Durch das Abschalten von etwa sieben Braunkohleblöcken in den Kraftwerken Neurath und Niederaußem und das Überführen der ältesten Blöcke in die sogenannte Sicherheitsbereitschaft werden jährlich mehr als 30 Millionen t Braunkohle aus den Tagebauen Garzweiler und Hambach nicht mehr benötigt.

- 5 Ich erkläre das, damit die Landesregierung bei ihren Entscheidungen weiß, welche Spielräume sie hat, und nicht nur das, was bei RWE vorgeht.

Zur sogenannten Kohleveredelung von Braunkohle zu Briketts und Braunkohlestaub hat das Verwaltungsgericht Köln im Oktober 2017 festgestellt, dass für diese Verwendung der Braunkohle kein übergeordnetes öffentliches Interesse besteht. Das bedeutet, dass dafür
10 inzwischen keine Abbauerlaubnis mehr erteilt werden darf. Es dient nicht dem Wohl der Allgemeinheit, sondern nur der Gewinnsteigerung von RWE, genau wie der Stromverkauf ins Ausland.

Wie wir in der letzten Sitzung erfahren durften, wird aber die Braunkohle aus dem Tagebau Hambach zum größten Teil genau für diesen Zweck gefördert. Dahinter steckt, dass die
15 Kommission mit ihrem Abschlussbericht eine Neubewertung der Braunkohlenutzung und Verstromung vorgenommen hat. Damit ist Braunkohlestrom weniger für das Wohl der Allgemeinheit dienlich als zum Beispiel der Klimaschutz.

Die geringe Kohlemenge, die noch aus dem Tagebau Hambach benötigt wird, rechtfertigt nicht die weitere Zerstörung der stabilen Waldökosysteme im Hambacher Wald. Die verringerten Abbaumengen aus den Tagebauen Garzweiler und Hambach sind eine Politik, die
20 das Ende der Braunkohlentagebaue fest ins Auge gefasst hat, und bieten keine Rechtfertigung und Grundlage für weitere Zwangsumsiedlungen.

Grundabtretungsverfahren werden kaum noch zugunsten des Bergbaus geführt werden können. Wir können das gerne vor Gericht durchexerzieren. Mit dem Bericht der Kohlekommission ist klar, dass nicht das Festhalten am Kohlebergbau und der Kohleverstromung, sondern nur der schnelle Kohleausstieg dem Wohl der Allgemeinheit dient.
25

Eingriffe in das Grundrecht auf Eigentum sind damit nicht mehr legitimierbar. Jahrzehntlang hat der Braunkohlenabbau den betroffenen Menschen und der Region ein Sonderopfer abverlangt. Mehr als 42.000 Menschen in über 100 Siedlungen mussten dem Tagebau bislang
30 weichen und ihre angestammte Heimat zerstören lassen.

Ich denke, damit sollte jetzt Schluss sein. Ich schließe mich ebenfalls der Resolution der Grünen an.

Vorsitzender Herr Deppe:

Als Nächstem darf ich Herrn Thiel für die SPD-Fraktion das Wort erteilen.

Herr Thiel:

5 Frau Regierungspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt eine Reihe von Betroffenen durch die Empfehlungen – mehr ist es ja noch nicht – der Kohlekommission. Dargestellt wurden die Gigawatt, die aus dem Netz gehen. Wir wissen, dass wir bis 2022 etwa 3.000 bis 4.000 Arbeitsplätze in der Braunkohleindustrie direkt verlieren und noch einmal das Doppelte im Umfeld.

10 Wir haben also eine Situation, die die Betroffenen der Städte, in denen Kraftwerke stehen, noch einmal ganz besonders hervorgehoben. Es gibt nicht nur die Städte an den Tagebaurändern, die betroffen sind, sondern da sind sehr stark auch die Kommunen betroffen, die Standortkommunen sind, die Arbeitsplätze verlieren und vor gewaltigen Herausforderungen stehen. Ich wollte das nur der Vollständigkeit halber noch einmal hier erwähnen.

15 Wir sitzen hier als Mitglieder der Regionalräte und des Braunkohlenausschusses. Wir haben eine besondere Aufgabe, die wir in der gemeinsamen Resolution der Fraktionen von FDP, CDU und SPD noch einmal hervorheben. Frau Dr. Renz hat für die Landesregierung Hinweise für die Regionalplanung gegeben, die ich gerne aufgreifen möchte.

20 Wenn ich das alles richtig verstanden habe, was hier vorgetragen worden ist, werden Kraftwerke vom Netz genommen, und man kann das umrechnen. Wir haben ein Gesamtsystem von Kraftwerken und Tagebauen. Das ist anders als bei der Steinkohle, die ja auch Importkohle hat. Hier hängt das eine vom anderen ab, und das Ganze muss so laufen, dass es nicht nur funktioniert, sondern dass es auch ökonomisch sinnvoll ist.

25 Wenn man dann die reduzierten Strommengen sieht, weiß man, dass auch Reduzierungen im Tagebau vorgenommen werden müssen. Wir haben Leitentscheidungen, an denen wir uns als Braunkohlenausschuss zu orientieren haben, bei denen wir wissen, wie die Abbaugrenzen aussehen. Wenn sich da etwas verändert, müssen wir das rechtzeitig wissen.

30 Wir sind auch mit dem Thema „Umsiedlung“ befasst. Wir kümmern uns um Umsiedlungsstandorte, wir hören die Berichte der Umsiedlungsbeauftragten. Wir haben heute gehört, dass Umsiedlungen schon zu über 50 % stattgefunden haben, auch Käufe von Immobilien sowie Planungen und Lebensplanungen. Da muss Sicherheit her.

Vorhin war irgendwo die Rede davon, dass in den nächsten 20 Jahren von den restlichen verbleibenden Kraftwerken noch 35 Millionen t/Jahr gebraucht werden. In 20 Jahren soll

Garzweiler zu Ende sein. Das wird ein beschleunigter Prozess sein müssen, wenn man in den Grenzen des Tagebaus das Ganze zu Ende bringen will. Da brauchen wir Klarheit. Die Umsiedler müssen wissen, dass die Umsiedlung sinnvoll ist und vollzogen wird, dass es keine Restdörfer gibt, in denen man mit halbem Herzen in der alten Heimat hängt, sondern
5 dass das eine klare Sache ist, dass die Kommunen Jüchen und andere Randkommunen in dem Bereich möglichst schnell ihre Flächen zurückbekommen.

Ich möchte noch auf etwas aufmerksam machen, was uns als Regionalräte und als Braunkohlenausschuss betrifft. Wir haben riesige Flächen, die der Braunkohleplanung unterliegen. In der Braunkohleplanung ist auch Folgenutzung vorgesehen. Jetzt kommt aber der Strukturwandel schneller und härter auf uns zu. Viele haben darauf aufmerksam gemacht: Wir
10 brauchen jetzt möglichst schnell Flächen, um neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Diese müssen planerisch verfügbar sein.

Von daher möchte ich gerne anregen, dass die Bezirksregierungen das mit aufnehmen, auch der Braunkohlenausschuss und das Wirtschaftsministerium. Wenn das alles jetzt beschleunigt wird und frühere Flächen wieder rekultiviert werden, sollten wir nicht wieder zehn Jahre warten müssen, bis sie landwirtschaftlich nutzbar sind. Das Ganze muss deutlich beschleunigt werden, damit die Regionalplanung den Kommunen die Flächen für ihre Flächennutzungspläne zur Verfügung stellen kann. Da wäre meine Bitte, dass das mit berücksichtigt wird.
15

20 Ich schließe mich allen anderen an, die sagen: Wir brauchen möglichst schnell Klarheit, damit nicht weiter Unsicherheit gesät wird. Das muss möglichst schnell ein Ende haben.

Es ist klar, dass die SPD die gemeinsame Resolution von CDU, FDP und SPD mitträgt, die andere hingegen nicht.

25 **Vorsitzender Herr Deppe:**

Als Nächster erhält Herr Lambertz von den Grünen das Wort.

Herr Lambertz:

Frau Regierungspräsidentin! Herr stellvertretender Regierungspräsident! Ich möchte ganz kurz auf den gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und FDP eingehen.

30 Wir haben heiß darüber diskutiert, ob wir diesem Antrag beitreten sollten oder nicht. Wir haben es nicht getan, und zwar vor dem Hintergrund, dass dieser Antrag in einigen Aspekten

ganz einfach einiges vermissen lässt. Die Betroffenheit der Anliegerkommunen wird mit keinem Wort erwähnt. Zur Betroffenheit der Umsiedler gibt es überhaupt keine Aussage.

Demgegenüber sind einige andere Teile für meine Begriffe sehr stark überbewertet. Die Rolle des Regionalrats der Bezirksregierung wird an mehreren Stellen sehr stark herausgehoben. Das sind aber eigentlich Selbstverständlichkeiten, die durch Gesetz und Verordnungen geregelt sind. Wir sind nicht diejenigen, die eine Resolution verfassen wollen, genauso wenig wie die meisten hier im Raum. Wir wollen vielmehr auf den bestehenden Gesetzen aufbauen. Darauf basierend können wir unsere Arbeit sicherlich ausreichend erledigen.

Es geht uns darum, dass wir nun möglichst schnell Ergebnisse erhalten. „Möglichst schnell“ heißt für meine Begriffe, dass das vor den Sommerferien geklärt sein muss. Bis dahin brauchen wir eine Leitentscheidung.

Es ist zu erwarten, dass das Interesse immer mehr abnimmt, je weiter wir uns vom Endbericht der Kommission entfernen. Insbesondere dann, wenn im Herbst die anstehenden Wahlen stattgefunden haben, ist für mich nicht so ganz klar, wie dann je nach Wahlausgang die Bereitschaft besteht, den Empfehlungen der Kommission entsprechend zu handeln. Es kann durchaus sein, dass das Interesse hinsichtlich der ostdeutschen Länder nicht so ohne Weiteres besteht und dass das auf uns zurückschlägt.

Wenn ich darüber hinaus sehe, dass in den Jahren bis 2023 laut Empfehlung der Kommission 3 MW abgeschaltet werden sollen über das hinaus, was wir im Augenblick an Bereitschaftskraftwerksleistung haben, dann aber in der vergangenen Woche etwas von 2,4 MW zu lesen ist, dann wundert mich das schon etwas, zumal das aus dem gleichen Hause kommt.

Ich sehe überdies die Notwendigkeit, dass wir die Landesregierung weiter bearbeiten müssen, dass wir weiter dafür sorgen müssen, dass die gesteckten Ziele von allen – und ich meine wirklich alle, auch die Landesregierung und den Landtag – verfolgt werden müssen. Man muss die Leitentscheidung treffen; man muss dafür sorgen, dass wir durch personelle Aufstockungen bei den Bezirksregierungen entsprechende Strukturen erhalten, dass wir in die Lage versetzt werden, federführend tätig zu werden und dass aus den Bezirksregierungen eine zeitnahe Zuarbeit für die beiden Regionalräte und insbesondere für den Braunkohlenausschuss erfolgen kann. Darüber sollten wir uns einig sein. – Vielen Dank.

Vorsitzender Herr Deppe:

Als Nächstes darf ich Herrn Moll bitten. Er sitzt oben auf der Tribüne und ist der Vertreter der Bürgervereinigung Holzweiler.

Herr Moll:

5 Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Wie schon gesagt, ich komme aus Holzweiler, und ich muss sagen: Zuerst allererst möchte ich unsere Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass wir in 2016 endgültig aus dem Tagebau ausgeschlossen wurden.

10 Sie können sich gar nicht vorstellen, welche Erleichterung das bietet, diese Unklarheit, die wir eben zu spüren bekommen haben, zumindest in Holzweiler nicht mehr verspüren zu müssen. Mittlerweile sehen wir uns ein bisschen in der Verantwortung dafür, die positive Energie, die wir damals gewonnen haben, auch ein Stück weit in die Diskussion bringen zu wollen.

15 Daher danke ich ganz herzlich Herrn Bürgermeister Jansen für die klaren und deutlichen Worte. Das beschreibt genau das, was auch bei uns in der Region stattfindet. Es gibt Unsicherheit, aber es gibt – und das ist sehr viel mehr als das, was man derzeit hört – ein wahnsinnig großes Engagement, es gibt eine enorme Beteiligung. Und das ist nicht nur eine Lobby für die eine Seite, sondern das ist ein Zusammenfinden von Menschen, die von dem Themenfeld betroffen sind, und die dieses Themenfeld aus den unterschiedlichen Perspektiven bei uns vor Ort sehen und wahrnehmen.

Da liegt das größte Potenzial dieser Diskussion. Es muss uns irgendwie gelingen, das in die Situation vor Ort einzubeziehen. Das bringt ein positives Element, nämlich den Abbau von Politikverdrossenheit. Ich kann Ihnen versichern, dass bei uns das Engagement in diese Themen auf ein wahnsinniges Maß angewachsen ist.

25 In diesem Zusammenhang ganz herzlichen Dank an Frau Walsken. Sie hatten seinerzeit in Haus Overbach den Impuls gegeben, dass wir am Braunkohlenausschuss teilnehmen konnten. Das war ein tolles Signal, und dafür noch einmal herzlichen Dank!

30 In diesem Zuge ist eine große Hoffnung gewachsen. Natürlich besteht auch Unsicherheit, aber es ist auch die Hoffnung gewachsen, dass auch in Garzweiler noch eine Verkleinerung stattfinden kann, die über die Leitentscheidung von 2016 hinausgeht. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich unterstreichen. Wir sind vor Ort in der Lage, alle Probleme, die damit auftauchen würden, konstruktiv zu begleiten. Wir haben aus allen Orten Men-

schen zusammengeführt, die mit anpacken, die sich teilweise ein- bis zweimal pro Woche abends ehrenamtlich treffen, die zusammensitzen und beraten, wie man mit den Problemen umgehen kann, wie man argumentieren kann.

Wir laden Sie herzlich ein! Frau Dr. Renz kann es vielleicht bestätigen: In 2014, 2016 haben
5 wir Termine in der Staatskanzlei gemacht, bei denen wir bereits darauf hingewiesen haben, bitte schon an der A61 zu stoppen.

Wir sind sehr gut organisiert und blicken weit voraus. Deshalb möchte ich Sie ganz herzlich dazu einladen, sich so viel Zeit wie möglich vor Ort zu nehmen. Wir stehen Gewähr bei Fuß und können Ihnen gerne einen kurzfristigen Termin einrichten. Dann zeigen wir Ihnen alles,
10 was Sie wissen möchten. Die Hoffnung geht dahin, dass noch weitere Dörfer erhalten bleiben können.

Noch ein wichtiger Punkt: Wir reden viel über Strukturwandel. Meine Eltern und meine Großeltern kommen aus der Landwirtschaft. Ich selbst bin leider nicht mehr Landwirt. Wir verlieren ein großes Strukturmerkmal bei uns der Region, nämlich die Landwirtschaft. Das sind
15 Strukturen, die wir mit den bestehenden Dörfern verlieren. Da muss man zum Teil ganz differenziert hinschauen, um das wirklich erfahrbar zu machen.

Argumente sind genügend ausgetauscht. Damit wäre ich am Ende. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Herr Deppe:

20 Vielen Dank. – Jetzt habe ich noch die Wortmeldung von Herrn Schmitz von der SPD.

Herr Schmitz:

Herr Vorsitzender! Frau Regierungspräsidentin! Ich bin seit 1984 im Braunkohlenausschuss, bin selber Umsiedler gewesen und kann mich also in die Situation eines Umsiedlers hinein-
denken. Ich wohne in der Gemeinde Inden.

25 Von daher habe ich kein Verständnis dafür, dass gewisse Gruppierungen jetzt wieder versuchen, die Umsiedler in eine Richtung zu drängen, obwohl sie über die Leitentscheidung 2016 und auch über die bestehenden Braunkohlenpläne zu Umsiedlungen die Gewissheit und die Planungssicherheit haben, dass die Umsiedlungen durchgeführt werden.

Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, wie man mit den Umsiedlern umgeht. Wir haben
30 jetzt den Kommissionsbericht vorliegen. Die Abarbeitung geschieht zunächst beim Gesetz-

geber in Berlin, dann ist der Landesgesetzgeber gefordert, und dann müssen wir sicherlich auf der Ebene von Regionalräten und Braunkohlenausschuss tätig werden.

Es gibt einen Kommissionsbericht. Wie er zustande gekommen und wie er formuliert worden ist, ist allen klar. Ich möchte noch auf eines hinweisen: Ich kann die Ausführungen, die Herr Thiel vorhin gemacht hat, vollständig unterschreiben. Die will ich nicht wiederholen.

Wir haben aber ein Problem. Irgendwann sind auch die Kommunen betroffen, und zwar auch in finanzieller Hinsicht. Auch die personelle Planung muss berücksichtigt werden. Wenn der Gesetzgeber meint, er müsse aus politischen Gründen bestehende Regelungen verändern, dann muss er im Rahmen des Konnexitätsprinzips auch 100 % der entstehenden Kosten finanzieren – egal, wo sie entstehen.

Man hat jetzt im Kommissionsbericht Regelungen zur Absicherung der Mitarbeiter des Unternehmens getroffen. Wir haben es aber vorhin gehört: Wenn 3 GW stillgelegt werden, sind 3.000 Mitarbeiter bei RWE und 6.000 Mitarbeiter bei den Zulieferern betroffen. Wer macht denn da einen Tarifvertrag, damit diese Leute entsprechend abgesichert werden? Das betrifft Firmen, die 40 % bis 60 % ihrer Aufträge aus diesem Bereich erhalten. Das ist für mich viel zu wenig hervorgekommen.

Das alles muss man jetzt verankern. Man wird wahrscheinlich auch über Staatsverträge gehen müssen, damit das, was jetzt festgelegt wird, auch langfristig Planungssicherheit bringt. Mit der Leitentscheidung 2016 war eigentlich allen klar, wo die Reise hingeht. Das ist jetzt drei Jahre her. Dann soll das mir nichts, dir nichts einfach umgeworfen werden? So kann man keine vernünftige Planungssicherheit machen. Der Raum und die Bürgerinnen und Bürger brauchen Planungssicherheit. Das muss auch ein Ziel sein; egal, welche Einzelheiten man noch beachten muss.

Herr Jansen hatte es angesprochen: Es gibt den Tagebau Inden, es gibt den Tagebau Hambach. Da gibt es unterschiedliche Schwierigkeiten. Letztendlich – und darauf lege ich absolut Wert – muss über den Gesetzgeber die Finanzierung zu 100 % sichergestellt werden; ansonsten können wir alles tun oder lassen. Aber wo kein Geld ist, da haben wir Schwierigkeiten.

Herr Vorsitzender Deppe:

Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung vorliegen, und zwar von Frau Hane-Knoll für die Linken.

Frau Hane-Knoll:

Ich möchte nur kurz begründen, warum die Linke den Antrag von CDU, SPD und FDP ablehnt. Für uns scheint er zu kurz gegriffen. Der umweltpolitische Aspekt kommt überhaupt nicht zum Tragen. Wenn schon ein Umbau, dann sollte er sozial und ökologisch vertretbar sein. Sie weisen auf den Regionalratsbeschluss vom 28.09.2018 hin. Damals hatten wir das auch abgelehnt, aus eben diesen Gründen.

Herr Vorsitzender Deppe:

Vielen Dank. Damit ist die Rednerliste erschöpft, und wir können zu den Abstimmungen kommen.

Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN:

Die Regionalräte Düsseldorf und Köln und der Braunkohlenausschuss bei der Bezirksregierung Köln fordern die Landesregierung auf, in Gesprächen mit dem Energieunternehmen sicherzustellen, dass bis zur neuen Leitentscheidung keine Fakten geschaffen werden indem die Dörfer weiter zerstört werden. Abrissgenehmigungen und Baumfällungen müssen umgehend ausgesetzt werden.

Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN – Resolution zum Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, Drucksache NR.: RR 14/2019 –, dem die Fraktionen der LINKEN und der PIRATEN beigetreten sind, wird mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Der gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion:

Die Regionalräte Köln und Düsseldorf sowie der Braunkohleausschuss stellen fest:

„Die Regionalräte von Köln und Düsseldorf sowie der Braunkohleausschuss nehmen die Ergebnisse der Kommission ‚Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung‘ zur Erzielung eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses zur Kenntnis. Wir begrüßen die Empfehlungen zu weitgehenden Zusagen für einen geordneten Strukturwandel auch im Rheinischen Revier. Der Strukturwandel stellt alle Beteiligten vor große Herausforderungen. Neben den rd. 9.000 direkt und weiteren 18.000 indirekt Beschäftigten sind

in der stromintensiven Industrie etwa 93.000 Beschäftigte betroffen. Darüber hinaus sind derzeit weitere Industriezweige direkt und indirekt von der Braunkohlenutzung abhängig.

5 Die Bezirksregierungen Köln und Düsseldorf, die Regionalräte Köln und Düsseldorf und der Braunkohleausschuss haben durch ihre bisherige Arbeit bewiesen, dass sie in der Lage sind, regionale Planungsprozesse zukunftsorientiert und rechtsicher zu betreiben sowie Förderprogramme zielgenau und zeitgerecht für die Strukturentwicklung zu administrieren. Auch wenn die Herausforderungen im Rheinischen Revier eine
10 nach dem Wiederaufbau bisher einzigartige Dimension annehmen werden und zudem ein eng begrenztes Zeitfenster von wenigen Jahren zur Verfügung steht, trauen wir uns zu, die bisher erworbenen Kompetenzen mit Erfolg in den Strukturwandelprozess einzubringen. Wir sind bereit, unseren Teil zu einem erfolgreichen Strukturwandel im Rheinischen Revier beizutragen.

15 Erfolgreiche Strukturentwicklung setzt verlässliche Rahmenbedingungen und eine langfristige Begleitung voraus. Daher ist es notwendig – nach der Festlegung der Sofortmaßnahmen – die entsprechenden organisatorischen und planungsrechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Dabei sind insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:
20

1. Aufgabe und Rolle der Regionalräte, u.a. im Rahmen der Regionalplanung und die Vorbereitung und Festlegung von raumbedeutsamen und strukturwirksamen Planungen sowie die Beratung von Förderprogrammen und -maßnahmen des Landes von regionaler Bedeutung
25

2. Aufgabe und Rolle der Regionalräte Köln und Düsseldorf sowie des Braunkohleausschusses als demokratisch legitimierte Organe der Region, u.a. im Verhältnis zur ZRR

30 3. Aufgabe und Rolle der Bezirksregierungen, u.a. mit ihren Förderdezernaten, der Kommunalaufsicht und der Abteilung Regionale Entwicklung

4. Erstellung und Beschlussfassung eines Leitbildes für das Rheinische Revier als Voraussetzung für einen erfolgreichen Strukturwandel unter Beteiligung aller Akteure
35 in der Rheinischen Region einschließlich Festlegung der erforderlichen Verkehrsinfrastruktur

5. Verkürzung und Beschleunigung der Planungsverfahren – auf Basis einer gesetzlichen Absicherung - sowohl im Bereich der Raumordnung und Bauleitplanung als auch der Verkehrsinfrastruktur.

5

Zu einer erfolgreichen Bewältigung des Strukturwandels im Rheinischen Revier ist es erforderlich, den oben genannten Institutionen die notwendigen, personellen und materiellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

10 **Wir bekräftigen unsere Beschlüsse zum Strukturwandel im Rheinischen Revier vom 28.09.2018 (Regionalrat Köln) und 13.12.2018 (Regionalrat Düsseldorf).**

15 Der gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion – Resolutionsantrag zum Strukturwandel im Rheinischen Revier, Drucksache Nr. RR 15/2019 – wird mit Mehrheit angenommen.

Schluss der Sitzung: 12:58 Uhr

20

**Regionalrat Köln
- Anwesenheitsliste -**

Gemeinsame Sitzung am 15.02.2019

1. Stimmberechtigte Mitglieder

CDU - Fraktion

Name	anwesend
Borning, Ronald	X
De Bellis-Olinger, Teresa Elisa	X
Deppe, Rainer	X
Dohmen, Hans-Willi	entsch.
Donie, Brigitte	entsch.
Fabian, Gerd	X
Finkeldei, Norbert	entsch.
Götz, Stefan	X
Hebbel, Paul	X
Jansen, Franz-Michael	entsch.
Kehren, Hanno Dr.	entsch.
Kitz, Marcus	X
Moll, Bert	entsch.
Neisse-Hommelsheim, Carla	X
Nessler-Komp, Birgitta	X
Stefer, Michael	X
Weber, Günter	X

FDP

Name	anwesend
Göbbels, Ulrich	X
Müller, Reinhold	X
Westerschulze, Stefan	X

Die Linke

Name	anwesend
Hane-Knoll, Beate	X
Singer, Peter	X

AfD

Name	anwesend
Spenrath, Jürgen	X

SPD - Fraktion

Name	anwesend
Frenzel, Michael	X
Geffen, Jörg van	X
Jakob, Bodo	X
Hengst, Milanie	entsch.
Höfken, Heiner	entsch.
Konzelmann, Thorsten	X
Krings, Hans	X
Neitzke, Gerhard	X
Noack, Horst	X
Oetjen, Hans-Friedrich	X
Schaper, Dieter	X
Schlüter, Volker	X
Tüttenberg, Achim	X

DIE GRÜNEN

Name	anwesend
Beu, Rolf	X
Herlitzius, Bettina	X
Lambertz, Horst	X
Windhuis, Wilhelm	X
Waddey, Manfred	X
Zentis, Gudrun	X

Freie Wähler

Name	anwesend
Bornhold, Rüdiger	X

Piraten

Name	anwesend
Plum, Yvonne	X

2. Beratende Mitglieder

Name	anwesend
Landschaftsverband	X
Stadt Aachen	
Stadt Bonn	X
Stadt Köln	
Stadt Leverkusen	
Städteregion Aachen	
Kreis Düren	
Kreis Euskirchen	
Kreis Heinsberg	X
Oberbergischer Kreis	X
Rheinisch-Bergischer-Kreis	
Rhein-Erft-Kreis	
Rhein-Sieg-Kreis	X
Kornell, Günter LWK NRW	X
HWK zu Köln	
Rötting, Fritz	
Woelk, Ralf	X
Mährle, Jörg	X
Behlau, Stefan	
Heimann, Uli	X
Risch, Jacob	
Neuhöfer, Gabriele (kommunale	

Fraktionsgeschäftsführungen

Hoffmann, Hajo	SPD	X
Schmidt, Benjamin	CDU	X
Schäfer-Hendricks, Antje	GRÜNE	X
Westerschulze, Stefan	FDP	X
Feudel, André (Assistent)	FDP	X

Teilnehmer von der Bezirksregierung Köln

Frau Walsken	RPin
Herr Kotzea	AL 3
Frau Müller	32
Frau Lüdenbach	32
Frau Brüggemann	32
Frau Örs	32
Frau Weidmann	32

Gäste

Dr. Tobias Traupel	MWIDE
Dr. Alexandra Renz	MWIDE
Frau Landsberg	MWIDE
Frau Kranz	Umsiedlungsbeauftragte
Thomas Schnell	MDL
Hans Schnäpp	CDU-Fraktion
Ralf Arenz	Kölner Rundschau
Christiane Martin	Grüne
Albrecht Omankowsky	CDU-Fraktion
Herr Sterck	ZRR
Herr Eyl-Vetter	RWE
Thorsten Moll	Bürgervertretung Holzweiler

Bürgermeister

Hans Wilhelm Reiners	Oberbürgermeister Stadt Mönchengl.	
Peter Jansen	Bürgermeister Stadt Erkelenz	X
Ralf Claßen	Bürgermeister Gemeinde Aldenhoven	X
S. Lo Cicero-Marenberg	Bürgermeister Stadt Alsdorf	Vertreterin
Paul Larue	Bürgermeister Stadt Düren	x
Rudi Bertram	Bürgermeister Stadt Eschweiler	x
Jörn Langenfeld	Bürgermeister Gemeinde Inden	x
Dieter Spürck	Bürgermeister Stadt Kerpen	x
Harald Zillikens	Bürgermeister Gemeinde Jüchen	x
Andreas Heller	Bürgermeister Stadt Elsdorf	x
Axel Fuchs	Bürgermeister Stadt Jülich	
Heinrich Göbbels	Bürgermeister Gemeinde Langerwehe	
Georg Gelhausen	Bürgermeister Gemeinde Merzenich	X
Hermann Heuser	Bürgermeister Gemeinde Niederzier	X
Martin Mertens	Bürgermeister Gemeinde Rommersk.	X
Jürgen Frantzen	Bürgermeister Gemeinde Titz	X
Frau Rendel	Bürgermeister Stadt Grevenbroich	Vertreterin

**Braunkohlenausschuss
- Anwesenheitsliste -**

Gemeinsame Sitzung am 15.02.2019

A. Stimmberechtigte Mitglieder

Kommunale Bank

Name	anwesend
Bex, Alexander	x
Becker, Wilfried	x
Engels, Hans-Josef	
Feron, Peter	x
Heller, Andreas	x
Helmes, Hildegard	x
Hildemann, Michael	x
Kehren, Ferdinand	x
Mannheims, Carsten	x
Maibaum, Franz	x
Schavier, Karl	x
Schmitz, Josef-Johann	x
Steinhäuser, Heike	x
Thiel Rainer	x
Zillikens, Harald	x

Regionale Bank

Name	anwesend
Beu, Rolf	x
Bornhold, Rüdiger	x
Borning, Ronald	x
Göbbels, Ulrich	x
Götz, Stefan	x
Höfken, Heiner	
Konzelmann, Thorsten	x
Krause, Manfred	x
Lambertz, Horst	
Müller, Ulrich G.	x
Papen, Hans-Hugo	x
Singer, Peter	x
Spenrath, Jürgen	x
Welp, Axel C.	entsch.
Zentis, Gudrun	x

Funktionale Bank

Name	anwesend
Erkens, Jörg	
Decker, Friedhelm	x
Deckers, Peter	
Frizen, Johannes	x
Kuhnke, Claus	x
Diercks, Dr. Thorsten	
Rendla, Manuel	x
Schubert, Dorothea	x
Jonas, Raphael	x
Ungermann, Ernst	

B. Beratende Mitglieder

(gem. § 22 Satz 1 LPIG)

Name	anwesend
BR Arnsberg (Bergverwaltung) Grigo, Werner Küster	x
Landesbetrieb Wald u. Holz NRW Schölmerich, Uwe	x
Geologischer Dienst NRW Buschhüter, Klaus	x
LANUV NRW Verbücheln, Dr. Georg Levacher, Dorothee	x
Ertfverband Bucher, Dr. Bernd	x
RWE POWER Eyll-Vetter, Michael	x
Landschaftsverband Rhld. Böll, Thomas	
Landesbetrieb Straßenbau Ganz, Thomas	
Gleichstellungsstellen Wellens, Anneliese	

(gem. § 22 Satz 2 LPIG)

Name	anwesend
Stadt Köln Höing, Franz-Josef	
Stadt Mönchengladbach Weinthal, Barbara	x
Städteregion Aachen Roelen, Ruth	
Kreis Düren Bröker Jens	
Rhein-Erft-Kreis Dr. Müller, Sabine Rothe	x
Kreis Euskirchen Rosenke, Günther	
Kreis Heinsberg Rütten, Wilhelm	
Rhein-Kreis-Neuss Petrauschke, Hans-Jürgen	
Rhein-Sieg-Kreis Sarikaya, Dr. Mehmet	
Kreis Viersen Röder, Rainer	

C. Verwaltung

Name	anwesend
MWIDE Renz, Dr. Alexandra	x
MWIDE Gritschneder, Barbara	

D. Geschäftsstelle/Bezirksregierung Köln

Frau Walsken	RPin
Herr Kotzea	AL 3
Frau Müller	32
Frau Lüdenbach	25
Frau Brüggemann	32
Frau Kelz	32
Herr Baums	32
Herr Brück	32
Frau Örs	32
Frau Weidmann	32

E. Sachverständige:

Name	anwesend
Stadt Erkelenz BM Peter Jansen	x
Stadt Erkelenz Ansgar Lurweg	
Gemeinde Titz BM Jürgen Frantzen	x
Umsiedlungsbeauftragte Margarete Kranz	x

F. Gäste

Name	anwesend
CDU Fraktion Schmidt, Benjamin	x
SPD-Fraktion Hoffmann, Hajo	x
Bündnis 90/DIE GRÜNEN Schäfer-Hendricks, Antje	x
Bündnis 90/DIE GRÜNEN Martin, Christiane	x
FDP-Fraktion Feudel, André	x
FDP-Fraktion Westerschulze, Stefan	x
Schmieder, Protokoll	x

Regionalrat Düsseldorf
Anwesenheitsliste
Gemeinsame Sitzung am 15.02.2019

CDU-Fraktion

Amfaidern, Nanette	
Fils, Dr. Alexander	x
Gluch, Waldemar	
Humpert, Karl Heinz	x
Läckes, Manfred	
Müller, Michael	
Papen, Hans- Hugo	x
Petrauschke, Hans-Jürgen	x
Post, Norbert	x
Schmickler, Günter	x
Schroeren, Michael	x
Vielhaus, Ewald	x
Welter, Thomas	x
Geschäftsführer:	
Brügge, Dirk	

SPD-Fraktion

Bedronka, Bernd	
Edelhoff, York	x
Eicker, Sigrid	x
Hengst, Jürgen	
Hildemann, Michael	x
Sinowenka, Friederike	
Reese, Klaus-Jürgen	x
Thiel, Rainer	x
Welp, Axel C.	
Wurm, Günter	
Geschäftsführer	
Bechstein, Klaus	
Hombostel, Rolf	x

Die Fraktion DIE GRÜNEN

Arndt, Ingeborg	
Krause, Manfred	x
Patalla, Sandra	x
Sickelmann, Ute	x
Geschäftsführer	
Tietz, Ute	

FDP/FW-Fraktion

Grumbach, Dr. Hans-Joachim	x
Müller, Ulrich	
Schiffer, Hans Lothar	x
Suika, Jörn	x
Geschäftsführer	
Suika, Jörn	

Parteilose

Heitzer, Hans-Jürgen	
----------------------	--

Die Fraktion DIE LINKE

Herhaus, Susanne	x
------------------	---

Beratende Mitglieder

Arbeitgeber	
Dr. Hoffmann, Christian	
Steinmetz, Jürgen	
Zipfel, Josef	x
Arbeitnehmer	
Arens, Guido	
Kaus, Karsten	
Wolf, Sigrid	x
Sportverbände	
Gerkens, Bert	x
Naturschutzverbände	
Wenzel, Stefan	
Kommunale	
Gleichstellungsstellen	
Buck, Antje	
Landschaftsverband	
Rheinland	
Stieber, Andreas-Paul	x
Mönchengladbach Vertr.	x
Kreis Viersen Landrat	x

Teilnehmer der BR DÜS

RVP Schlapka
AD Olbrich
LRD'in Schmittmann
RBD'in Gruß
RBD van Gemmeren
RBr Häfner
RAfrau Sablofski



„Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

Empfehlungen der WSB-Kommission

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung
und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen

www.wirtschaft.nrw



Handlungsbereiche

- **Energiesektor**
- **Strukturwandel / Arbeitsmarkt**
- **Regional- und Braunkohleplanung**



Maßnahmen im Kraftwerksbereich

- **Schrittweise Reduzierung und Beendigung der Kraftwerksleistung und Kohleverstromung bis 2038 (ggf. bereits 2035)**
 - bis 2022: noch 15 GW BK, 15 GW StK (& Reserve auf Gasbasis)
 - bis 2030: max. 9 GW BK, 8 GW StK
 - Stilllegung von Kraftwerken im Einvernehmen mit Betreibern: „Freiwillige Lösungen“ (mit Entschädigungen) und nur falls nicht möglich ordnungsrechtliche Lösungen
- **Stilllegung von CO₂-Zertifikaten**



Weitere energiebezogene Maßnahmen (Auswahl)

- **Sicherstellung des EE-Ausbaus auf 65 % bis 2030**
 - Im Besonderen auch „Reviere und Steinkohlekraftwerksstandorte nutzen“
- **Weiterentwicklung und Fortführung der KWK-Förderung**
- **Ausgleich für Stromverbraucher**
 - Ab 2023 Zuschuss für Stromverbraucher
- **Verstetigung und Fortentwicklung der ETS-Strompreiskompensation**
 - Ausgleichs der Belastungen des Emissionshandels für besonders energieintensive Unternehmen
- **Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit**
 - Stresstest, neue Gaskraftwerke etc.



Maßnahmen für Arbeitsplätze

- **Sozialverträgliche Ausgestaltung der Reduzierung und Beendigung der Beschäftigungsverhältnisse in Kohleverstromung und im Kohleabbau**
 - Anliegen: Keine betriebsbedingten Kündigungen
- **Hochwertige und zukunftssichere neue Arbeitsplätze schaffen**



Generelle Maßnahmen für den Strukturwandel (Auswahl)

- **Förderprogramme**
- **Unterstützungsmöglichkeiten der EU nutzen**
- **Experimentierklauseln**
- **Ansiedlung von Behörden und öffentlichen Einrichtungen**



Sonderwirtschaftszone Rheinisches Revier

- **Beschleunigung von Genehmigungsverfahren in den Bereichen Bau, Verkehr, Netze und Anlagenplanung und 4G/5G-Netzen**
- **Beschleunigung von Planungsverfahren für Straßen und Schienenwege**
- **Notifizierung von Investitionsbeihilfen**
- **Bündelung beihilferechtlicher Möglichkeiten**
- **Abbau verfahrenstechnischer Hemmnisse bei der gerichtlichen Aufarbeitung von Infrastrukturvorhaben**
- **...**



Wie geht es jetzt weiter?

- **Verhandlungen über Kraftwerksstillegungen und ggfls. Vorlage geänderter Tagebauplanung**
- **Überprüfung und ggfls. Anpassung oder Änderung der letzten Leitentscheidung**
- **Maßnahmengesetz des Bundes für die finanzielle Absicherung des Strukturwandels**
- **Beschleunigungsgesetz für Infrastrukturvorhaben**



***Wie können Regional- und Braunkohleplanung den
Strukturwandel unterstützen?***



Räumliche Ansatzpunkte für das Rheinisches Revier (Auswahl)

- **Schaffung ausreichender Gewerbeflächen**
- **Nachnutzung von Kraftwerksstandorten**
- **Raumentwicklung rund um die Tagebaue**



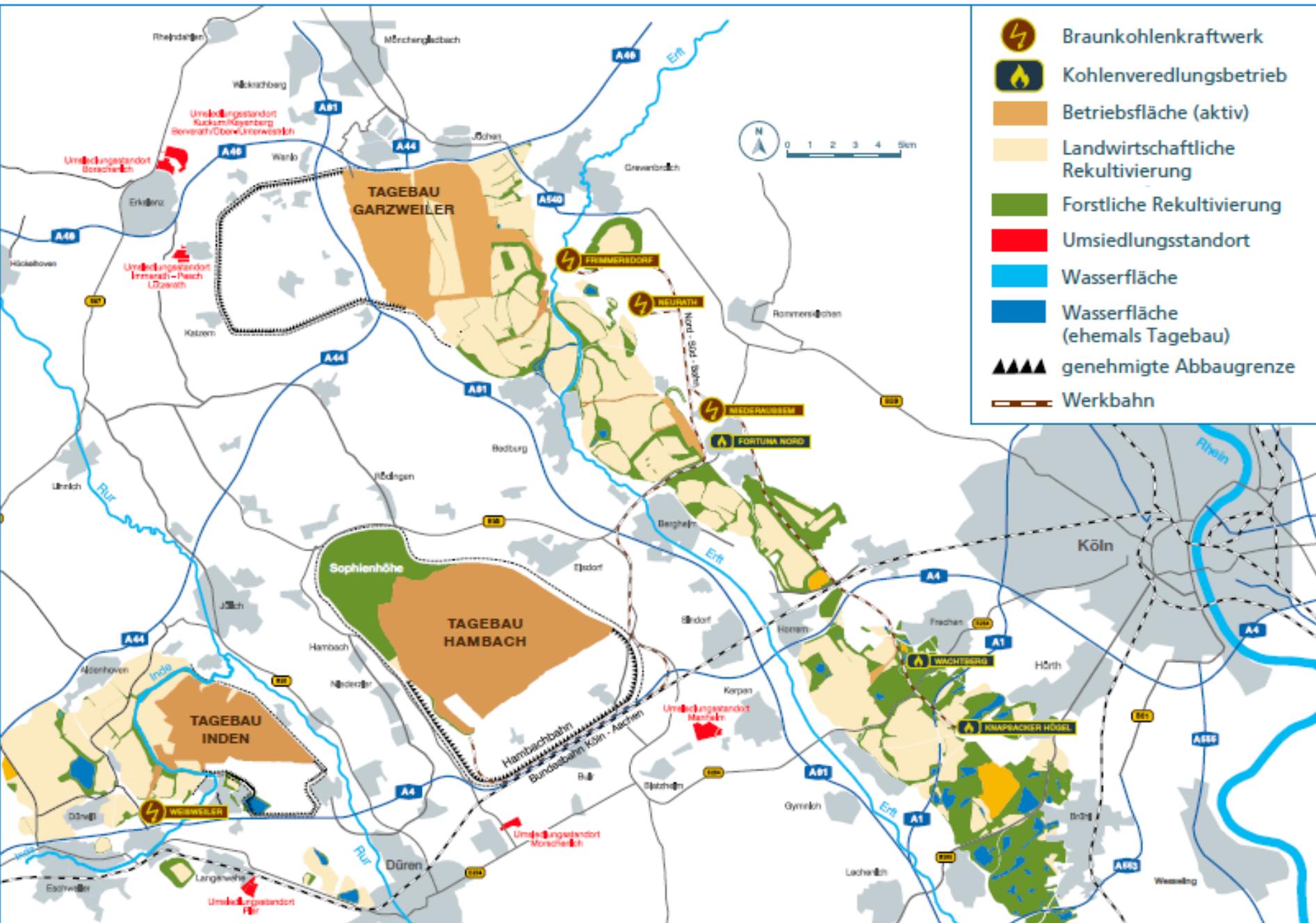
Ausreichende Gewerbeflächen im Rheinischen Revier

- **Ziel der Landesregierung: pro Jahr bis zu 1.000 neue hochwertige Arbeitsplätze in Industrie, Handwerk und Gewerbe sowie in neuen Zukunftsbereichen in den kommenden 20 Jahren schaffen!**
- **1.000 Arbeitsplätze erfordern konservativ betrachtet eine Fläche von bis zu rd. 40 ha.**
- **Planerische Sicherung im Regionalplan reicht nicht aus => Die Region bzw. die Kommunen müssen diese Standorte auch zügig bauleitplanerisch umsetzen und entwickeln!**



Aktuelle Novelle Landesplanungsgesetz

- Experimentierklausel
- Beschleunigung vom Braunkohlenplanverfahren zur Verkleinerung von Tagebauen
- **Weitere Vorschläge aus den Regionen?**



Quelle: WSB-Abschlussbericht 2019, S. 34 (DEBRIV (2018): Revierkarte Rheinland. Stand 08/2017 – noch ohne Berücks. der Leitentscheidung)



Empfehlungen der WSB-Kommission für die Braunkohleplanung:

- **Verfahren der Anpassung so führen – unter Ausnutzung möglicher Beschleunigungen – dass Stillstand der Tagebaue vermieden wird**
- **Absicherung der Finanzierung für die Wiedernutzbarmachung**
- **Bei vorzeitigem Ausstieg Wassermanagement absichern**



Bei der schrittweise Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung ist es...

- **„*wünschenswert*“, dass der Hambacher Forst erhalten bleibt**
- **Landesregierungen werden gebeten, mit den Betroffenen vor Ort in einen Dialog zu Umsiedlungen zu treten, um soziale und wirtschaftliche Härten zu vermeiden**



Anstehende Schritte

- **Dialog mit den Umsiedlern**
- **Anpassung oder Änderung der Leitentscheidung**
- **Prüfung der Änderungen der Tagebauplanungen**



Vielen Dank!

Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

**Gemeinsame Sitzung der Regionalräte Köln und Düsseldorf und des
Braunkohlenausschusses am 15.02.2019**

Michael Eyll-Vetter, RWE Power AG

Zukunft. Sicher. Machen.

RWE

Empfehlungen der KWSB: Reduzierung Kohleverstromung

Stilllegungen im Zeitraum 2018 - 2022:

12,7 Gigawatt (GW) Kohlekraftwerkskapazität bis 2022 (ggü. 2017):

- Davon annähernd 5 GW Braunkohle- und 7,7 GW Steinkohlekraftwerke
- Kohlekraftwerke, die noch in Planung oder im Bau sind, sollen nicht mehr ans Netz.
- **Umsetzung** soll im **Einvernehmen** mit den **Betreibern** auf vertraglicher Basis erfolgen:
 - Berücksichtigung der strukturellen Unterschiede der unterschiedlichen Bergbauregionen und der jeweiligen Bedeutung für die regionale Wertschöpfung
 - Berücksichtigung der strukturellen Unterschiede zwischen Braun- und Steinkohle

Stilllegungen im Zeitraum 2023 bis 2030:

Rückgang der Braunkohle in 2030 auf maximal 9 GW (Rückgang um 10,9 GW ggü. 2017)

Rückgang der Steinkohle in 2030 auf maximal 8 GW (Rückgang um 14,7 GW ggü. 2017)

- Die Reduzierung in diesem Zeitraum soll möglichst stetig erfolgen, insbesondere bei der Steinkohle.
- In 2025 weitere 10 Mio.t CO₂-Minderung durch ein Innovationsprojekt (Umrüstung eines Braunkohlekraftwerks in Ostdeutschland)
- **Umsetzung** mit Braunkohlebetreibern einvernehmlich über den Gesamtzeitraum 2018 – 2030

Empfehlungen der KWSB: Umsetzung der Maßnahmen

Umsetzungsinstrumentarium für Kraftwerksstilllegungen aus KWSB:

- Einvernehmliche und beihilferechtlich zulässige vertragliche Vereinbarung gegen Entschädigung
 - Angemessene Entschädigung bei Braunkohle, z.B. analog zur Sicherheitsbereitschaft, ggf. zuzüglich der Folgekosten der Tagebaue
 - Freiwillige Stilllegungsprämie bei Steinkohle, z.B. über Ausschreibungen
- Regelungen zur sozialverträglichen Gestaltung der Maßnahmen müssen enthalten sein. Betriebsbedingte Kündigung sowie unbillige soziale und ökonomische Nachteile für die Beschäftigten werden verhindert, u.a. durch staatliches Anpassungsgeld (APG)
- Entschädigungshöhe für Unternehmen kann im Zeitverlauf abschmelzen.
- Falls keine Einigung bis Mitte 2020 erfolgt, Umsetzung durch ordnungsrechtliche Eingriffe mit Entschädigung im Rahmen der rechtlichen Erfordernisse
- Finanzierung aus dem Haushalt

Monitoring der Maßnahmen:

- Ein regelmäßiges Monitoring ist in den Jahren 2023, 2026 und 2029 vorgesehen.
- Ein unabhängiges Gremium prüft die Auswirkungen auf Versorgungssicherheit, Strompreise, Klimaschutz und Strukturentwicklung.

Empfehlungen der KWSB: Abschlussdatum und Aussagen zum Hambacher Forst und Umsiedlungen

Abschlussdatum:

- Als Abschlussdatum für die Kohleverstromung empfiehlt die Kommission **2038**.
- Dieses Datum kann in Verhandlungen mit den Betreibern auf 2035 vorgezogen werden.
- Die Überprüfung, ob dies möglich ist, erfolgt in **2032** (Öffnungsklausel).

Hambacher Forst:

- Die Kommission sieht es als **wünschenswert** an, den Hambacher Forst zu **erhalten**.

Umsiedlungen:

- Die **Länder** werden aufgefordert, in einen **Dialog** mit den von Umsiedlung Betroffenen zu treten, um soziale und wirtschaftliche Härten zu vermeiden.

Genehmigungsrecht:

- Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Anpassungen im Tagebau in einer Weise, dass **ein Stillstand der Tagebaue vermieden** wird und durchgehende **Planungssicherheit** besteht.

Flexible Braunkohle aus dem Rheinischen Revier für eine sichere Stromversorgung von NRW und die dezentrale Energieversorgung der mittelständischen Industrie

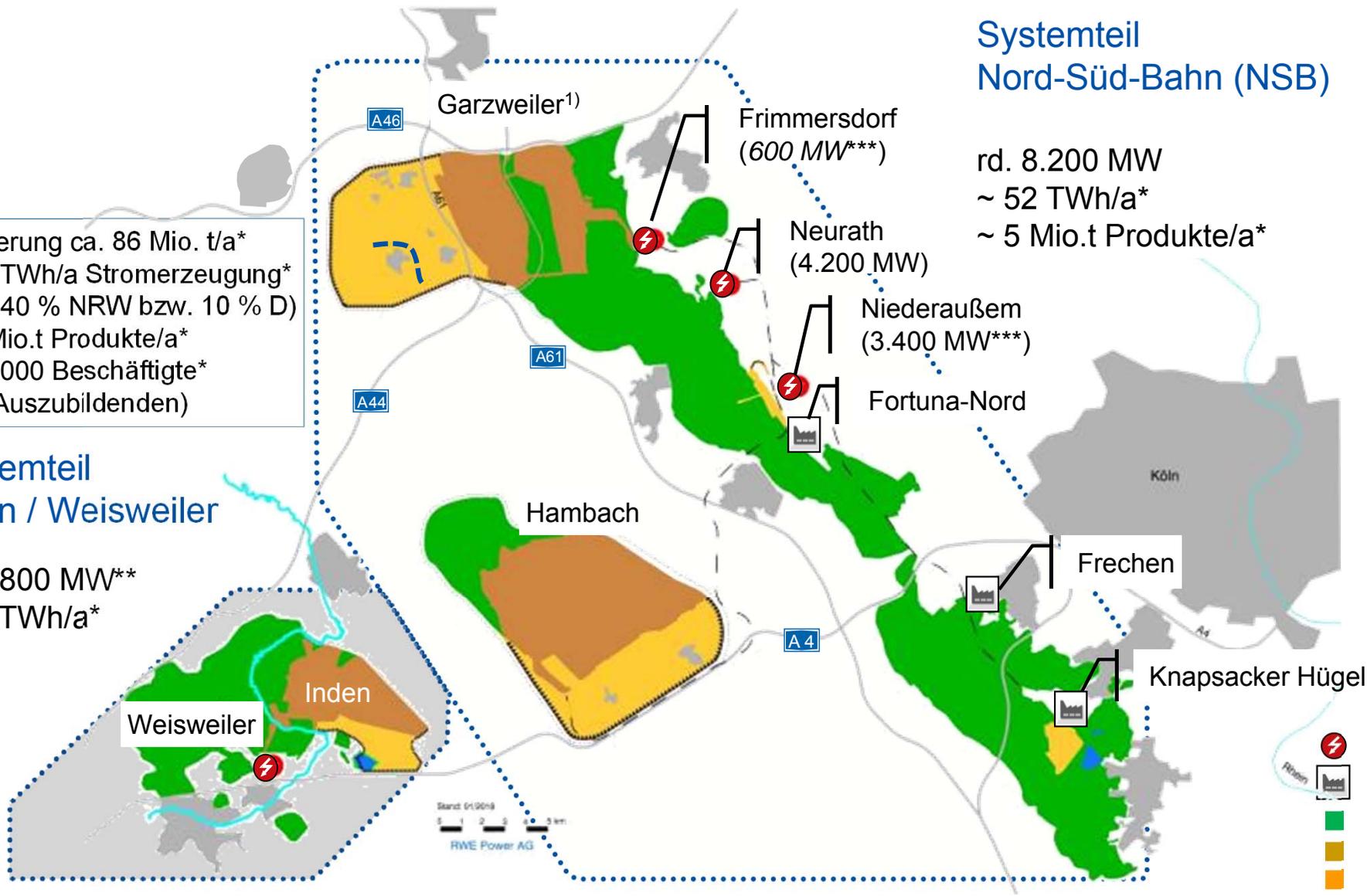
Systemteil Nord-Süd-Bahn (NSB)

rd. 8.200 MW
 ~ 52 TWh/a*
 ~ 5 Mio.t Produkte/a*

- > Förderung ca. 86 Mio. t/a*
- > ~ 65 TWh/a Stromerzeugung*
(40 % NRW bzw. 10 % D)
- > ~ 5 Mio.t Produkte/a*
- > ~ 10.000 Beschäftigte*
(mit Auszubildenden)

Systemteil Inden / Weisweiler

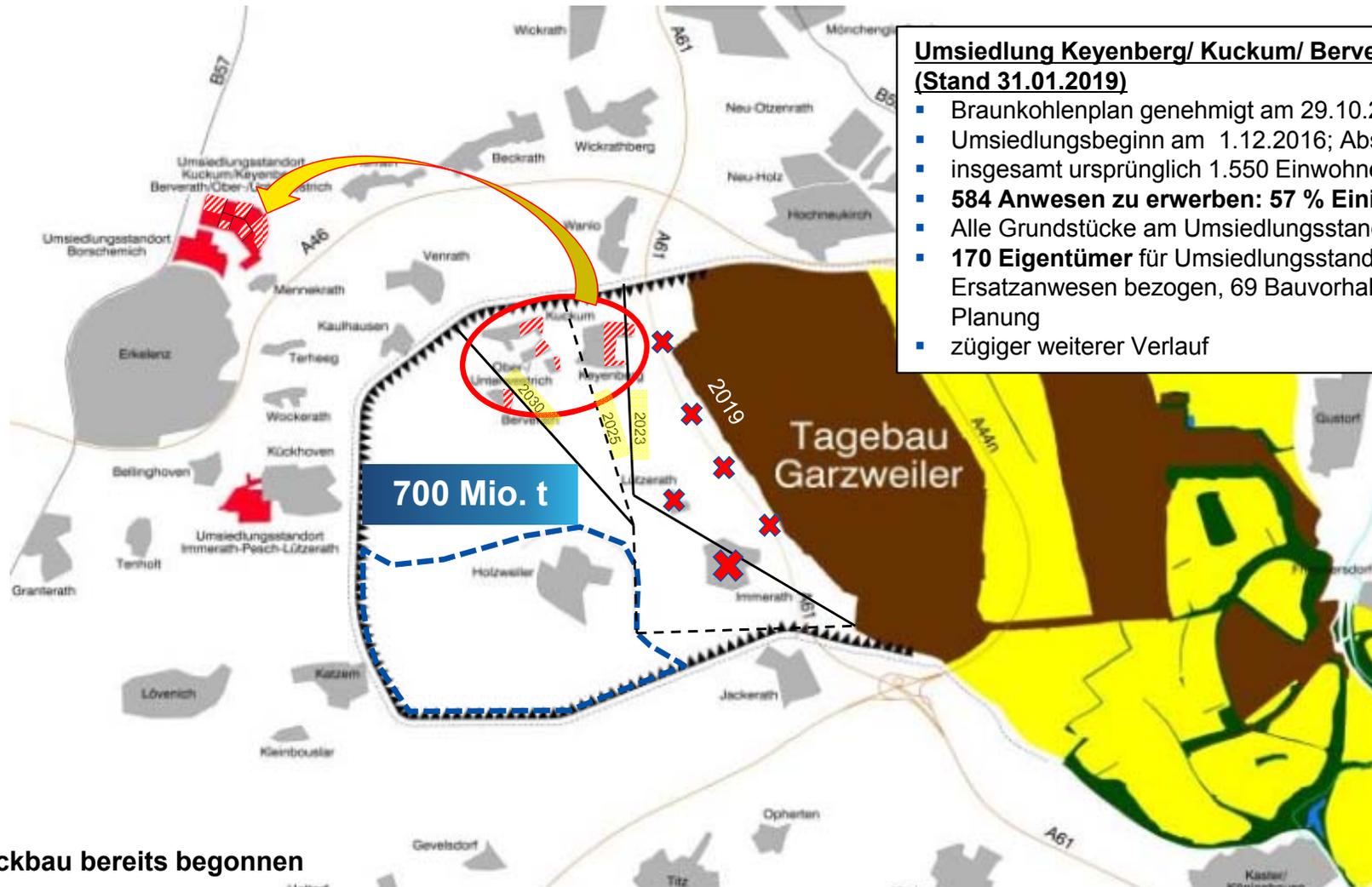
rd. 1.800 MW**
 ~ 13 TWh/a*



* Jahr 2018, ca. Angaben
 ** ohne VSG-Turbinen
 *** Sicherheitsbereitschaft seit 1.10.2017 bzw. 600 MW in Nia seit 1.10.2018

1) Auswirkungen Leitentscheidung

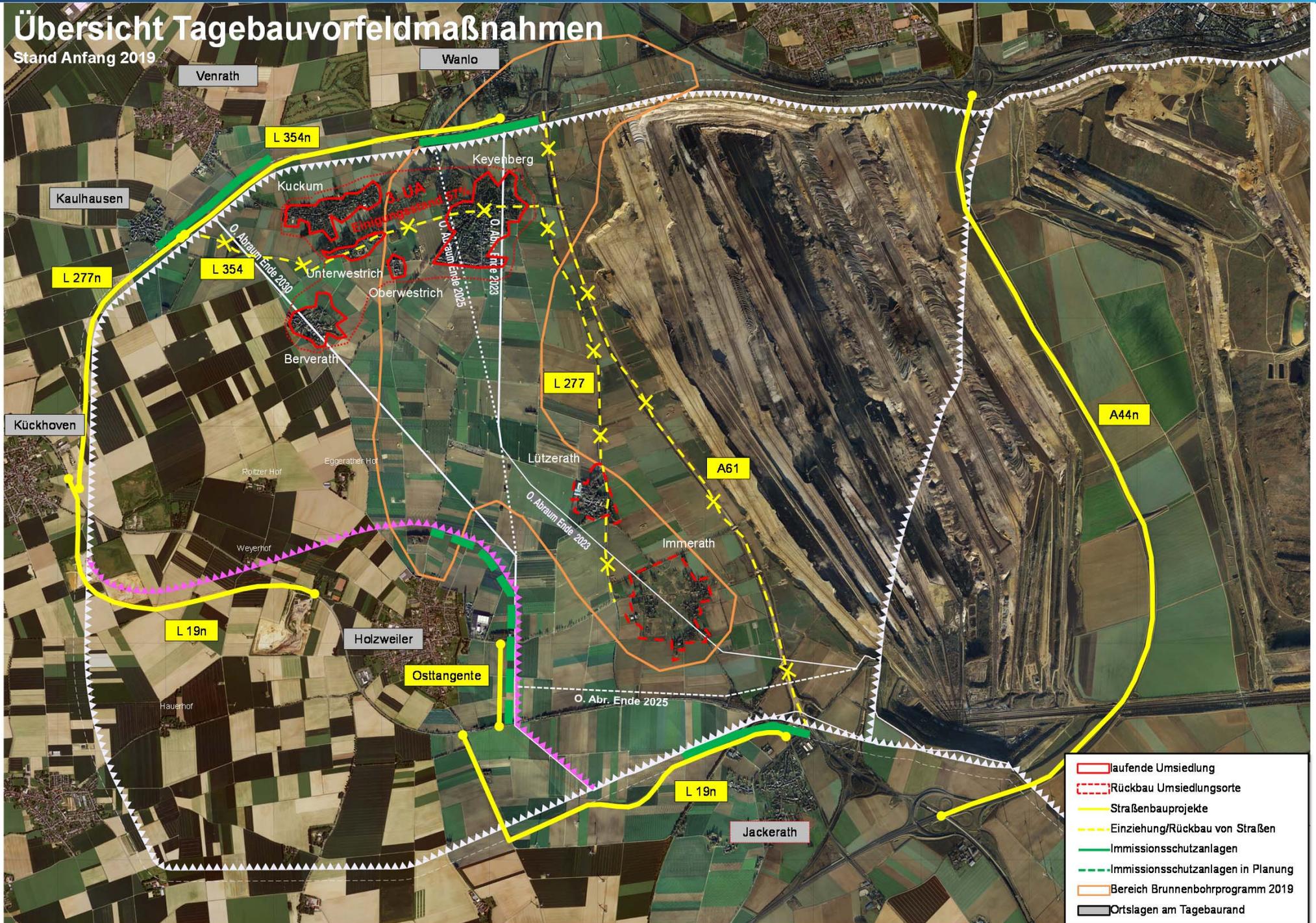
Kohlebedarf erfordert die komplette Inanspruchnahme des Tagebauvorfelds Garzweiler gem. Leitentscheidung 2016



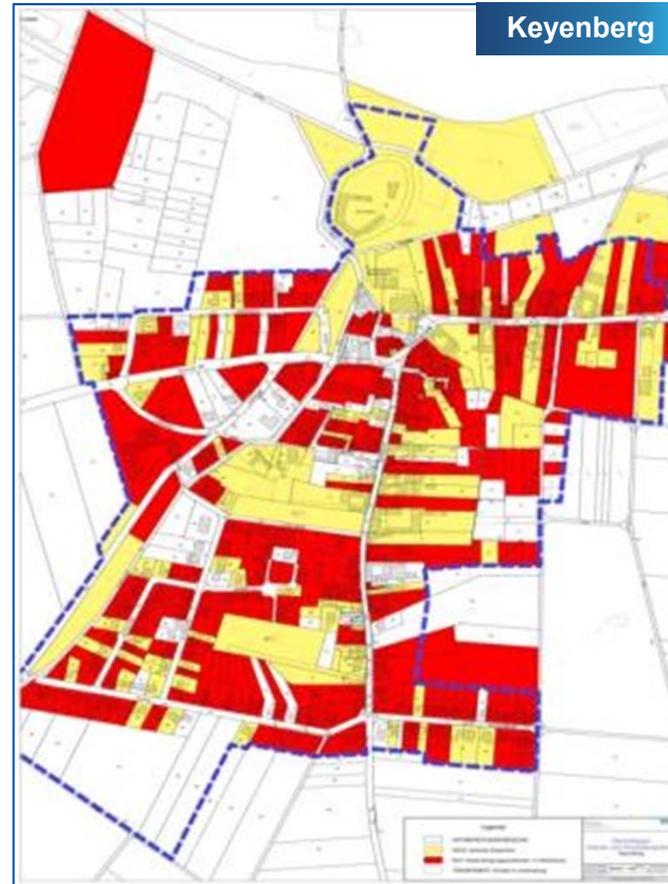
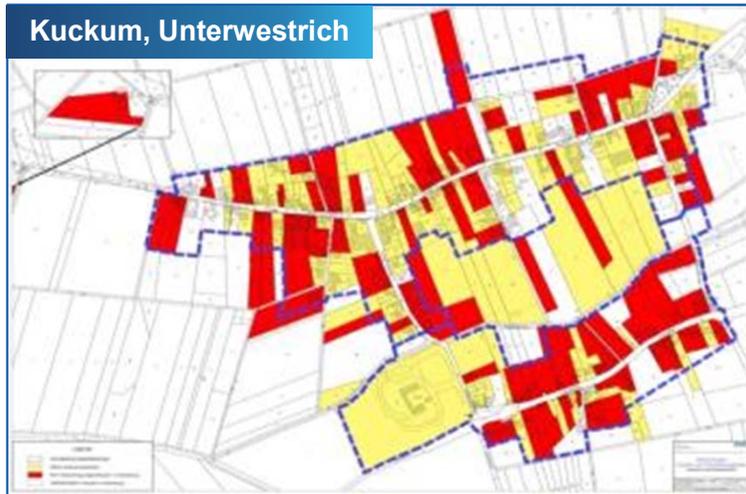
Durch die Leitentscheidung 2016 wurde der Lagerstättenzugriff bereits um ca. 400 Mio. t reduziert, so dass ab 2019 lediglich rd. 700 Mio. t innerhalb der angepassten Abbaugrenzen verbleiben. Bei Reduzierung von Hambach-Mengen werden ~35 Mio. t/a über 20 Jahre zur Deckung des Kohlebedarfs benötigt.

Übersicht Tagebauvorfeldmaßnahmen

Stand Anfang 2019

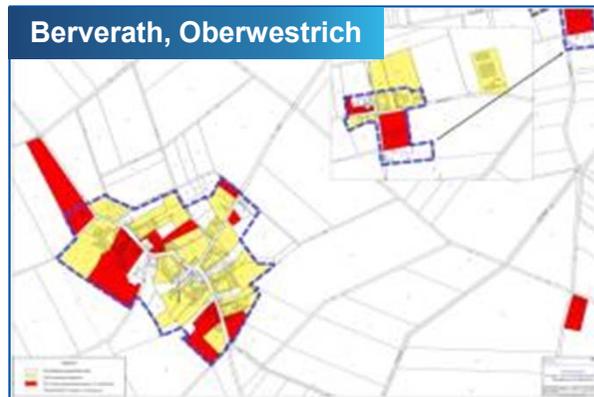


Aktueller Stand des 3. Umsiedlungsabschnitts (02/2019) – „Altorte“



Anwesen:	584 (100%)
Gutachten:	473 (81%)
Gespräche:	421 (72%)
Einigungen:	334 (57%)

- Notarvertrag abgeschlossen/ in Abwicklung
- Laufende Gespräche
- Kontakt in Vorbereitung

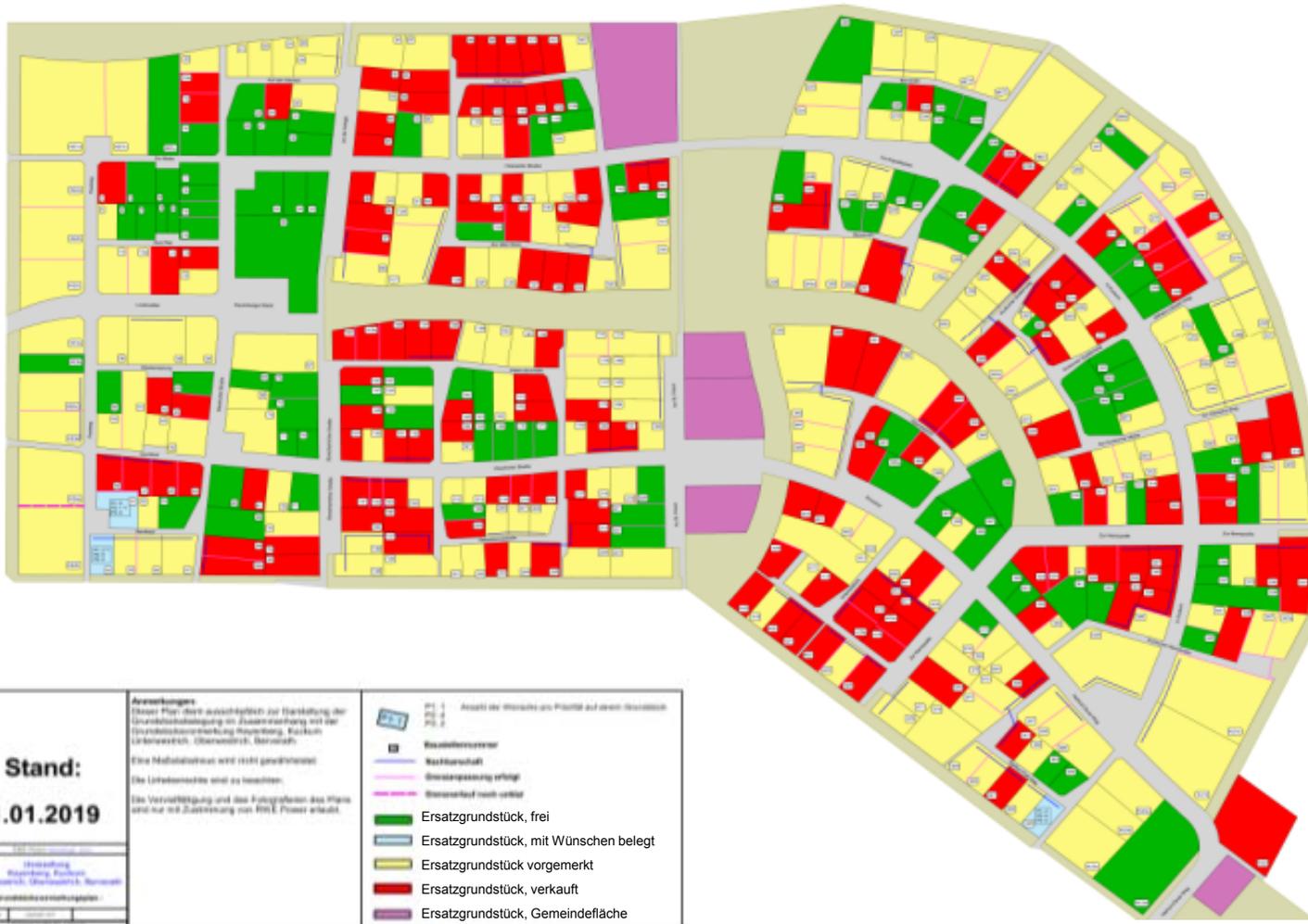


Stand 2/2019



Alle Grundstücke erschlossen im neuen Umsiedlungsstandort, Bauaktivitäten auf Hochtouren

Grundstücksvormerkungsplan Erkelenz-Nord, Februar 2019



Vormerkung:	~350
davon	
verkauft:	~170
davon	
bezogen:	32
im Bau:	69
in Planung:	69

Stand:
31.01.2019

Umsiedlung
Keyenberg, Kuckum,
Unterwestrich, Oberwestrich, Berverath

Grundstücksvormerkungsplan

Anmerkungen:
Dieser Plan dient ausschließlich zur Darstellung der Grundstücksvormerkung im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Umsiedlung. Er ist kein verbindliches Dokument.
Eine Maßstablinie wird nicht gezeichnet.
Die Lieferanschlüsse sind zu beachten.
Die Verbindlichkeit und das Fotografieren des Plans sind nur mit Zustimmung von RWE erlaubt.

Legende:

- Ersatzgrundstück, frei
- Ersatzgrundstück, mit Wünschen belegt
- Ersatzgrundstück vorgemerkt
- Ersatzgrundstück, verkauft
- Ersatzgrundstück, Gemeindefläche

PI 1 Anzahl der Wünsche am Plot/BA auf dem Grundstück
PI 2

Grundstücksvormerkung

- Nachbarschaft
- Grenzpassung erfolgt
- Grenzpassung noch erfolgt

Grundstücksvormerkung nahezu abgeschlossen: Die Hälfte der vorgemerkten Anwesen bereits verkauft.

Baufortschritt in vollem Gange...

32 Häuser bereits bezogen, 69 befinden sich im Bau und weitere 69 in Planung

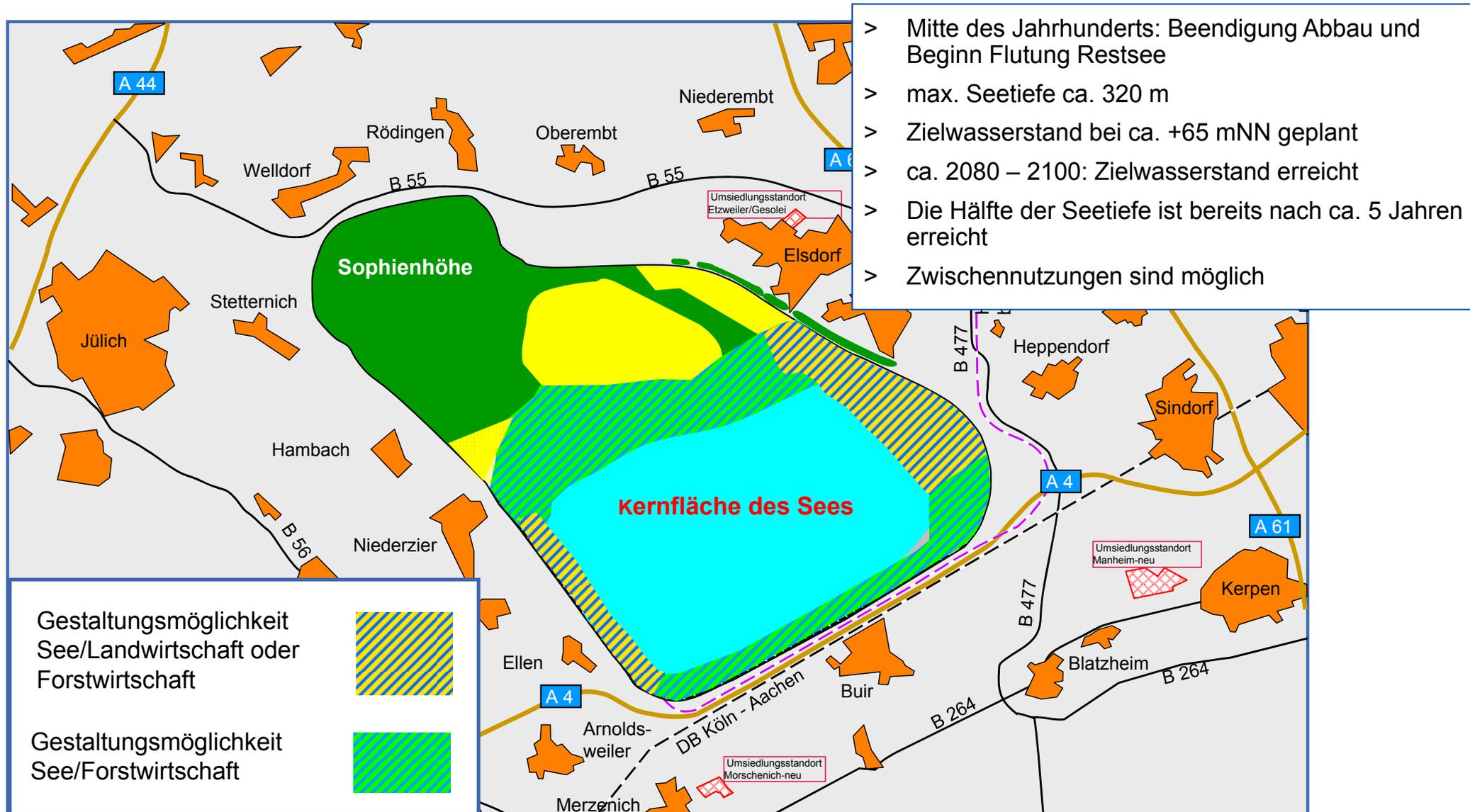


Aktuelles Luftbild Tagebau Hambach



Quelle: Geobasisdaten

Gültiges Wiedernutzbarmachungskonzept Tagebau Hambach gemäß genehmigtem Braunkohlen- und Rahmenbetriebsplan



Aussagen zum Strukturwandel (1/2)

Unterstützung des Strukturwandels in allen betroffenen Regionen

Zielregionen: Braunkohlereviere und Steinkohlekraftwerksstandorte; damit grundsätzlich bundesweit mit Schwerpunkt auf die Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und das Saarland.

- > Finanzielle Absicherung aus dem Bundeshaushalt über 20 Jahre mit
 - > 1,3 Mrd. € p.a. für aus dem Bundeshaushalt zu finanzierende Einzelprojekte
 - > 0,7 Mrd. € p.a. Pauschalzahlungen an die Länder
 - > Sonderfinanzierungsprogramm Verkehrsinfrastruktur
 - > Unterstützung von beschäftigungspolitischen Maßnahmen
- > Institutionelle Absicherung gefordert: Für das Rheinisches Revier „Zukunftsagentur Rheinisches Revier“ (ZRR) als Trägerinstitution
- > Berücksichtigung der engen Verknüpfung von Braunkohle mit energieintensiver Industrie: Erhalt bestehender und Aufbau neuer Wertschöpfungsketten, dabei besondere Berücksichtigung der REA-Gipsindustrie
- > Ausbau der digitalen und verkehrlichen Infrastruktur: Revierbonus mit Vorfahrt für Strukturentwicklungsgebiete

Aussagen zu Strukturwandel (2/2)

Maßnahmen im Rheinischen Revier

- > Schaffung eines Rheinischen ENERGIEREVIERS der Zukunft: Ausbau der Versorgungsinfrastruktur mit Schlüsselprojekten wie u.a.
 - > Wärmespeicherkraftwerk – Power-to-store
 - > Ansiedlung eines DLR-Instituts
 - > Aufbau eines regionalen Energiemanagements
 - > Quirinus
 - > Batteriezellproduktion
 - > Nutzung Tiefengeothermie an ehemaligem Kraftwerksstandort
 - > Weiterentwicklung Solar-City Jülich
 - > BrainEnergy-Park Jülich
 - > Nutzung lokaler Stärken in der Bioökonomie
 - > Stoffliche Nutzung der Braunkohle (Zukunftsinitiative Kohlenstoffkreisläufe)
- > Sicherheitszusage an die Beschäftigten mit Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen und Schaffung hochwertiger und zukunftssicherer Arbeitsplätze

Fazit / Weiteres Vorgehen

- Tagebau Inden/Kraftwerk Weisweiler werden bis 2030 planmäßig betrieben.
- Auch reduzierter Kohlebedarf durch Kapazitätsanpassung erfordert Kohlebereitstellung an der Nord-Süd-Bahn aus zwei Tagebauen bis mindestens Ende der zwanziger Jahre.
- Tagebau Garzweiler muss vollständig gemäß Leitentscheidung 2016 ausgekohlt werden; Umsiedlungen werden planmäßig fortgeführt.
- „Wunsch“ der Kommission zum Stehenlassen des Hambacher Forstes ist zu prüfen, hätte massive Auswirkungen auf Kohlebereitstellung und Wiedernutzbarmachung.
- Strukturentwicklung im Revier wird im Rahmen des Möglichen unterstützt.
- Verhandlungen der Bundesregierung mit den Unternehmen werden erwartet.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit



TOP 6: Bürgermeister Jansen – Stadt Erkelenz

Darstellung der Betroffenheit der Stadt Erkelenz durch eine frühzeitige Beendigung des Tagebaus Garzweiler II



1999 Stadtrat, seit 2004 Bürgermeister

- 20 Jahre Tagebau im Stadtgebiet
- 20 Jahre Sonderaufgabe Tagebau für die Verwaltung
- 3 Leitentscheidungen(1987,1991,2016)
- Doppelbelastung Betroffene durch Umsiedlung und Ungewissheit
- Verlust und Reorganisation von Heimat, Flächen, Beziehungen (sozial/ Infrastruktur)
- Bürgerprotest, Bürgerdialog



Haus Paland
Borschemich



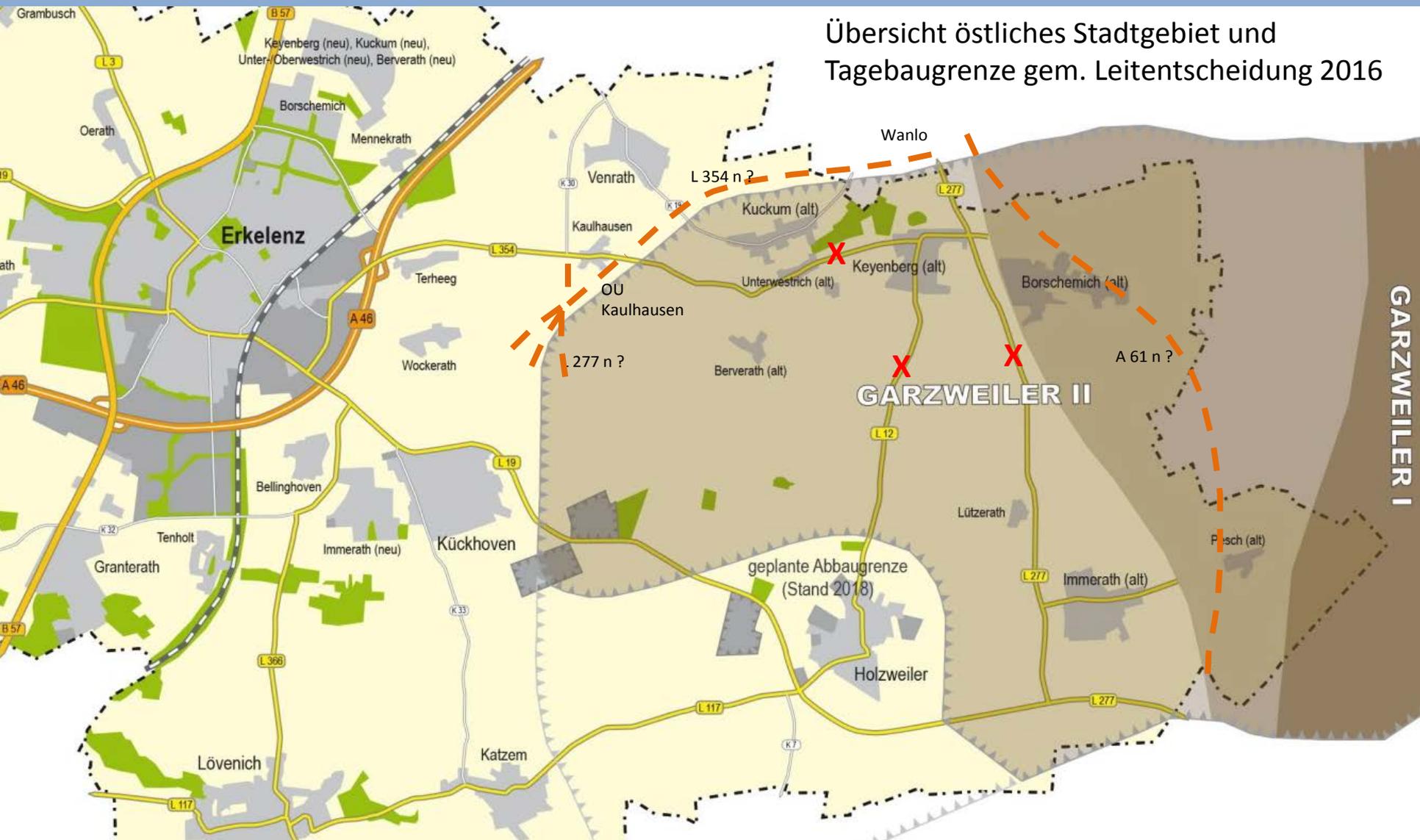
Haus Keyenberg



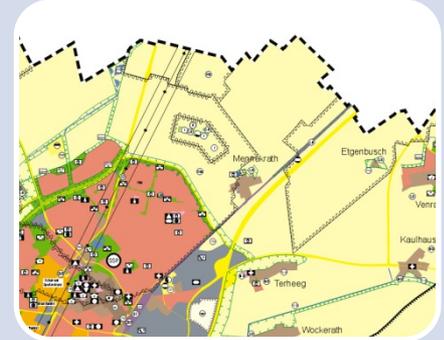
Immerather „Dom“

TOP 6: Bürgermeister Jansen – Stadt Erkelenz

Übersicht östliches Stadtgebiet und
Tagebaugrenze gem. Leitentscheidung 2016



Themenfelder der Betroffenheit – erste Ergebnisse AG Tagebaurand BKA Erkelenz



Umsiedlung

- Erhalt von Altorten
- Holzweiler Höfe
- Umsiedlungsstandort

Tagebaurand

- Abbaugrenze
- Böschungen
- Abstände
- Restsee
- Rekultivierung
- attraktive Orte

Infrastruktur

- L 354 n
- L 277 n
- A 61 n
- Ortsumfahrung Kaulhausen

Flächennutzung/

Gewerbe

- Landwirtschaft
- Fördermittel
- Arbeitsplätze

Themenfelder der Betroffenheit - **Umsiedlung**

Thema	Problem/ Sachverhalt	Lösungsansatz/ Forderung
teilweiser/ kompletter Erhalt der Altorte	<ul style="list-style-type: none"> • Umsiedlung läuft • Teilung der Orte/ Sozialstrukturen • Leerstand • Rückbau • Erwerb privater und öffentlicher Flächen/ Objekte durch RWE • „Investitionsstau“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhalt Sozialverträglichkeit u. Entschädigungsanspruch • Durchführung der Umsiedlung wenn erwünscht • Innovative Entwicklung Altorte (Bsp. Smart Villages) durch Sonderförderung Städtebau/ Infrastruktur • Verbleib im Altort ermöglichen • Entwicklungsgesellschaft RWE/ Stadt/ Land/ priv. Inverstoren
Holzweiler Höfe	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbereitung zur Umsiedlung der Höfe läuft • Betriebsflächen 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhalt der Höfe • Flächen aus „Vorrat“ zuweisen
Umsiedlungsstandort	<ul style="list-style-type: none"> • Verbleib freier Grundstücke durch teilweisen/ kompletten Erhalt Altorte 	<ul style="list-style-type: none"> • Vermarktung in Abstimmung mit Stadt Erkelenz • Vorkaufsrecht f. „altes“ Haus

Themenfelder der Betroffenheit - **Tagebaurand**

Thema	Problem/ Sachverhalt	Lösungsansatz/ Forderung
Abbaugrenze	<ul style="list-style-type: none">• Änderung Böschungsgestaltung und Verlauf• Gesellschaftlicher Konsens/ Akzeptanz	<ul style="list-style-type: none">• Beteiligung Stadt und Zweckverband• Mindestabstände zu Siedlungen gem. Ratsbeschluss Stadt (500m)• Finanzierung Sofortprojekt/ Maßnahme
Restsee	<ul style="list-style-type: none">• Bisherige Planungen und Gutachten veraltet, Erfordernis der Neuplanung/ Aktualisierung	<ul style="list-style-type: none">• Sicherstellung Wasserqualität und Standsicherheit Böschung
Rekultivierung	<ul style="list-style-type: none">• Zusätzliche Rekultivierungskosten• Massenproblem• Zeitachse	<ul style="list-style-type: none">• Absicherung der Folgekosten

Themenfelder der Betroffenheit - **Infrastruktur**

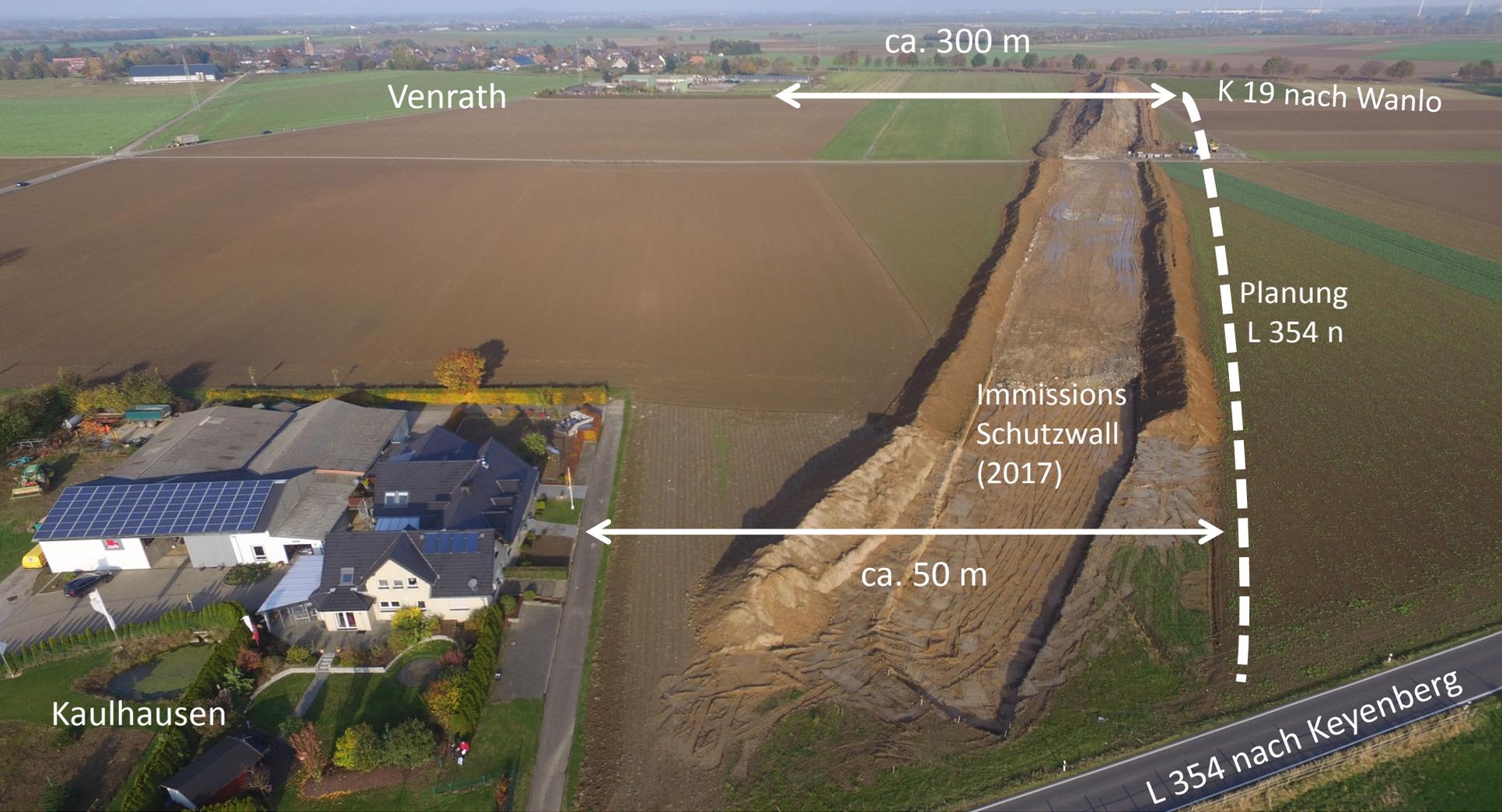
Thema	Problem/ Sachverhalt	Lösungsansatz/ Forderung
L 354 n	<ul style="list-style-type: none"> • Planfeststellung geht von „alter“ Abbaugrenze aus • Abstand zu Kaulhausen • Immissionsschutzwall bereits angelegt • Zeitachse 	<ul style="list-style-type: none"> • Neues Verfahren/ Änderung • Vorläufiger Stopp Umsetzung • Rückbau Immissionsschutzwall bei Trassenänderung
L 277 n	<ul style="list-style-type: none"> • Verfahren in Umweltprüfung • Trassenverlauf offen 	<ul style="list-style-type: none"> • Abstimmung Trassenverlauf mit Stadt/ Zweckverband • Sicherung einer Nord-Süd-Verbindung
Ortsumfahrung Kaulhausen	<ul style="list-style-type: none"> • Vertraglich bereits gesichert • Anpassung bei Änderung der Planung L 354 n/ L 277 n erforderlich 	<ul style="list-style-type: none"> • Absicherung der Durchführung der Ortsumfahrung
A 61 n	<ul style="list-style-type: none"> • Trassenführung/ Wiederherstellung abhängig von Tagebau/ Rekultivierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Abstand zum Restsee • Sicherung leistungsfähiger Erschließung Entwicklungsflächen (Innovation Valley)

Themenfelder der Betroffenheit – **Flächennutzung/ Gewerbe**

Thema	Problem/ Sachverhalt	Lösungsansatz/ Forderung
Landwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> Bereits durch RWE erworbene Flächen im Abbaugbiet gem. altem Braunkohlenplan 	<ul style="list-style-type: none"> Rückkauf/ Tauschmöglichkeit Übertragung an Stadt/ Zweckverband f. Projekte
Windkraft		<ul style="list-style-type: none"> Förderung neuer Flächen f. regenerative Energien
Arbeitsplätze	<ul style="list-style-type: none"> Rückgang von Aufträgen Verlust von Arbeitsplätzen 	<ul style="list-style-type: none"> Kompensation in Form von Unterstützung bei Ausweisung von GIB-Flächen
Struktur Fördermittel	<ul style="list-style-type: none"> S. 66 Bericht BSW-Kommission besondere Berücksichtigung der direkt betroffenen Kommunen. 	<ul style="list-style-type: none"> Konkretes Budget für betroffene Kommunen zur Förderung der Wirtschaftskraft/ Lebensqualität Sofortpaket für Gestaltung Raum am Tagebaurand

TOP 6: Bürgermeister Jansen – Stadt Erkelenz

Beispiel Situation Kaulhausen



Fazit

Dringende Lösung erforderlich bezüglich der Unsicherheiten:

- Inanspruchnahme Dörfer und Flächen
- Realisierung begleitender Infrastrukturprojekte
- Gültigkeit bisheriger Zusagen bei Umsiedlung
- Fördermittel
- Verkürzung Verfahren

Erkelenz fordert schnelle Positionierung des Landes NRW zu den genannten Themen sowie eine Wiederherstellung der Planungssicherheit für alle Betroffenen und die Begleitung des Prozesses durch ein Dialogverfahren mit verlässlicher Zeitschiene.

Es braucht eine verlässliche Planung und die Umsetzung im Rahmen eines „Sonderstatus“ mit Sofortmaßnahmen und kurzfristigen Perspektiven.

Nur so kann der „Unsicherheitszustand und Unmut der Gesellschaft“ in Vertrauen in eine positive Entwicklung umgewandelt werden!